

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis für den Monat 1,10 RM.

Vorwärts

Die Interaktions-Gebühr
Beträgt für die sechsgezahlte Anzeigengruppe oder deren Raum 50 Pf.

Erscheint täglich außer Montags.

Berliner Volksblatt.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Telefon: Amt IV, Nr. 1983.

Sonntag, den 6. März 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Telefon: Amt IV, Nr. 1984.

Heute von 1 bis 2 1/2 Uhr:

Wahlrechtsparade.

Herrn v. Jagows Dekrete.

Das Berliner Polizeipräsidium hat Freitag abend an die bürgerliche Presse — der „Vorwärts“ ist davon verschont geblieben — eine langatmige Erläuterung seiner Ansichten über den Treptower Wahlrechtsparade verfaßt, jedenfalls aus der ganz richtigen instinktiven Empfindung heraus, daß ohne solche Erläuterung das seltsame Verhalten der Berliner Polizeileitung nicht zu verstehen ist.

Die erste dieser Erklärungen des Herrn Polizeipräsidenten, die uns leider versehentlich nicht zugegangen ist und die wir deshalb nicht schon in der gestrigen Nummer veröffentlichen konnten, hat folgenden Wortlaut:

Der von sozialdemokratischer Seite geplante und in der letzten „Vorwärts“-Nummer angekündigte „Wahlrechtsparade“ nach dem Treptower Park ist als eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel anzusehen.

Der Sprachgebrauch versteht unter „Versammlung“ jede absichtliche Vereinigung mehrerer Menschen an demselben Orte zu einem allen gemeinsamen Zweck. Deshalb bildet z. B. wie gerichtlich festgestellt ist, schon die zu einer Festfeier vereinigte, über die Straße sich bewegende Menschenmenge eine „Versammlung“, ohne daß über die äußere Erscheinung hinaus die Absicht, ein Versammlungsrecht auszuüben, nachgewiesen zu werden braucht.

Auch ist die Art des durch die Vereinigung erstrebten Zwecks nur bei Versammlungen in geschlossenen Räumen, nicht aber bei solchen unter freiem Himmel von Bedeutung. Denn letztere unterliegen nach den gesetzlichen Vorschriften der Genehmigungspflicht schlechthin, also auch dann, wenn sie einer „Beratung“ oder dergleichen nicht dienen.

Es ist klar, daß die Polizeibehörde, die bei ihrer Tätigkeit jede unnötige Einmischung in die persönlichen Angelegenheiten des Publikums zu vermeiden hat, eine kleinliche Anwendung der ihr durch das Gesetz erteilten Befugnisse unterlassen wird.

Harmlosen Versammlungen unbedenklicher Art wird sie keine Schwierigkeiten bereiten. Wenn eine große politische Partei jedoch, trotzdem ihre die Genehmigung zu Versammlungen unter freiem Himmel und zu Aufzügen auf öffentlicher Straße (§ 7 R.-V.-G.) aus berechtigten Gründen verweigert wurde nachträglich

einen daselbst bedeutenden Massenparade anündigt und dadurch zum Ausdruck bringt, daß sie auf die polizeiliche Genehmigung verzichtet und somit benutzt das Gesetz verhöhnt, dann hat die Polizeibehörde nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, von den zu ihrer Verfügung stehenden Machtmitteln den erforderlichen Gebrauch zu machen.

Der Polizeipräsident von Berlin hat deshalb heute folgendes Schreiben an den Vorsitzenden des Aktionsausschusses des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend gerichtet: „Im Anschluß an mein Schreiben vom 1. d. Mts. lege ich Sie ergebenst davon in Kenntnis, daß ich den in den letzten Nummern des „Vorwärts“ angekündigten „Wahlrechtsparade“ nach dem Treptower Park als eine nach § 7 des Reichsvereinsgesetzes genehmigungspflichtige Veranstaltung ansehe und ihr entgegenzutreten werde.“

Sonderbare Auffassungen! Kurzweg identifiziert der Herr Polizeipräsident die Wörter Versammlung, Ansammlung, Zusammenkunft, Beisammensein und behauptet dann ungeniert: „Der Sprachgebrauch versteht unter Versammlung jede absichtliche Vereinigung mehrerer Menschen an demselben Orte zu einem allen gemeinsamen Zweck!“ Seltsam. Demnach ist im polizeitechnischen Sinne des Herrn v. Jagow jede Landpartie, jede Turnerwanderung, jede Gesellschaftsreise, jedes Kaffeekränzchen, jedes Hochzeitsfest, jede Stammtischgesellschaft, jede Zusammenkunft eines Skatklubs usw. eine „Versammlung“, denn sie alle sind Vereinigungen mehrerer Menschen zu einem allen gemeinen Zweck. Alle müssen nach Herrn v. Jagows Begriffsdefinition bei der Polizei angemeldet werden und bedürfen nach § 7 des Reichsvereinsgesetzes, wenn sie unter freiem Himmel stattfinden, der polizeilichen Genehmigung.

Anders als in anderen Menschenköpfen malt sich in diesem geistvollen Kopf die Welt! Bisher meinten wir, zum Begriff einer Versammlung gehöre, daß eine Mehrzahl von Personen zu einer Verhandlung oder zu einer Beschlusfassung über eine gemeinsame Angelegenheit sich zusammensinde. Gestern haben wir aus der Sprachpraxis des höchsten preussischen Gerichts das von uns bereits am 7. Oktober 1909 und von der „Deutschen Juristenzeitung“ am 15. Februar 1910 besprochene Erkenntnis zitiert, nach der eine Wahlrechtsdemonstration unter freiem Himmel an sich keineswegs rechtswidrig ist. Heute zitieren wir zur Belehrung des Herrn Polizeipräsidenten folgenden Passus aus einem Urteil des sächsischen höchsten Gerichts vom 9. Juni 1909 über den Begriff der Versammlung. Es heißt da:

„Was das Vereinsgesetz in erster Reihe schützen will, ist die Freiheit des Wortes. Da, wo das gemeinschaftliche Bestreben der sich örtlich vereinigenden Menschen sich darauf richtet, durch Worte Gedanken eines anderen durch die Sinne in sich aufzunehmen oder eigene Denkerzeugnisse mit denen anderer im Wechselgespräch auszutauschen, wie bei Anhörung von Vorträgen, Wahldebatten usw. wird man von Versammlungen reden dürfen.“

Dem Herrn Polizeipräsidenten scheint es denn auch bei seiner Konstruktion des Begriffs „Versammlung“ selbst nicht ganz geheuer vorgekommen zu sein; denn er spricht davon, daß „eine kleinliche Anwendung der der Polizei durch das Gesetz erteilten Befugnisse unterlassen wird“. So? Das Gesetz schreibt doch vor, daß alle Staatsbürger gleichmäßig zu behandeln sind. Wäre des Herrn Polizeipräsidenten Begriffsdefinition ebenso richtig, wie sie unrichtig ist, so würde nach § 346 des Strafgesetzbuchs der Polizeipräsident ins Zuchthaus gehören, der gegen die Befehle einer Parade oder gegen die Teilnehmer eines Kaffeekränzchens unter freiem Himmel usw. die Strafanzeige unterlässe.

Allem Anschein nach verwechselt Herr v. Jagow den preussischen Staat mit einem Zuchthaus: eine Verabsäumung, die trotz aller in ihm eingeschachtelten traditionellen „gottgegebenen Abhängigkeiten“ der eigenartige preussische Junkerstaat nicht verdient. Dem Zuchthausdirektor stehen allerdings eine Reihe von Willkürbefugnissen für das Gebiet seiner Tätigkeit zu, deren Anwendung durch einen Polizeipräsidenten Mißbrauch der Amtsgewalt wäre. Ein Mißbrauch der Amtsgewalt ist es z. B., Staatsbürger an dem gesetzmäßigen Gebrauch ihrer Rechte gewaltsam zu hindern. Deshalb ist auch der Polizeipräsident zur Sperrung des Treptower Parks nicht berechtigt. Die Macht dazu mag er freilich haben; aber er demonstriert dadurch lediglich in anerkennenswerter Weise für die Notwendigkeit der Erringung eines gerechten Wahlrechts, das die Herstellung streng rechtsstaatlicher Verhältnisse gewährleistet.

Eine noch größere Begriffsverwirrung verrät die zweite der polizeilichen Erläuterungen, die gestern mittag von verschiedenen gutgestellten Blättern, darunter auch die „V. Z. am Mittag“, veröffentlicht wurde. Das furiose Schriftstück lautet:

„Die Berliner Sozialdemokratie plant für morgen einen „Wahlrechtsparade“ nach dem Treptower Park. Der Polizeipräsident von Berlin hat erklärt, daß er diesem Vorhaben entgegenzutreten werde. Nach den amtlichen Darlegungen in der heutigen Morgenpresse unterliegt es keinem Zweifel, daß die Entschlüsse der Berliner Polizei die Abwehr einer ungesetzlichen Handlung der Berliner Sozialdemokratie beabsichtigen. Diese ungesetzliche Handlung hat bereits zu einem Strafverfahren wegen öffentlicher Ausreißung gegen den verantwortlichen Redakteur des „Vorwärts“ geführt. Die nächste Folge werden Ausläufe sein, gegen die die Polizei pflichtgemäß mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln einzuschreiten hat. Für Beschädigungen bei Ausläufen sind alle Teilnehmer solidarisch haftbar. Der ungesetzliche Massenparade kann daher der Sozialdemokratie recht teuer zu stehen kommen, wenn sie einen Zusammenstoß mit der Staatsgewalt herbeiführt.“

Aber unabhängig von den Folgen, die Rechtsverletzungen heraufbeschwören, tritt auch grobe Sorglosigkeit und Unbedachttheit in dem Vorhaben der Berliner Sozialdemokratie zutage. Sie versucht ohne Genehmigung der zuständigen Behörden etwa 200 000 Menschen zu einer bestimmten Stunde auf einen einzigen Ort zu dirigieren, ohne Vorkehrungen zu treffen, falls Unfälle vorkommen. Die Polizei wird deshalb schon im eigenen Interesse des Publikums eingreifen müssen und die dem Publikum oder einzelnen Mitgliedern desselben bei einer solchen Massenveranstaltung bevorstehende Gefahr abzumildern suchen. Man braucht nur an das entsetzliche Unglück erinnert zu werden, das sich am 30. Mai 1898 bei Moskau ereignete, wo bei einem Volksfest gelegentlich der Krönung des Kaisers Nikolaus II. in einem furchtbaren Gedränge etwa 2000 Menschen umluden. Die Mehrzahl wurde erdrückt, weil es an hinreichenden Einrichtungen zur Ordnung der Massen gegeben hatte. Es kann daher nur jedem im eigenen Interesse dringend geraten werden, dieser Massenveranstaltung der Sozialdemokratie fernzubleiben, zumal dieser Treptower Parade auf die Erledigung der Wahlrechtsvorlage im Abgeordnetenhause nicht den geringsten Einfluß ausüben kann. Wir machen noch besonders darauf aufmerksam, daß Reuegerde nicht steiflos macht, falls es bei solchem Anlaß zu Rechtsverletzungen seitens der Menge kommt.“

Auf das polizeijournalistische Gerede über die „ungesetzliche Handlung“ und den „ungesetzlichen Massenparade“ zu antworten, lohnt sich nach den obigen Darlegungen nicht mehr der Mühe. Nur das alberne Geschwätz von der „großen Sorglosigkeit und Unbedachttheit“ der Berliner Sozialdemokratie fordert zu einer Zurückweisung heraus. Als die Genossen Ernst und Sorgmann um die Genehmigung zur Einberufung einer öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel nachsuchten, planten sie auch die Beschaffung ärztlicher Hilfe usw. für den Fall, daß trotz des Dienstes der sozialdemokratischen Ordner jemand möglicherweise im Gedränge verletzt werden könnte; gehörte es doch bereits seit Jahren zu den Gepflogenheiten der sozialdemokratischen Partei Berlins, zu den von ihr veranstalteten Volksfesten Samariterabteilungen usw. hinzuzuziehen. Wenn demnach bei dem Wahlrechtsparade im Treptower Park solche Veranstaltungen fehlen, so nicht deshalb, weil es der Berliner Sozialdemokratie an Sorgfalt mangelt, sondern weil das Berliner Polizeipräsidium die nötigen Vorkehrungen unmöglich gemacht hat. Nicht die Sozialdemokratie, sondern die Berliner Polizei trägt also die Schuld, wenn heute im Treptower Park mangels der nötigen Vorkehrungen Menschenleben gefährdet werden sollten.

Der Hinweis auf die Moskauer Krönungsfeier bedeutet, nebenbei bemerkt, eine grobe Fälschung der geschichtlichen Tatsachen. Erstens sind deutsche Sozialdemokraten keine patriotischen russischen Bauern, und zweitens ist nachgewiesen, daß das Unglück in Moskau allein durch die russische Polizei, die mit der preussischen manche Ähnlichkeiten hat, verschuldet worden ist. Die Veröffentlichung der Untersuchungsakte in der Gesichtsbrevue „Istoritscheski Wjesnik“ (November 1909) zeigt, daß die entsetzliche Katastrophe, die die Regierung Nikolaus II. einleitete, einzig und allein durch die verbrecherische Sorglosigkeit und die kleinliche Rivalität der Polizeichef entstanden ist. Durch die offizielle Untersuchung, die vom früheren Justizminister N. Kuratjew geführt wurde, ist nachgewiesen worden, daß der Moskauer Oberpolizeimeister Blawowski, der Günstling des Großfürsten Sergius, keinerlei Sicherheitsmaßregeln zur Verhütung von Unfällen traf, weil er sich durch die Ernennung des Beamten des Hofministeriums, Geheimrat Behr, zum Vorsitzenden des „Besonderen Komitees zur Errichtung von Volkslustbarkeiten bei der Krönung“ zurückgesetzt fühlte.

Doch zur dritten Erklärung, die nicht wie die zweite von irgend einem polizeilichen Oberoffizios verfaßt ist, sondern wieder in allen Teilen den schönen Plakatstil des Herrn v. Jagow verrät:

„Es ist bereits bekannt, daß der für morgen angekündigte Wahlrechtsparade nach Treptow polizeilich verhindert werden wird. Ohne eine Sperrung des Treptower

Parke, die niemand mehr als der für die Volksgesundheit lebhaft interessierte Berliner Polizeipräsident bedauert, wird sich dieses leider nicht ermöglichen lassen. Über die Schuld hieran trägt ausschließlich die Sozialdemokratie und zwar dadurch, daß sie die politische Agitation, welche in Presse, Parlament und Saalversammlungen sich wahrlich übermäßig betätigen kann, unbedenklich auf die Straße und jetzt sogar in die öffentlichen Voranlagen verpflanzt. Dies ist eine Verletzung der Interessen der Gesamtheit und der denkbar rücksichtsloseste Egoismus, gegen den die Gemeinschaft aller Bürger durch die Organe der Staatsgewalt zu schützen ist. Der Kreis derer, welche in ihren berechtigten Interessen durch diese allsonntägliche Straßenagitation der Sozialdemokratie verletzt werden, wird immer größer.

Auch sind solche Massenansammlungen, wie sie hier beabsichtigt werden, schon an und für sich gefährlich; denn keine Polizeigewalt kann bei einem wirklichen großen Menschengedränge die Sicherheit des einzelnen ausdrücklich verbürgen. Es scheint deshalb nachgerade an der Zeit zu sein, daß diesem Treiben der Sozialdemokratie durch die gesamte öffentliche Meinung und nicht nur von der Polizei ein energisches „bis hierher und nicht weiter“ entgegengerufen wird.

Wir verspüren keine Neigung, gegen die Beschuldigung zu polemisieren, die Sperrung des Treptower Parks sei das Werk der Berliner Sozialdemokratie und ihres „denkbar rücksichtslosesten Egoismus“. Solche rein subjektiven unmaßgeblichen Urteile, die auch wieder dem Argumentenschatz der „Deutschen Tagesztg.“ entlehnt scheinen, eignen sich nicht zu ernsthafter Behandlung. Die richtige Antwort darauf mag nur ein Blatt wie der „Simplicissimus“ zu geben. Die wenig Herr v. Jagow die Grenzen seiner Urteilsbefähigung und Urteilsberechtigung kennt, zeigt ohnehin schon die Tatsache, daß er sich in einem polizeiamtlichen Erlaß erlaubt, über die Behandlung der Bahrtreuefrage in der Presse und im Parlament Zensuren anzustellen.

Die Presse über Herrn v. Jagows Dekrete.

Das „Berliner Tagebl.“ schreibt zum ersten Erlaß:

„Auch das, was der Herr Polizeipräsident heute anführt, ist im höchsten Grade anfechtbar. Die Wahrheit ist, daß die reaktionäre Clique, durch die Wahlrechtsbewegung beunruhigt und ergrimmt, einen Beweis ihrer Macht geben will. Und man kann nur hoffen, daß den frivolen Elementen, denen ein blutiger Zusammenstoß als Überläß wünschenswert erscheint, durch die Besonnenheit der Bevölkerung das Konzept verdorben werden wird.“

Die „Soff. Ztg.“ sagt:

„Man kann zweifeln, ob die Ausführungen des Polizeipräsidenten ganz schlüssig sind. Der § 7 des Vereinsgesetzes sagt in seinem ersten Absatz: „Öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge auf öffentlichen Straßen und Plätzen bedürfen der Genehmigung der Polizeibehörde.“ Nun ist eine Versammlung etwas anderes als ein Aufzug; sonst hätte der Gesetzgeber nicht beide Begriffe nebeneinander zu stellen brauchen. In der Versammlung ist die Genehmigung nachgesucht und verweigert worden. Es war nicht nötig, jetzt den Spaziergang als Versammlung zu behandeln; es hätte vielmehr genügt, ihn als Aufzug zu betrachten, zu dem keine Genehmigung eingeholt und erteilt ist. Das Ergebnis wäre gewesen, wie es der Polizeipräsident wünscht. Aber den Spaziergang als Versammlung zu bezeichnen, erscheint ziemlich gesucht und nicht aberzeugend.“

Koch weniger kann die Maßregel der Polizei, wie man auch über die Rechtsauffassung und ihre Begründung denkt, vom Standpunkte der Zweckmäßigkeit als besonders glücklich bezeichnet werden. Der Park von Treptow ist etwas anderes als der Lustgarten. Wenn die Sozialdemokraten oder wer sonst das Bedürfnis haben, dort in ziemlicher Entfernung vom Mittelpunkt der Reichshauptstadt eine Versammlung unter freiem Himmel abzuhalten, weshalb sollen sie es nicht tun? Koch § 7 Absatz 2 dürfen solche Veranstaltungen nur verboten werden, wenn „Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu befürchten ist“. Eine solche Gefahr aber war sicherlich zu befürchten, sei es von der Versammlung, sei es vom Wahlrechtsparadiegang.“

Die „Germania“ meint:

„Die Genehmigung zu einer „Versammlung unter freiem Himmel“ hat die Polizei „aus berechtigten Gründen“ (was heißt das?) schon vorher verweigert, daher steht sie in dem „Spaziergang“ eine bewusste Verhöhnung des Gesetzes. In der Begründung des Verbots wird bemerkt, daß die Polizeibehörde selbstverständlich eine Kleinliche Anwendung der ihr durch das Gesetz erteilten Befugnisse unterlassen und harmlosen Veranstaltungen unbedeutender Art keine Schwierigkeiten bereiten werde. Ja, aber wo fängt bei einem „Spaziergang“ die „Versammlung unter freiem Himmel“ an und hört die „harmlose Veranstaltung“ auf? Natürlich wird morgen der „Spaziergang“ nicht unterbleiben, und zahlreiche Leute werden zum Treptower Park gehen, schon aus Neugierde. Wann wird nun die Polizei von ihren „Befugnissen“ zum Einschreiten Gebrauch machen, wann nicht? Wie viele Leute müssen zusammengehen oder stehen, bis sie als eine „Versammlung“ betrachtet werden? Einfach sperren kann man den Park doch nicht, also hängt alles von irgend einem Zufall oder dem Entfalten eines Polizeileutnants ab.“

Die „Berliner Volkszeitung“ höhnt:

„Wenn die Berliner Bevölkerung zu Paraden zusammenströmt oder bei feierlichen Einzügen die Linden und den Lustgarten überflutet, so handelt es sich nach der polizeipräsidialen Auffassung gleichfalls um unerlaubte Versammlungen unter freiem Himmel; denn auch hier vollzieht sich eine „absichtliche Vereinigung mehrerer Menschen an demselben Orte zu einem allen gemeinsamen Zwecke“; dem Zwecke der Befriedigung der Schaulust! Werden die Schaulustler zu diesem Zwecke aus der Schule entlassen, so machen sich mit ihnen die Schulbehörden der Aufsicht zum Ungehorsam gegen die Gesetze schuldig, und zwar unter erschwerenden Umständen, weil sie Minderjährige zu unerlaubten Versammlungen und Aufzügen unter freiem Himmel anstiften! Alles nach der Logik des zu polizeilichen Dienstleistungen kommandierten „Sprachgebrauchs“!“

Zurückgegeben.

Genosse Eugen Ernst hat, wie er uns mitteilt, an das Berliner Polizeipräsidium folgende Antwort gerichtet:

Berlin, den 5. März 1910.

An den Herrn Polizeipräsidenten v. Jagow

Berlin.

In Beantwortung Ihres Schreibens vom 4. März 1910 setze ich Sie ergebenst davon in Kenntnis, daß Sie sich in der Adresse geirrt haben müssen. Ich bin weder verantwortlicher Redakteur des „Vorwärts“, noch Veranstalter eines Spazierganges.

Eugen Ernst.

Die Marinepolitik des Bethmann-Kurtes.

Eigentlich ist der Ausdruck Marinepolitik des Bethmann-Kurtes nicht völlig zutreffend, denn Bethmann-Hollweg u. Co. steuern keinen anderen Kurs, wie Bülow u. Co. es vor ihnen getan haben, und Herr v. Bethmann selbst ist für diesen Kurs ebensowohl nur Pate und nicht Vater wie Bülow vor ihm. In Ausführung des Auftrages, die Zukunft Deutschlands auf dem Wasser zu suchen, kreuzen diese beiden Handlanger im Nebel umher in steter Gefahr der Kollision mit einem fremden Staatschiff.

In der Sommerabstimmung des Reichstages wurde zunächst das Reichsamt des Innern erledigt, wobei Genosse Pietsch wertvolle Aufschlüsse über die Gefährdung der Arbeiter durch Tuberkulose gab. Als der Marineetat zur Verhandlung kam, ging zunächst der Zentrumabgeordnete Graf Opperdorff mit einem wohl vorbereiteten Angriff auf die Tirpitzsche Methode der Geschütz- und Panzerplattenbeschaffung vor. Er hatte als Unterlage für seinen Angriff eine schriftliche Darstellung des Falles den Abgeordneten zugehen lassen und ging im Anschluß daran gegen den Staatssekretär vor. Nach seiner Darstellung hat Herr v. Tirpitz sich völlig in die Hände der Firma Krupp gegeben, was die Lieferung von Geschützen und Panzerplatten betrifft. Die Kontrakte mit dieser Firma seien von Periode zu Periode ungünstiger und die Konkurrenz geradezu abgeschreckt worden.

Der Staatssekretär v. Tirpitz song zunächst das übliche omtliche Loblied auf den Stand und die Leistungsfähigkeit der Marine und suchte dann die Ausführungen des Grafen Opperdorff zu entkräften, indem er erklärte, daß die Firma Eberhardt vergeblich aufgefordert sei, ihrerseits Probebeschüsse zu liefern. Als Konkurrentin Krupps für die Lieferung von Panzerplatten habe sich allerdings die Firma Thyssen erboten, aber die Unterhandlungen mit ihr hätten sich zerschlagen. Daß sie immer längere Perioden der Firma Krupp die Lieferungsverträge zugewiesen seien, erkläre sich aus der Notwendigkeit, der Firma ein Äquivalent für Ermäßigung der Preise zu gewähren. Er könne ruhig behaupten, daß Deutschland bessere und billigere Panzerplatten habe als irgend ein anderes Land der Welt.

Ebenso wie Graf Opperdorff vermieden es auch die folgenden Redner, auf die skandalösen Vorgänge auf der Kieler Werft einzugehen, da die Erörterung darüber beim Kapitel Wertverwaltung vorbehalten ist. So konnten die Herren Hans Edler zu Puttlitz (L.) und Semler (natl.) ihrer Flottenbegeisterung frei die Zügel schießen lassen, bei welchem edlen Wetzelgang der Rationalisten an schwülstiger Verherrlichung der Flotte und ihrer Aufgaben sogar den Konservativen erheblich übertraf. Herr Semler insinuierte dabei, daß Graf Opperdorff „Thyssens Geschöb“ im Köcher gehabt habe.

Die Kritik kam erst wieder zum Wort, als der freisinnige Dr. Leonhardt allerhand Mißstände der Marineverwaltung zur Sprache brachte. Im Gegensatz zu Semler, der progig herausgeschmettert hatte, auf andere Staaten brauche Deutschland beim Bau seiner Flotte keine Rücksicht zu nehmen, betonte der freisinnige Redner ausdrücklich, daß seine Partei dringend ein freundschaftliches Verhältnis wünsche. Schade ist es nur, daß im vorigen Jahre, als der Hottentottenblock noch bestand, nur ein einziger freisinniger Abgeordneter diesen Wunsch Ausdruck durch die Tat gab, als der sozialdemokratische Antrag wegen einer Vereinbarung mit England über die Flottenrüstungen zur Verhandlung stand! Jetzt kamen schon, wie aus Leonhardts weiteren Ausführungen hervorgeht, auch dem Freisinnige lange Bedenken wegen der neuen Steuern, die durch die steigenden Flottenausgaben erforderlich gemacht werden.

Wie wenig die Adresse des Admirals v. Tirpitz gegen die Ausführungen des Grafen Opperdorff den Kern der Vorkürse getroffen hatte, zeigte Genosse Sadekum, indem er darauf verwies, daß der Marineminister so getan habe, als sei die Marineverwaltung eigentlich völlig in den Händen Krupps, weil Krupp ein tatsächliches Lieferungsmonopol für Panzerplatten habe. Er habe dabei übersehen, daß das Reich auch ein Abnahmemonopol habe. So gleiche sich das Verhältnis beider kontrahierenden Teile aus. Das Abnahmemonopol habe die Verwaltung nicht genügend ausgenutzt.

Dann erörterte Sadekum die verhängnisvollen Einflüsse, die die kostspielige Flottenpolitik auf die Reichsfinanzen und unsere gesamte kulturelle Entwicklung ausübe. Er konnte sich dabei auf eine Skundgebung der Handelskammer von Altona berufen, in der gegen das Märchen von der Notwendigkeit einer großen Kriegsslotte zum Schutze unseres Handelsfront gemacht wird. In der Verurteilung des englischen Volkes durch die deutschen Kriegsschiffbauten liege eine Gefahr für die Zukunft. Und nun werde obendrein durch die Niederhaltungspolitik der Regierung dem Volke in Preußen und Deutschland jedes Vertrauen zu dieser Regierung, jede Anhänglichkeit an die Sache, die sie vertritt, genommen. Der Präsident Graf Schwerin vermochte diesen Zusammenhang nicht einzusehen. Das war aber durch Sadekum bereits hinreichend gekennzeichnet worden, so daß Sadekum schließlich konnte mit der Erklärung, daß wir verlangen, daß die Flotte wieder zu einer Spezialwaffe heruntergedrückt werde und daß wir jedenfalls diesem System keinen Mann und keinen Groschen bewilligen würden.

Während Sadekums Rede war der Reichskanzler zu einer kurzen Gastrolle im Reichstag erschienen. In knapp fünf Minuten sprach er sich über das Verhältnis Deutschlands zu England aus. In dieser fünfminütigen Rede trat er mit erschreckender Deutlichkeit wieder die völlige Unzulänglichkeit dieses sogenannten Staatsmannes für sein Amt zutage. Denn was er vorbrachte, waren wieder nur phrasenhafte Allgemeinheiten, abgebrochene Friedensversicherungen, die an dem Kern der Frage, durch welche Tat und Unterlassungsünden die deutsche Regierung das mißliche Verhältnis zu England verschuldet hat, vorüber vorbeischießen. Kurz, der Bethmann der Flottenpolitik ist ganz der Hollweg der Wahlrechtspolitik: ohne Salz und ohne Schmalz, dürr und ungenießbar!

Als der Reichskanzler in fünf Minuten abermals den Nichtbefähigungsbeweis geliefert hat, verschwand er. Der Antwort wird er aber doch nicht entgehen.

Die Debatte wurde nach achtstündiger Dauerstimmung auf Montag verlagert.

Der Wahlrechtskampf.

Verbote über Verbote!

Nach dem Beispiel von Berlin regnet es jetzt Verbote der Umzüge und Versammlungen, die die Sozialdemokratie für den 6. März geplant hat. Die preussische Junkerregierung hat offenbar eine allgemeine Weisung an die Polizeileitungen ergehen lassen, keine Demonstrationen gegen die Wahlreform-liche des Schnapsblocks zuzulassen. Darauf deutet der Umstand, daß der Polizeipräsident von Kassel, der vernünftigerweise Versammlung und Umzug genehmigt hatte, nachträglich die Genehmigung „auf höhere Weisung“ wieder zurückgezogen hat!

Neue Verbote werden aus Halle a. S. und Danzig gemeldet. Es wird uns darüber berichtet:

Halle a. S., 4. März.

Auch die Parteigenossen in Halle hatten zum Sonntag ein Massenmeeting unter freiem Himmel geplant. Von der Parteileitung waren in persönlicher Unterredung mit dem Polizeibeamten alle Garantien für Aufrechterhaltung der Ordnung übernommen worden. Der in Aussicht genommene Platz liegt abseits des großen Verkehrs und bietet vielen Tausenden hinreichend Raum. Nichtsdestoweniger kam auf das Gesuch um Genehmigung des Meetings folgender Bescheid:

Halle a. S., 4. März 1910.

Der Antrag vom 3. d. M. auf Genehmigung einer öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel auf dem Grundstück Kröllwitzerstraße 6 hier selbst, am Sonntag, den 6. März, wird abgelehnt.

Große Massen der Teilnehmer der am 13. Februar 1910 im Volkspark abgehaltenen Versammlung haben im Anschluß an diese einen öffentlichen Aufzug veranstaltet und hierbei Neigung zu großen Ausschreitungen betätigt. Es sieht zu erwarten, daß dieselben Teilnehmer in großer Anzahl bei der geplanten Versammlung unter freiem Himmel zugegen sein werden und daß durch ähnliche Ausschreitungen die öffentliche Sicherheit gefährdet wird.

J. A. Regdemann.

Die Begründung des Verbots ist wohl das tollste, was bisher an polizeilicher Logik geleistet worden ist. Man erinnere sich, daß die skandalösen Vorgänge am 13. Februar, dem Huissonntag, einzig und allein durch einen blutigen Angriff der Polizei auf abziehende Demonstranten eingeleitet wurden, daß am Donnerstag nach dem Polizeigruell 10 000 Profetarier die Straßen Halles ohne jegliche Störung der öffentlichen Ordnung durchzogen, weil die Polizei nicht eingriff, trotzdem die unerhörte Beschimpfung der Arbeiterschaft, daß sie „Neigung zu großen Ausschreitungen“ betätigt habe. Der Berliner Polizeichef beschränkt sich darauf, zu behaupten, daß die Teilnehmer der Demonstration am 13. Februar in Berlin sich durch Beteiligung an einem nicht genehmigten „öffentlichen Aufzuge“ gesetzwidriger Handlungen schuldig gemacht hätten, in Halle vergrößert man das und fügt eine schwere Beleidigung der Halleschen Arbeiterschaft hinzu!

Dadurch wird natürlich die Erregung in den Profetariernmassen der Saalestadt gewaltig gesteigert. Die Arbeiterschaft allerdings wird sich weder provozieren noch schrecken lassen, sondern am Sonntag in vier Versammlungen ihrer Empörung über den Wahlrechtslohn und diesen Polizeijreich Ausdruck geben. Denen aber, die im Zweifel sind, wer die Aufrechterhaltung der Rassen besorgt, möchten wir dies polizeiliche Kulturdokument zu eingehender Lektüre empfehlen.

Bequemere macht sich der Danziger Polizeipräsident die Begründung. Er bleibt bei dem in Preußen nach dem Inkrafttreten des Reichsvereinsgesetzes von der Polizei schon stetig angewendeten Schema — die Gefahr für die öffentliche Sicherheit wird aus den verletzten Gefühlen der Nichtsozialdemokraten und ihrer daraus entspringenden Neigung, die sozialdemokratischen Demonstranten zu attackieren, hergeleitet. Es wird uns über seine Entscheidung geschrieben:

Danzig, 4. März.

Der Herr Polizeipräsident, der unlängst mit dem russischen St. Annenorden ausgezeichnet wurde, stellt in seinem Bescheid allen Ordnungsparteikern ein böses Zeugnis aus. Obgleich er eine schier unbegreifliche Anklage gegen den Genossen Nordwald wegen der Wahlrechtsdemonstration vom 13. Februar angebracht, was gangenen Landfriedensbruchs usw. veranlaßt, antwortete er jetzt: „Die von Ihnen gemäß § 7 des Reichsvereinsgesetzes beantragte Genehmigung zu einem von der sozialdemokratischen Parteileitung geplanten Aufzuge, der am Sonntag, den 6. März d. J., nachmittags 2 Uhr, vom Ranpenmarkt aus durch die Straßen der Stadt nach Jäschenthal stattfinden soll, kann nicht erteilt werden, weil mit diesem Aufzuge lediglich eine politische Demonstration der sozialdemokratischen Parteigenossen bezweckt wird, was Ärger und Widerstand beim andersgesinnten Teil der hiesigen Bevölkerung hervorrufen kann und somit eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit befürchten läßt.“

Nach dieser einwandfreien polizeilichen Feststellung sind es also die Gegner der Sozialdemokratie, die friedliche Demonstrationen aus Haß gegen das freie Wahlrecht attackieren würden! Die Danziger Staatserhaltenden dürften über diese polizeiliche Einschätzung kaum sehr erbaui sein. Schließlich werden sie sich aber wohl mit der Hauptsache, mit dem Verbot des Umzuges zu trösten wissen.

Auf den Antrag zur Genehmigung einer Versammlung unter freiem Himmel erging der folgende Bescheid:

Die von Ihnen gemäß § 7 des Reichsvereinsgesetzes beantragte Genehmigung zur Abhaltung einer Volksversammlung unter freiem Himmel, die am Sonntag, den 6. d. M., nachmittags 2½ Uhr, auf dem Ranpenmarktplatz vor dem Osttor abgehalten werden soll, kann nicht erteilt werden, weil mit dieser Versammlung lediglich eine politische Demonstration der Anhänger der sozialdemokratischen Partei gegen die Wahlrechtsvorlage, die gegenwärtig im Hause der Abgeordneten beraten wird, und gegen das bestehende Dreiklassenwahlgesetz bezweckt wird. Bei dem regen Verkehr des Publikums in der Großen Allee muß aber angenommen werden, daß sich viele Unberufene an der Versammlung beteiligen würden und es somit leicht zu Gegenfächen und Ausschreitungen kommen könnte, die eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit befürchten lassen.

(Bez.) Bessel.

Wieder müssen sich hier gewisse Staatsstrafen von der Polizei sagen lassen, daß sie Ausschreitungen begehen würden!

Man läte natürlich dieser Begründung jubiel Ehre an, wenn man sie ernsthaft widerlegen wollte.

Kassel, 5. März.

Der Polizeipräsident hat die Genehmigung, die er der sozialdemokratischen Partei für die am Sonntag auf dem „Hofst“ zu veranstaltende Wahlrechtsversammlung unter freiem Himmel und für den anschließenden Demonstrationzug erteilt hatte, zurückgezogen.

Das zweierlei Maß.

Erfurt, 4. März.

Hier hatte der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins eine Eingabe an die Stadtverordneten gerichtet, die Versammlung wolle eine Petition gegen die Wahlreform an das Abgeordnetenhaus senden. Heute kam die Eingabe zur Verhandlung, oder richtiger gesagt, nicht zur Verhandlung, da der Vorsitzende, Frauereibischer Döhler, sich hinter den § 35 der Städteordnung verschlangte, der die Behandlung politischer Angelegenheiten in der Stadtverordnetenversammlung ausschließt. Sein Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung wurde debattelos angenommen. Was aber in einer früheren Sitzung über die Uebernahme der Talonsteuer auf die Stadt verhandelt wurde und der nationalliberale Stadtverordnete und Versicherungsdirektor Dr. Ludewig an dem Beispiel der Talonsteuer die Vortierhaftigkeit kennzeichnete, mit der Konservative und Zentrum in der Eile die sogenannte Finanzreform zusammengepöfcht hätten

(ein Urteil, das gewiß sehr richtig ist), da hatte derselbe Stadtverordneter doch keine Kompetenzbeschwerden, er ließ diese Exkursion ins politische Gebiet ruhig geschehen. Zwischen nationalliberalen Finanzreformern und sozialdemokratischen Wahlrechtsforderungen ist allerdings auch ein erheblicher Unterschied.

Die Frankfurter Justiz im Wahlrechtskampf.

Frankfurt a. M., 5. März. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die Frankfurter Strafkammer verhandelte heute gegen den Bader Bauer, der bei der Polizeijagd vom 17. auf den 18. Februar Revolvergeschosse abgab. Bauer ist verheiratet und seit neun Jahren in ein und derselben Stellung. Sein Arbeitgeber stellt ihm das beste Zeugnis aus. Er sei ein ruhiger Mensch, der sich noch nie etwas zuleiden habe kommen lassen. Der Angeklagte selbst war nicht in den Wahlrechtsversammlungen, die von der Partei einberufen worden waren. Er gibt an, an dem betreffenden Abend in zwei Wirtschaften gewesen zu sein und sich dann nach Hause begeben zu haben. Nach der Anzeige soll Bauer ohne jede Veranlassung einen Schuß auf eine Schutzmännspatrouille abgegeben haben und einen weiteren Schuß auf einen ihn verfolgenden Schuttmann. Verlegt wurde dabei niemand. Bauer gibt zu, geschossen zu haben, behauptet aber, vorher durch einen Schuttmann mit dem Säbel an der Stirn verletzt worden zu sein und die Schüsse in Notwehr resp. als Schreckschüsse abgegeben zu haben. Er konnte dies aber nicht durch Zeugen beweisen. Die Schuttmänner sagten aus, Bauer sei vor Abgabe der Schüsse nicht verletzt gewesen, er habe nicht geblutet. Der Staatsanwalt beantragte zwei Jahre Gefängnis. Das Gericht kam diesem Antrage nach und verurteilte Bauer zu zwei Jahren Gefängnis wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt. Das Gericht glaubte den Angaben der Belastungszeugen. Es sei nicht richtig, daß der Angeklagte vor Abgabe der Schüsse verletzt oder blutig geschlagen worden sei. Er habe darin gelogen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 5. März 1910

Die Beratung des Handelsstatuts.

Das große Ereignis ihre Schatten vorauswerfen, lehrt das Bild, das das Preussische Abgeordnetenhaus augenblicklich bietet. Wer nicht gerade zum Reden bestimmt ist, läßt sich im Sitzungssaal nicht blicken: die Wahlrechtsvorlage, deren zweite Lesung am Freitag beginnen soll, läßt das Interesse für alle anderen Fragen völlig in den Hintergrund treten.

So nahm das Haus am Sonnabend in Anwesenheit von vielleicht 20 „Volksvertretern“ eine Reihe von Eingemündungen im Rausch an und begann darauf die zweite Lesung des Stats der Handels- und Gewerbeverwaltung. Die Beratung wurde, dem Programm der letzten Jahre entsprechend, mit einer Rede, oder richtiger gesagt, mit der Rede des Unfels Felisch über Baugewerkschaften eröffnet. Den Befähigungsnauchweis fordert Herr Felisch jetzt nicht mehr, er ist mit der Zeit vernünftiger geworden und beschränkt sich auf die Forderung der Anstellung von Fachleuten als Lehrer. Dann holte Herr Malkewitz (L.) zu allerhand verfeindeten Angriffen auf alle Leute aus, die nicht seiner Meinung sind, wobei er sogar den früheren Minister v. Müller beinahe als verkappten Sozialdemokraten hinstellte. Natürlich konnte der konservative Reaktionsführer sich wieder einmal auf die „Soz. Monatshefte“ berufen! Es ist ja nicht das erstemal und wird nicht das letzte sein, daß dieses Organ das Waffenarsenal unserer Feinde füllt. Was der konservative Scharfmacher, der sich auch wieder gegen die Fortführung der Sozialpolitik ausspricht, sonst über Sozialdemokratie und Gewerkschaften sagte, das ist seiner Erwiderung wert. Man weiß wirklich nicht, ob die Selbstgefälligkeit, mit der Herr Malkewitz seine parteipolitischen „Forschungen“ vorträgt, oder sein Uebermaß, den tieferen Zusammenhang der Dinge zu erkennen, größer ist.

Der letzte Redner war der Zentrumsabgeordnete Dr. Grunenberg, der für Fortführung der Schutzpolitik eintrat, im gleichen Atemzug aber die damit schwer zu vereinbarende Forderung nach Handelsverträgen aussprach, die für die deutschen Interessen günstiger seien. Auch einige sozialpolitische Forderungen, wie die Verbesserung der Lage der kleinen Schiffer, und eine Reform des Wohnungswesens befüwortete er.

Der Protest der Bremer Arbeiter gegen die Lehrer-Maßregelungen.

In Bremen tagte am Freitagabend eine außerordentlich stark besuchte Versammlung, die sich mit den Lehrermaßregelungen befahte. Einer der Gemahregelten, Genosse Holzmeier, sprach über die Frage: „Worum ich nicht mehr Volksschullehrer sein darf“, und im Anschluß daran Genosse Henke über „Schule und Proletariat“. Die Versammlung begleitete die Ausführungen der beiden Lehrer mit tausendstimmigen Bravo- und Pfuihrufen. In einer einstimmig angenommenen Resolution erklärten sich die Besucher mit den gemahregelten Lehrern solidarisch, insbesondere wurde dem Genossen Holzmeier für sein prinzipienklares und prinzipientreues Verhalten im Kampfe mit der Schulbureaucratie die höchste Anerkennung ausgesprochen. Ferner wird in der Resolution der brutale Gewaltstreik, den die Behörde mit der Dienstentlassung ausübte, auf das schärfste verurteilt. Die Versammlung forderte die volle Gewähr der uneingeschränkten Staatsbürgerrechte für alle Beamten sowie das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht zur bremischen Bürgererschaft.

Nach der Versammlung zogen Tausende vor die Wohnung des Senators Dr. Meyer, des Vorsitzenden der mahregelnden Schulbehörde, unausgesetzt brausende Rufe: „Nieder mit der Schulbehörde!“, „Hoch Holzmeier!“, „Hoch das allgemeine, geheime, gleiche und direkte Wahlrecht!“ ausstehend. Von der Wohnung des Senators ging es unter dem Gesang der Arbeitermarschallaise nach dem Innern der Stadt. Auf dem Markte vor dem Rathaus erschollen nochmals brausende Hochrufe, worauf sich die Demonstranten zerstreuten. Die Polizei störte die Demonstranten nicht.

Von der Einigung des Freisinnigen.

Am Sonnabend hat in Berlin der letzte Parteitag der Freisinnigen Vereinigung stattgefunden. Er beschloß die Annahme des bekannten freisinnigen Einigungsprogramms und damit die Auflösung der Vereinigung in die neue goeinigte Partei. Die Tagung war der Hauptsache nach eine Formalität — daß Änderungen an dem Programm nicht mehr möglich waren, stand fest. So gab es denn auch keine größeren Debatten. Die Herren Schröder, Weinhausen, Kommer und Raumann erklärten die Verschmelzung als eine politische Notwendigkeit und meinten, eine Partei, die das ganze entschiedene liberale Bürgerium zusammen-

lasse, werde Erfolg im Kampfe gegen den schwarz-blauen Block erzielen können. Unter „Bürgerium“ im Sinne des neuen Programms soll nicht — wie Raumann sagte — eine bestimmte Bevölkerungsklasse, sondern das gesamte Staatsbürgerium verstanden werden.

Zu einer kurzen Debatte gab nur die Frauenfrage Anlaß. Die weiblichen Mitglieder, welche die Freisinnige Vereinigung bei ihrer Verschmelzung mit den Nationalsozialen von diesen übernommen hat, sind unzufrieden darüber, daß das Einigungsprogramm nicht die volle politische Gleichberechtigung der Frauen fordert. Herr Raumann, der als Referent das Programm behandelte, erklärte sich zwar grundsätzlich für die Gleichberechtigung der Frauen, aber es sei nicht möglich gewesen, diese Forderung in das Programm zu bringen, weil in den linksliberalen Kreisen noch keine Stimmung dafür vorhanden sei und die politisch interessierten Frauen noch gering an Zahl seien. Die Liberalen vernachlässigten die Frauenbewegung heute noch so, wie sie 1862 die Arbeiterbewegung vernachlässigt und dadurch ihren Anhang in Arbeiterkreisen eingebüßt hätten. Die der Partei angehörenden Frauen mühten ihrer Forderung Geltung zu verschaffen suchen. Im übrigen komme es jetzt in erster Linie darauf an, daß erst für die Männer in Preußen ein vollständiges Wahlrecht errungen werde. Mit einer Wahlreform, die nur eine Verkleinerung des bestehenden Linears sei, werden wir uns nicht beruhigen. Es wird dann heißen: dies war nur das Vorbild, die gründliche Reform muß erst kommen, und dabei wird die neugebildete Fortschrittliche Volkspartei ein Wort mitreden.

Fraulein Martha Fick und Fraulein Dr. Bäumer vertraten mit Entschiedenheit die Forderung der politischen Gleichberechtigung der Frauen und machten den Vertretern der Partei Vorwürfe, weil sie bei der Programmberatung nicht auf der Aufnahme dieser Forderung beharrten. Es sei eine Schande, daß eine neue liberale Partei an der politischen Gleichberechtigung der Frauen vorübergehe.

Von den Frauen war ein Antrag eingebracht, welcher verlangte, daß im Programm die Forderung aufgenommen werde: „Aktives und passives Wahlrecht der Frauen in der Kommune, zu den Einzellandtagen und im Reich.“ Da aber Änderungen des Programms nicht zulässig waren, so zogen die Frauen ihren Antrag zurück, um die Einigung nicht an dieser Frage scheitern zu lassen. Es wurde aber zu dieser Angelegenheit eine von Fraulein Dr. Bäumer beantragte Resolution angenommen, welche lautet: „Die Delegierten erklären, nach wie vor an dem Grundsatz der politischen Gleichberechtigung der Frauen festhalten und diese Forderung auch ferner vertreten zu wollen.“ Im übrigen wurden keine Einwendungen gegen das Einigungsprogramm erhoben. Der Parteitag erklärte sich einstimmig für die Verschmelzung.

Auch auf dem Parteitag der Freisinnigen Volkspartei, der ebenfalls am Sonnabend tagte, gab es eine Debatte über die Frauenfrage, die ähnlich verlief. Fraulein Marie Schickewitz begründete den Antrag der Frauen in ziemlich scharfer Weise, so daß der Abg. Abloch hinterher beklagte, daß sie gleich die Kabinettfrage gestellt habe. Er fragte, wozu denn die Frauen geben wollten, wenn ihre Forderungen hier nicht bewilligt würden. Fraulein Schickewitz erwiderte: „Was wir tun werden, werden Sie hören, wenn Sie heute gehandelt haben.“ Diese Erklärung rief lebhaftes Unruhe hervor. Der Parteitag stimmte dem Einigungsprogramm gegen etwa vier Stimmen unter gleichzeitiger Annahme einer Resolution Müller-Meinings-Wiemer-Abloch zu, die dem Wünsche Ausdruck gibt, daß in der neuen Partei die Frage der Gewährung politischer Rechte an die Frauen sorgsam geprüft und auf dem nächsten Parteitag erneut zur Verhandlung gebracht werde.

Eine notwendige Reform.

Offiziös wird verkündet, daß es endlich Ernst werden soll mit der seit Jahren immer wieder geforderten Reform des Militärstrafgesetzes! Das ist hohe Zeit. Fraglich ist freilich, was bei der Reform heranzukommen wird. Wenn angekündigt wird, daß im neuen Militärstrafgesetz für militärische Vergehen der Mannschaften des Beurlaubtenstandes, statt der Haftstrafen auch Geldstrafen zulässig sein sollen, so ist das hoffentlich nicht die einzige und nicht die wesentlichste Neuerung. Vor allen Dingen ist es nötig, daß die geradezu wahnwitzigen Mindeststrafen für eine ganze Reihe militärischer Delikte herabgesetzt werden.

Reichsbesteuerungsgesetz.

Dem Reichstage ist der Entwurf eines Reichsbesteuerungsgesetzes zugegangen, durch den die Frage gesetzlich geregelt werden soll, inwieweit das Reich zu den Staats- und Gemeindeforderungen beizutragen verpflichtet ist. Durch das Gesetz soll bestimmt werden, daß das Reich verpflichtet ist, die in einem Bundesstaat, einer Gemeinde oder einem weiteren Kommunalverband allgemein festgesetzten Vermögens- und Verwaltungszweckzinsen zu zahlen, sofern ihm nicht ein besonderer Rechtsmittel auf Gebührenerfreiheit zuteilt. Dasselbe gilt von den Beiträgen, die die Grundeigentümer zur Deckung der Kosten für Herstellung und Unterhaltung der durch das öffentliche Interesse erforderlichen Veranlassungen zu leisten haben. Dagegen soll das Reich von der Zahlung aller Gerichtsgebühren und aller Staatssteuern mit Ausnahme der Abgaben von Salz und Bier befreit sein. In den Realsteuern, die an die Gemeinden zu leisten sind, soll das Reich nur in demselben Umfang wie ein einzelner Bundesstaat herangezogen werden. Gemeinden, die Ausgaben für die auf ihrem Gebiet gelegenen fabrikmäßigen Reichsbetriebe haben, sollen berechtigt sein, vom Reich Zuschüsse zu ihren Ausgaben zu verlangen, sofern die in der Gemeinde wohnenden staatlichen Arbeiter nicht ein höheres Einkommen als 2000 M haben und ihre Zahl mehr als 10 Prozent der Zivilbevölkerung der betreffenden Gemeinde ausmacht. Das Recht auf Zuschüsse und Beiträge sowie auf Steuern soll erlöschen mit Ablauf des Rechnungsjahres, das auf das Rechnungsjahr folgt, in welchem die Forderung entstanden ist. Das Gesetz soll bereits am 1. April d. J. in Kraft treten.

Bisher hatte die Reichsverwaltung die Auffassung vertreten, daß dem Reich durch die Befreiung eines Bundesstaates ohne seine Einwilligung Verpflichtungen nicht auferlegt werden können. Nur in gewissem Umfang hat sich das Reich der Verpflichtung unterworfen, Realsteuern vom Grundbesitz zu ertrichten. Es sind jedoch Zweifel über den Grundfah aufgetaucht, ob das Reich in Streitfällen über seine Steuerpflicht der Zuständigkeit der Landesbehörde unterstehe und ob es überhaupt besteuert werden könne. Diese Zweifel will der vorliegende Entwurf beseitigen.

Eine würdige „Volksvertretung“.

Vom Ersten Staatsanwalt am Landgericht Braunschweig ist, wie der „Hannoversche Kurier“ mittelt, an den Präsidenten des Landtags eine Anfrage gerichtet worden, ob der Landtag die Ermächtigung dazu erteilen wolle, daß gegen den verantwortlichen Redakteur der sozialdemokratischen Zeitung „Volksheld“ wegen Verleumdung des Landtages, begangen in verschiedenen Artikeln des genannten Blattes, Klage erhoben werden dürfe. Die lebhaften Zustimmungsaussagen aus dem Hause bei Verlesung der Anfrage lassen den Schluß zu, daß das Verfahren gegen den genannten Redakteur sicher eingeleitet werden wird.

Die Gewerbeaufsicht in Baden.

Im badischen Landtage wurde der Bericht über die Fabrikinspektion und die gesamte Gewerbeaufsicht zum ersten Male von einem sozialdemokratischen Abgeordneten, dem Arbeiterssekretär Genossen Willi erstattet.

Obwohl die badische Fabrikinspektion einen guten Ruf inner- und außerhalb Badens genießt, mußte Willi doch rügen, daß man ihr nicht soviel Personal zuerteilt, um den größten Teil der Betriebe revidieren zu können. Die Jagd der Beamten liegt sogar hinter dem Reichsdurchschnitt zurück.

In der Debatte über den Bericht griff der christliche Arbeiterssekretär Reinhardt, der von Zentrumsanoden im Landtage sitzt, den Fabrikinspektor scharf an, weil dieser in berechtigter Empörung über die schmähliche Rolle des christlichen Gewerkschaftsführers Engel in dem bekannten Rheinländer Streik die Unterhandlungen mit Engel abgebrochen hatte. Der Minister des Innern v. Podmann dachte aber den Fabrikinspektor und war auch in der Lage, den allemöglichen Nachweis zu führen, daß die Christlichen schmählich gelogen haben. Sie wollten sich bei dem Lohnkampfe einen Erfolg andichten und zeigen, was sie im Gegensatz zu den freien Gewerkschaften vermögen. Das ist ihnen mißlungen.

Aus der Spezialdiskussion über die bayerische Gebührensgefehnovelle.

München, 3. März.

Aus der Spezialdiskussion über die Novelle des Gebührensgefezes mögen nur einige Punkte herausgehoben werden.

Die sozialdemokratische Fraktion stellte einen Antrag auf Erhöhung der Gebühr bei Errichtung von Zibekommissionen von 2 Proz. auf 5 Proz. Genosse v. Haller sieht darin zwar keinen absoluten Schutz vor der Neuerrichtung von Zibekommissionen, hält die Erhöhung der Gebühr aber für berechtigt, weil sie eine unerkennliche Erscheinung in unserem Wirtschaftsleben treffe und nur sehr leistungsfähige Leute in Betracht kämen. Die Regierung und ein Zentrumsaristokrat sprechen gegen den Antrag. Er wird aber mit großer Mehrheit angenommen.

Ein Antrag Haller und Genossen wendet sich gegen den „Gebührens Hunger“ der Regierung und der Ausschuhmehrheit bei Eintragungen in das Grundbuch. Die Kammer nimmt den Antrag an und verfährt so eine nicht große, aber durch nichts gerechtfertigte Belastung des ländlichen Westes.

Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und eine Minderheit der anderen Parteien wird eine Erhöhung der Gebühren für Wandergewerbetische beschlossen. Genosse Körner nahm sich der Hausierer an, die häufig nichts anderes sind als invalide oder arbeitslos gewordene Arbeiter.

Der Antrag der Kommission auf Erhöhung der Jagdartengebühr von 25 auf 30 M. ruft einen heftigen Kampf innerhalb des Zentrums hervor. Ein Zentrumsredner beklammert die Erhöhung und würde es begründen, wenn die Kasjäger von der Jagd allmählich verschwinden würden. Sein Kollege glaubt, daß unter den Ausjägern die Sauerjäger gemeint seien und läßt die Salonjäger zu einem Wettstreiten mit den Sauerjägern ein. Er würde es bedauern, wenn die Jagden mehr und mehr in die Hände der Aristokraten und Geldleute fallen würden. Die Erhöhung wird von der Kammer beschlossen.

Lehrermaßregelung in Bayern.

Die bayerischen Lehrer führen seit längerer Zeit einen Kampf um die Fackelung der Schüler. Der Redakteur des Organs des Bayerischen Lehrervereins, Lehrer Meyerhöfer in Nürnberg, der verschiedene Artikel über die Fackelung und die geistliche Schulaufsicht veröffentlichte, ist jetzt von der Regierung gemahregelt worden. Die Regierung hat ihm ihr erstes Mißfallen ausgesprochen und weitere Maßnahmen in Aussicht stellen lassen. Daraufhin hat sich die gesamte bayerische Lehrerschaft solidarisch erklärt und einmütigen Protest erhoben. Der erste Reichstagsabgeordnete, der liberale Landtagsabgeordnete Schuber, erläßt eine Erklärung, in der er heißt: Die „Bayerische Lehrzeitung“ habe in der Verteidigung der Fackelung in der Volksschule die zulässige Grenze nicht überschritten. Es sei Aufgabe der Presse, die berechtigten Forderungen der bayerischen Lehrerschaft mit allem Nachdruck zu vertreten. Der bayerische Lehrerverein halte an dem Verlangen der Fackelaufsicht unerschütterlich fest, und werde sich immer unter allen Umständen gegen die geistliche Schulaufsicht aussprechen. Dem Redakteur Lehrer Meyerhöfer wird volles Vertrauen entgegengebracht und die Billigung seiner entschieden, aber dennoch maßvollen Redaktionsführung ausgesprochen.

Zur Nachwahl im Kreise Lhd.

Als Nachfolger des Grafen Stolberg haben die Konservativen im Wahlkreise Lhd den konservativen Landtagsabgeordneten Braemer aufgestellt. Herr Braemer ist Landrat.

Oesterreich.

Eine Pension für Abgeordnete.

Wien, 4. März. In der heutigen Sitzung des Verfassungsausschusses brachte der Abg. Dr. Heilingger die Frage des Ruhegehalts für minder bemittelte Abgeordnete zur Sprache, die lange Zeit als Abgeordnete im Dienste der Öffentlichkeit standen. Es sei notwendig, daß für Abgeordnete, welche eine bestimmte Zahl von Jahren dem Hause angehört und unbedemittelt sind, von Staats wegen ein Ruhegehalt festgesetzt werde.

Frankreich.

Der Marinestandal.

Paris, 4. März. Vier neue Verhaftungen, darunter die eines Marinelieferanten, der versucht hatte, die Marineverwaltung zu betragen, sind heute in Toulon vorgenommen worden.

Rußland.

Deutsch-russische Junkerpolitik.

Die „Kreuzzeitung“, die ihre Informationen über Rußland gewöhnlich aus der ihr am nächsten stehenden reaktionären russischen Junkerpresse schöpft, hatte vor kurzem über einen Artikel in irgend einem ehrtrussischen Bogromistenblättern berichtet, in dem die von den Edlfrassen eifrig propagierte Rückkehr zu einem Bündnis mit Deutschland empfohlen wurde. Wie das Petersburger Kadettenblatt „Rjetsch“ nun mittelt, wurde diese Mitteilung in der sogenannten „Fürsten-Correspondenz“, zu deren Lesern auch Wilhelm II. gehört, mit dem Zusatz nachgedruckt, daß man in der russischen Presse eine Reihe Artikel in demselben Sinne erwarten könne.

Wenn es schon außerordentlich charakteristisch ist, welchen Artikeln in der russischen Presse eine große Bedeutung beigemessen wird, so zeigt der Hinweis auf eine Reihe von Artikeln, die man in der ehrtrussischen Presse erwarten kann, welche keine Fäden sich zwischen Berlin und Petersburg hinziehen. Ob das Ansehen des Deutschen Reiches durch diese Intimität mit der russischen Bogromistenpresse und ihren Zuspüratoren gewinnen wird, ist eine andere Frage.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Treue Liebe zu Tarifbrechern.

Das Hirsch-Dundersche Zentralorgan kann sich immer noch nicht über den bösen „Terrorismus“ gegenüber Hirsch-Dunderschen Streik- und Tarifbrechern im Berliner Töpfergewerbe zufrieden geben. Dem edlen Hirsch-Dunderschen hat es diesmal folgende in der Sonnabendnummer des „Vorwärts“ enthaltene Notiz angetan:

„Achtung, Töpfer! Hiermit heben wir die Sperre über die Firma Melzer, Strahl u. Co., Inhaber Strahl, SW., Kommandantenstr. 18, auf, da selbige sich verpflichtet hat, wieder den Tarif zu zahlen und nur Verbandskollegen zu beschäftigen.“

Die Verbandsleitung.

Diese Notiz veranlaßt den „Gewerbverein“ zu folgendem Eduarzusaubuch:

„Also die Verpflichtung, nur Verbandskollegen, d. h. Zentralverbandler zu beschäftigen, ist die Vorbedingung zur Aufhebung der Sperre. Noch am Freitag wurde im „Vorwärts“ geäußert, daß man sich weigere, mit Andersorganisierten zusammenzuarbeiten. Hier ist der Beweis erbracht, daß man dem Zentralverbande angehören muß, wenn die „Genossen“ mit einem arbeiten sollen. Rette Vorkämpfer für die Freiheit!“

In seiner grenzenlosen Hirschbrunst legt der „Gewerbverein“ das Schwergewicht darauf, daß die freigegebene Firma sich verpflichtet hat, nur Verbandsmitgliedern zu beschäftigen. Zah die Firma sich auch zur Wiedereinkaltung des bestehenden Lohns verpflichtet, erscheint dem Vatte nebenbei: es vergiebt vielmehr Akrofolitäten, weil die Firmen nun auch ganz folgerichtig die Hirsch-Dunderschen Tarifbrecher entlassen hat. Im übrigen dürfte es kein vernünftiger Mensch und ehrlicher Gewerkschafter den im Verbandsorganisierten Töpfern verdenken, wenn sie sich dafür bedanken, mit solchen notorischen Sperre-, Streik- und Tarifbrechern zusammenzuarbeiten. Nur der „Gewerbverein“ kann das nicht einsehen, denn diese gemeingefährlichen Marodeure des Berliner Töpfergewerbes sind ja doch Hirsch-Dundersch organisiert! Das ist dem Blatte die Hauptsache. Die gewerkschaftliche Qualität ist ihm aber schnuppe und so drückt denn das Hirsch-Dundersche Zentralorgan unter den üblichen Ausfällen gegen die moderne Arbeiterbewegung diese notorischen Streik- und Tarifbrecher liebevoll an das hochklopfende Hirsch-Dundersche Herz. Und so etwas nennt sich Organ zur Vertretung von Gewerkschaftsinteressen!

Die Ausperrung in der Waffenfabrik von Schwarzlose hat den Beweis erbracht, daß die Polizei unter Außerachtlassung aller Verordnungen und gesetzlichen Bestimmungen das denkbar mögliche zum Schutze des Unternehmers und der „nützlichen Elemente“ tut. Die Revolverstraße in Moabit sowie alle umliegenden Straßenzüge zeigen von 4 Uhr an jeden Abend das Bild eines Belagerungszustandes. Durch ein gewaltiges Heer von Uniformierten und Kriminalbeamten ist jeder Fußgängerverkehr unmöglich gemacht; das ganze Geschäftsleben ist in Mitleidenschaft gezogen. Die Straße dient dem Verkehr, sagt der Polizeipräsident. Das Gegenteil trifft hier aber zu. Nach den polizeilichen Maßnahmen zu urteilen, müßte Herr v. Jagow die Bekannmachung ändern: „Die Straße dient nur dem Verkehr der Arbeitswilligen.“ Das Nachhausebefördern der Arbeitswilligen geschieht unter sicherer Begleitung von mehreren Kriminalbeamten mit dem Privatautomobil der Firma (Nr. 2005) sowie den Rn. 5074 und 5820, welche durch rücksichtsloses Fahren zum Schrecken der Nachbarschaft geworden sind. Der den Chauffeur begleitende Kriminalbeamte hätte alle Veranlassung, auf die Bestimmungen der Verkehrsvorschrift zu achten, statt die Mißachtung derselben zu begünstigen.

An welcher Weise die Polizeibeamten ihre Pflichten erfüllen, zeigt folgender Vorgang: Daß die Streikposten, welche ihr gesetzliches Koalitionsrecht ausüben, fesselt werden, ist ja bei jedem Streik nichts Neues. Doch aber dieselben auf dem 64. Polizeirevier wie Verbrecher behandelt werden, fordert den schärfsten Protest heraus. Nicht allein, daß ein sittlicher Streikposten sämtliche Gegenstände, Posten, Legitimationspapiere usw. abgeben mußte, wurde selbiger 2½ Stunden in der Zelle interniert und auch außerdem nicht glimpflich behandelt. Dieselbe Behandlung müßte sich nach ein anderer Sittlicher dort gefallen lassen, so daß der Polizeipräsident gut tun würde, für einzelne seiner Beamten ein wenig Wert zu beschaffen. Alle diese Maßnahmen haben die Streikenden noch nicht wankelmütig machen können.

Zur Tarifbewegung in der Herrenkonfektion.

Gestern abend hatten sich die Herrenkonfektionschneider der Firmen Elsbach Nachf. und Stern Gebr. im Gewerkschaftshaus versammelt, um den Bericht über die Verhandlungen mit den Firmeneinhabern entgegenzunehmen. Bei Stern Gebr. ist die Einigung erzielt, so daß bei dieser Firma der Tarifvertrag als abgeschlossen gelten kann. Bei Elsbach, wo bekanntlich die Arbeiterschaft im Streik steht, haben die Verhandlungen wohl größtenteils zu der Einigung über den Ziviltarif geführt, jedoch nicht über den Loden- und Virettariff. Die Differenzen sind also bei dieser Firma noch nicht erledigt, so daß auch der Streik noch nicht aufgehoben werden konnte. Ueber die weiteren Verhandlungen in der Branche wird am Montag in einer größeren Versammlung der Herrenkonfektionschneider berichtet.

Forderungen der Anwaltsgehilfen.

Der Verband der Bureauangestellten bemüht sich gegenwärtig wieder, die Anwaltsgehilfen und -Gehilfinen zu einem einheitlichen Vergehen zu veranlassen und den Rechtsanwältinnen Forderungen zu unterbreiten, um die als recht erbärmlich bekannte Lage der Angestellten zu verbessern. In einer öffentlichen Versammlung, die am Freitagabend in den „Rustersälen“ stattfand, beleuchtete Gustav Bauer die Verhältnisse der Angestellten und legte den Anwesenden eindringlich dar, wie sie sich vor der rücksichtslosen Ausbeutung zehntausender Anwälte nur durch eine starke Organisation schützen können. Nur durch den Verband haben sich die Verhältnisse in Berlin seit einigen Jahren etwas gebessert, während sie in anderen Städten, z. B. in Leipzig, sich noch verschlechtert haben. Wenn sie in Berlin trotzdem noch miserabel zu nennen sind, so liegt dies an der Gleichgültigkeit und Verbandslosigkeit der Masse der Angestellten gegenüber dem Organisationsgedanken. Der Redner führte bestimmte Zahlen an, die aus der Statistik der Ortskrankenkasse der Bureauangestellten, der über 2000 Anwaltsgehilfen angehören, gewonnen sind. Ueber 150 M. verdienen nur 327 Angestellte oder 11,41 Proz.; zwischen 100 und 130 M. verdienen 501 oder 17,47 Proz.; also von 100 Angestellten verdienen nur 29 über 100 M. monatlich, während die übrigen zwischen 35 und 100 M. verdienen. Mehr als die Hälfte der Angestellten besteht aus jugendlichen Personen. Die Zahl der weiblichen Angestellten ist sehr groß, ihre Entlohnung ist in der Regel eine schlechte. Die Arbeitszeit der Bureauangestellten wird oftmals unerhört ausgedehnt. Bauer machte darauf aufmerksam, daß jetzt, nachdem der Reichstag die Einnahmen der Rechtsanwälte erhöht hat und zwar gerade mit Rücksicht auf die Angestellten, es an der Zeit sei, mit Forderungen hervorzutreten, denn freiwillig rufen diese Herren keinen Pfennig heraus. Der Verband hat wunderliche Mittel, die Anwälte dazu zu zwingen, aber er kann diese Mittel nur dann zur Anwendung bringen, wenn er in jedem Bureau wenigstens einige Mitglieder zählen kann. Der Redner empfahl die Annahme der folgenden Resolution:

„Die Bureauangestellten der Rechtsanwälte haben in ihrer am 4. März abgehaltenen Versammlung mit Interesse davon Kenntnis genommen, daß der Reichstag die Notwendigkeit einer besseren Entlohnung der Angestellten der Rechtsanwälte anerkannt hat und auf diesem Grunde die Auslagenpauschale in der Gebührenordnung für Rechtsanwälte erhöhte.“

Eine Erhöhung der Gehälter ist für die Angestellten der Rechtsanwälte um so notwendiger, als die ständig andauernde Verteuerung der Lebenshaltung sie härter trifft als andere Berufsgruppen, weil ihre Entlohnung schon von jeher durchaus unzureichend gewesen ist.

Die Versammlung beauftragt deshalb den Verband der Bureauangestellten, sämtliche Rechtsanwälte des Bezirks zu erfragen, den Angestellten, die weniger als 100 M. Gehalt pro Monat beziehen, eine Zulage von mindestens 20 Proz., den höher entlohnenden Angestellten eine Zulage von mindestens 10 Proz. des jetzigen Gehalts zu gewähren.“

In der Diskussion wurden die Ausführungen des Redners bekräftigt durch einige Angestellte, die von ihren Erfahrungen bei Berliner Rechtsanwältinnen berichteten. Ueber Rechtsanwalt Edinger, Schönhauser Allee, und Justizrat Ulrich, Neue Promenade, wurden Klagen erhoben. Belong wurde auch, wie notwendig die Regelung der Arbeitszeit sei. — Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Der Reichstagsabgeordnete Leber-Jena hielt den Versammlung einen Vortrag über die allgemeine Lage in Deutschland mit besonderer Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse. Er richtete ebenfalls die dringende Mahnung an die Bureauangestellten, sich zu einer starken Organisation zusammenzuschließen. Der Vortrag fand reichen Beifall.

Die Tarifbewegung der Steinmetzen.

Die Sektion I des Steinmetzenverbandes, die Bau- und Grabsteinmetzen hatten sich am Freitag im großen Saale der Arminiallen versammelt, um über ihre Tarifforderungen zu beraten und zu beschließen. Es sind in den Hauptpunkten folgende Forderungen, die nach gründlicher Beratung von der Versammlung gutgeheißen wurden:

Die nach dem alten Tarif für die Werkplätze geltende Arbeitszeit von 8 Stunden in den Monaten März bis Oktober, von 7½ Stunden in den übrigen Monaten soll auf alle Steinmetzen ausgedehnt werden, also auch für die Arbeit auf den Bauten sowie für die Verseher und ihre Hilfsarbeiter gelten. Ebenso der 3-Mittwochsabend am Tage vor den drei hohen Festen, der 4½-Mittwochsabend an den Sonnabenden. Zur Einteilung der täglichen Arbeitszeit wird die Aenderung verlangt, daß die halbjährliche Beisepause wegfällt und dafür um 5 Uhr Feierabend gemacht wird. Der Minimallohn, bisher 55 Pf., soll auf 90 Pf. erhöht werden. Zuschlag für Überzeitarbeit wird 25 Pf. statt bisher 20 Pf. verlangt, für Nachtarbeit 45 Pf. statt 40 Pf. Bei Arbeiten innerhalb Berlins und der nahen Vororte, auch auf den Werkplätzen, soll das Jahrgeld bis zum Höchstsahe von 1,20 M. die Woche vergütet werden, bei Arbeiten in weiter entfernt liegenden Vororten das volle Jahrgeld. Bei Arbeiten in Orien, die jenseits der Vorortsgrenze liegen, wird das Jahrgeld 3. Klasse sowie Bezahlung der Fahrzeit als Arbeitszeit verlangt. Ruß der Steinmetzen an einem solchen Arbeitsort wohnen, solange die Arbeit dauert, so ist eine Zulage von 3 M. den Tag, auch für die Sonn- und Feiertage, zu zahlen. Außerdem ist dem Steinmetzen bei solcher Arbeit alle Vierteljahre einmal das Jahrgeld für eine Reise nach Hause zu vergüten. — Eine weitere Forderung ist allgemeine Einführung des Angelohns, also Abschaffung der Akkordarbeit in der Bauindustrie. Der Akkordtarif für die Grabsteinindustrie soll mit der Ausnahme, daß Sandsteinarbeiten nur in Tagelohn ausgeführt werden, bestehen bleiben wie bisher. — Der Sektionsvorsitzende Frank machte darauf aufmerksam, daß zu glücklicher Durchführung der Tarifbewegung fester Zusammenhalt in der Organisation mehr denn je erforderlich ist.

Achtung, Maler! Die Bauten Treptow, Defreggerstraße, und Rummelsburg, Sonntagstr. 30, der Firma Paul Finke, sind wegen tariflicher Differenzen bis auf weiteres gesperrt.

Die Ortsverwaltung des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.

Achtung, Kleber! Firma Linberg, Schöneberg, Eisenacher Straße 47, Firma Cade u. Dangers, Altmärker Str. 57/58, sämtliche Bauten sind gesperrt. Charlottenburg, Kritische Str. 20. R. u. o. Fischerstr. 14. Wilsberg, Ede Kaiserdam, Dismard, Ede Neue Grolmanstraße, Friedenau, Breitenbergerstraße, Westfälische, Barziner Straße, Steglitz, Schilbornstraße, Van Ruyner, Nixdorf, Bergstr. 7/8, Herfurthstr. 23, Ranfenstr. 21. Berlin, Triftstraße 40/43. Schöneberg, Inbuderer Str. 10. Charlottenburg, Bismarckstraße, Bau Büchel, Dahlem, Berder Straße.

Die Verbandsleitung.

Achtung, Hüttenleger! Die Schlichtungskommission für den Geltungsbereich des neuen Tarifvertrages hat sich konstituiert. Alle Meldungen und Beschwerden den Tarifvertrag betreffend sind an die Adresse des Obmannes, Fritz Weisse, Rixdorf, Reimestraße 12, 3 Treppen, vom 1. April: Berlin O., Ederstr. 13, 3 Tr., zu richten.

Achtung, Stuckateure! Im oberhessischen Industriegebiet Deutchen, Kattowitz, Gleiwitz sieben seit dem 2. März die Stuckateure im Streik! Arbeitsangebote von dort oder von hiesigen Firmen nach dort sind abzulehnen. Zentralverband der Stuckateure.

Der Brauereiarbeiterverband im Jahre 1909.

Nach der besonders auf die Brauindustrie noch im Jahre 1909 wirkenden wirtschaftlichen Depression und der erheblichen Abnahme des Bierkonsums infolge der Brausteuer- und Bierpreiserhöhung, durch welche Umstände die Zahl der Arbeiter in der Brauindustrie eine bedeutende Verminderung erfuhr, ist es dem Brauereiarbeiterverband gelungen, die Zahl der Mitglieder im letzten Jahre um 617 zu erhöhen; der Verband zählte im Jahre 1909 38.896 Mitglieder. Auch in finanzieller Beziehung hat sich der Verband verhältnismäßig gut entwickelt. Die Gesamteinnahmen stiegen von rund 749.064 M. im Jahre 1908 auf 784.618 M. im Jahre 1909. An Unterstufungen ausschließlich Streikunterstützung wurden gezahlt 233.454 M. gegen 200.088 M. im Jahre 1908. Unter dieser Unterstufungsumme befinden sich 14.885 M. Extrazuschüsse an die Opfer des Schnapsbols. Ohne die Lokalbeiträge stieg das Verbandsvermögen von 502.622 M. Ende 1908 auf 744.808 M. Ende 1909.

Die Breslauer Buchbinder haben ihre Tarifbewegung abgeschlossen und folgendes erreicht: Es haben im ganzen 40 Firmen (gegen 28 im Jahre 1907) den neuen Tarif unterschrieben. Für 533 Personen wurde die Arbeitszeit pro Woche um 800 Stunden verkürzt, also 1½ Stunden für den einzelnen; für 632 Personen wurde eine wöchentliche Lohnerhöhung von je 50 Pf. bis 2 M., in Summa 560 M. erzielt. Früher betrug der durchschnittliche Verdienst der Arbeiter pro Stunde 35 Pf., jetzt 38 Pf., der der Arbeiterinnen stieg von 13 auf 14½ Pf. pro Stunde. Ferner wurde für 632 Personen ein Zuschlag für Überstunden und ein Lohnzuschlag für Sonntagarbeit erzielt. Sämtliche Halbpreise wurden außerdem um 10 Proz. erhöht. Beschäftigt sind in den tarifreinen Betrieben 128 Arbeiter und 504 Arbeiterinnen. Gegen 19 Betriebe (meist Brauereien), die 123 Personen beschäftigen und den Tarif nicht anerkennen wollen, wird im Wege der Sperre usw. vorgegangen werden.

Die Tapetierer in Breslau haben nach ganz besonders heftigen Kämpfen die Unternehmer doch noch zur Tariftreue gezwungen. Ueber 150 von 272 Meistern haben bereits den neuen Tarif unterschrieben, der den Gehilfen pro Stunde eine „Zulage“ von 2 Pf. (vom 1. März 1911 ab um einen weiteren Pfennig) und eine Erhöhung des Akkord-Gehalts von 27 auf 30 M. bringt. Freilich nahmen die Gehilfen diese Abmachungen mit nur geringer Majorität (90 zu 70 Stimmen) an. Ueber kurz oder lang beginnt also der Kampf von neuem.

Warnung an deutsche Lithographen vor Arbeitsangeboten nach Amerika und Schweden! Durch die bürgerliche Presse gehen fort-

gesetzt Inserate gewissenloser Agenten, die Lithographen zur Auswanderung nach Amerika verlocken wollen. Es werden dabei recht annehmbare Löhne in Aussicht gestellt. In Wirklichkeit liegen aber die Verhältnisse in Amerika genau so traurig, wie sie dort unterer industriefeindlichen Zollpolitik in Deutschland sind. Es ist auch nicht zu ersehen, ob sich in Amerika für die Lithographen die Lage in nächster Zeit bessern wird. Wir warnen deshalb vor Abwanderung nach Amerika. In Malmo (Schweden) befindet sich das Personal der Ständlithographiska Aktiebolaget im Aufstande. — Auskünfte erteilen die internationalen Vertrauensleute oder der Verband der Lithographen, Steindruck- und verwandter Berufe.

Ausland.

Die Fahrstuhlführer von Paris haben den allgemeinen Ausstand beschlossen, da ihnen von der Mehrzahl ihrer Arbeitgeber gewisse Forderungen nicht bewilligt wurden. In alle Einwohner der Stadt haben die Arbeiter die Mahnung gerichtet, bis zur Beendigung des Streiks, wenn ihnen ihr Leben lieb sei, die Fahrstühle nicht zu benutzen, da dieselben von ungeübten Kräften bedient werden.

Klassenjustiz in Neu-Südwaales.

Wir berichteten kürzlich über die Verurteilung von drei Führern der Bergarbeiter in Neu-Südwaales (Australien) zu 1½ bis 1 Jahr Gefängnis. Es war gegen sie Anklage erhoben worden, weil sie an Versammlungen, bei denen mehr wie zwei Personen anwesend waren, teilgenommen haben, die zum Zweck der Leitung, Unterstützung und zur Fortführung eines Streikes stattfanden. — Das Zwangsgesetz (Coercion Act), auf Grund dessen die Verurteilung erfolgte, wurde erst während des großen Kohlenarbeiterstreiks angenommen, doch hat es schon, wie obiges Beispiel zeigt, sofort dazu gedient, den Gewerkschaften ganz ungeheure neue Schwierigkeiten zu bereiten. Seine wichtigsten Bestimmungen lauten:

„Jede Versammlung von zwei oder mehr Personen, welche sich mit der Leitung, Anordnung und Unterstützung zur Fortführung einer schon bestehenden Aussperrung oder Streikbewegung in Gewerben der täglichen Bedarfsartikel oder im staatlichen Transportgewerbe geführt wird.“ — Jede Person, welche an einer solchen Versammlung teilnimmt und wissen kann, daß die wahrscheinliche Folge der Fortführung einer solchen Aussperrung oder Streikbewegung sein wird, das Publikum ganz oder zu einem großen Teile eines notwendigen Gebrauchsartikels zu berauben, soll mit 12 Monaten Gefängnis bestraft werden.“

Daß es noch eine Reihe anderer gesetzlicher Methoden gibt, die Tätigkeit der Gewerkschaften unmöglich zu machen, erfahren 14 Funktionäre ebenfalls lokaler Gruppen des australischen Bergarbeiterverbandes, die Anfang Januar unter der Anklage, „durch die Verurteilung der Annahme der Resolution der Delegiertenversammlung ihres Verbandes, welche sich für den Streik ausgesprochen hatte, in ihren Sektionen den Streik heraufbeschworen zu haben“, vor dem Gerichte in Newcastle standen. Alle 14 wurden zu je 2000 M. Geldstrafe oder zwei Monaten Zwangsarbeit verurteilt.

Aus der Urteilsbegründung des Richters Heddon verdient folgende Stelle hervorgehoben zu werden: „Meine jegliche Pflicht ist die am meisten elterregende, der ich jemals nachgekommen bin. Sie zwingt mich, Mitbürger zu verurteilen, die, im gewöhnlichen Sinne des Wortes, ordentliche und achtenswerte Leute sind und denen ich unter anderen Umständen gern die Hände schütteln möchte.“ Heddon erklärte weiter, daß das „Streifgesetz“, nach welchem die Verurteilung erfolgen müsse, einen offensichtlich politischen Charakter trage.

Versammlungen.

Der Zentralverband der Schmiede hielt am Donnerstag eine außerordentliche Generalversammlung ab. Der Geschäftsbericht für das Jahr 1909 sowie das Ergebnis der statistischen Erhebungen lagen gedruckt vor. Dem Jahresbericht ist zu entnehmen, daß das Jahr 1909, ebenso wie sein Vorgänger, als ein Krisenjahr zu betrachten ist. Dieser Tatbestand äußert sich wieder in der Höhe der zur Auszahlung gelangten Unterstufungen. Bei einer Einnahme der Hauptkasse von 65.535,07 M. wurden für Arbeitslosenunterstützung 18.433,22 M., für Krankenerhaltung 11.676,40 M. verausgabt. An Streik- und Gemahregelunterstützung wurden insgesamt 6804,60 M. gezahlt. Besonders Interesse beanspruchen die statistischen Erhebungen. Zu diesem Zwecke wurden im Anfang des vergangenen Jahres Zahlarten herausgegeben, die außer auf die beruflichen Fragen auch auf die Parteizugehörigkeit und dem Leben einer Tageszeitung ausgedehnt wurden. Von den 1903 Mitgliedern, die Angaben über diese beiden Fragen machten, waren 947 Lefer des „Vorwärts“, 5 Mitglieder Lefer der polnischen Parteizeitung, 321 abonnierten bürgerliche Blätter, 687 lasen keine Zeitung. Politisch organisiert waren 639 Mitglieder. In der Diskussion wurde gewünscht, daß dieses Verhältnis in Zukunft ein besseres werden möge. Die Neuwahl sämtlicher Körperschaften hatte folgendes Ergebnis: Sitzung, 1. Bevollmächtigter; Schlinski, 2. Bevollmächtigter; Gentisch, Kassierer; Kerchland, Schriftführer; Redigoren: Timmermann, Werk und Barzeda. In die Besprechungskommission wurden Vassner, Grahl, Köhler, Stenzel und Wolff gewählt. Die von einer Kommission vorbereiteten Anträge zur Verbandsgeneralversammlung in München werden, mit Ausnahme einer Aenderung im Rechtschutzreglement, von der Versammlung angenommen. Die Beschlußfassung über das revidierte Arbeitsnachweisreglement wurde bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Eine Dampfessel-Explosion.

Beuthen, 5. März. (B. S.) Auf der Julienhütte explodierte ein Dampfessel, wodurch das Kesselhaus zerstört und auch sonst fürchterliche Verwüstungen angerichtet wurden. Der Kesselwärter Kivi wurde tödlich, mehrere andere Arbeiter leicht verletzt.

Die Hyankali-Affäre.

Wien, 5. März. (B. Z. S.) Die Untersuchung gegen Oberleutnant Hofrichter wird demnächst beendet werden. Die Einberufung eines Kriegsgerichtes soll gegen Hofrichter beantragt werden. Die anfänglichen Indizien wurden durch die dreimonatige Untersuchung erweitert und vertieft. Die untersuchenden Aerzte erklärten Hofrichter für geistig normal, aber für einen Simulanten. Er fingierte Ohnmachtsanfälle, plötzliche Geistesabwesenheit und religiöse Wahnvorstellungen; er versuchte auch verächtlich, an gewisse Absonderlichkeiten seines physischen und psychischen Lebens glauben zu machen und suchte wiederholt eine Vertheidigung mit der Aufzählung von Beispielen, um die Zeugen zu beeinflussen. Durch die Nachforschungen in der Affäre Marianowitsch ist die Untersuchung gegen Hofrichter verzögert worden.

Eine neue Lawinenkatastrophe.

Vancouver (Brit. Columbia), 5. März. (B. Z. S.) Beim Regers Pah ereignete sich ein Lawinensturz, durch den 50 Menschen umgekommen sein sollen. Die Verschütteten gehörten zu einer Gruppe von 100 Arbeitern, meistens Japaner und Italiener, die gerade damit beschäftigt waren, die Gleise der Canadian-Pacific-Bahn vom Schute freizuhaukeln, als ein neuer Lawinensturz erfolgte.

Reichstag.

49. Sitzung, Sonnabend, den 5. März, vormittags 10 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Dr. Delbrück.

Die Beratung des Etats für das Reichsamt des Innern wird fortgesetzt bei den Einnahmen und Ausgaben.

Beim Titel „Beitrag zu den Unterhaltungskosten einer Anstalt für die

Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit.

im Deutschen Reich 40 000 M.“ erklärt

Abg. Dr. Arendt (Rp.): Die Summe ist viel zu niedrig, um die Säuglingssterblichkeit wirksam zu bekämpfen. Vielleicht ließe es sich ermöglichen, sie zu erhöhen.

Abg. Jietzsch (Soz.):

Ich kann diese Anregung nur unterstützen. Die Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit und ihrer Ursachen ist in Deutschland um so notwendiger, als gerade Deutschland eines der Länder ist, das in bezug auf die Säuglingssterblichkeit mit an erster Stelle steht (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten). In der Festchrift, die bei der Einweihung des Kaiserin-Augusta-Viktoriahauses zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit herausgegeben wurde, sind 27 Staaten angeführt, von denen Deutschland die erste Stelle in bezug auf die Säuglingssterblichkeit einnimmt! Während im Jahre 1908 die allgemeine Sterblichkeit in Deutschland 3,9 Proz. betrug, betrug die der Säuglinge 2,2 Proz., was also fast zehnmal größer ist! Das fällt um so schwerer ins Gewicht, als der Geburtenüberschuss in Deutschland bereits seit einer Reihe von Jahren zurücksinkt (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten). Dieser hat man in Deutschland auf dem Gebiete der Säuglingssterblichkeit etwas zu leisten den Gemeinden und den Einzelstaaten überlassen. Aber von den Einzelstaaten geschieht herzlich wenig. Preußen gibt nur an einige Vereine etwas, und die einzelnen Gemeinden können über eine gewisse Grenze ihrer Leistungsfähigkeit nicht hinausgehen. In erster Linie stehen hier Stuttgart und Charlottenburg, das auch in seinem Etat für das Jahr 1910/11 150 000 M. zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit und für die Säuglingsfürsorge ausgeben will. Man darf aber nicht vergessen, daß die Kommunen in den letzten Jahren vor immer größerer sozialer Aufgaben gestellt sind. Vor allem haben sie das große Problem einer kommunalen Versicherung gegen Arbeitslosigkeit zu lösen; diese und andere Aufgaben nehmen ihre Mittel in immer höherem Maße in Anspruch. Auch darf man nicht vergessen, daß die Mittel der Kommunen durch unsere allgemeine wirtschaftliche Lage zufolge unserer unglücklichen Steuerpolitik immer höher in Anspruch genommen werden (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten). Und schließlich erfordert die Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit nicht nur praktische Maßnahmen an einzelnen Stellen, sondern vor allem eine Zentralstelle, in der auch die Ergebnisse wissenschaftlich zu bearbeiten sind. In dieser Beziehung hat das Kaiserin-Augusta-Viktoriahaus Bahn zu brechen versucht. Aber es ist für das Deutsche Reich nicht gerade rühmend, daß es der privaten Initiative überlassen hat, hier vorzugehen. Diese Anstalt, die ein hohes soziales hygienisches und kulturelles Bedürfnis erfüllen will, ist darauf angewiesen, ihren Etat mühselig zu balancieren, indem sie sich an Private, an Vereine, an Gemeinden und den Staat wenden muß, um überhaupt auskommen zu können. In ihren Einnahmen von insgesamt 108 500 M. figuriert das Reich mit einem Beitrag von 40 000 M., die Bundesstaaten mit 30 100 M., wovon Preußen 30 000 M. gibt und das kleine Lippe 100 M. Alle übrigen Bundesstaaten haben bisher keinen Zuschuß geleistet (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten). Der Zuschuß der Gemeinden beträgt 10 000 M. Den Einnahmen stehen Ausgaben gegenüber von 303 400 M., also eine erhebliche Mehrausgabe, und dabei scheint bei der Ansetzung der Ausgaben sehr ökonomisch gearbeitet zu sein. Es werden wohl alle Parteien darin einig sein, daß der Reichszuschuß von 40 000 M. in anbetendster Weise der großen sozialen und kulturellen Bedeutung dieser Anstalt erhöht werden muß. Trotzdem habe ich Abstand davon genommen, heute schon einen bestimmten Antrag zu stellen. Einmal besteht die Anstalt noch zu kurze Zeit, und es ist vielleicht besser, die Erfahrungen eines weiteren Jahres abzuwarten, zweitens aber kann die Regierung während dieses Jahres in Erhebungen darüber eintreten, ob nicht bei der Bewährung eines höheren Zuschusses das Reich in irgend einer Form eine Kontrakte über die Anstalt ausüben kann. Ich sehe in die bisherige Leitung der Anstalt kein Mißtrauen, es muß aber der Gedanke

gefördert werden, daß die Anstalt überhaupt am besten in die Hände des Reichs übernommen wird (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten); sie könnte sehr wohl dem Reichsgesundheitsamt angegliedert werden.

In anderen Staaten ist die Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit zentralistisch geregelt. So in Norwegen, so auch in Ungarn, wo 15 Millionen Kronen dafür ausgegeben werden. Auf diesem Gebiete erwachsen dem Reiche aber auch noch weitere Aufgaben über die bloße Unterstützung solcher Anstalten hinaus. Eine

Mutterchaftsversicherung

muß ins Auge gefaßt werden, ferner müssen die Schutzgesetze für die gewerblichen Arbeiterinnen in den Zeiten der Mutterschaft und Schwangerschaft erweitert werden (Zustimmung bei den Sozialdemokraten). Notwendig ist auch eine reichsgesetzliche Regelung der Ueberwachung der privaten Säuglingspflege. Auf dem Gebiete der Erziehung müßte vor allen Dingen ein Erwachen der Ehrfurcht vor der Mutterschaft versucht werden. In diesem Zusammenhang denke ich daran, daß die staatliche Institutionen noch immer die bei ihnen angestellten Beamtinnen, Lehrerinnen usw. aus dem Amt sehen, wenn sie Mutter werden. Verfehlungen gegen das feindliche Leben belegt der Staat mit geradezu drakonischen Strafen, aber ruhig sieht er zu, wie fortwährend gegen das beste Leben teilweise durch Unkenntnis, teilweise durch Versehen unhygienischer, unsozialer Zustände gestreut wird (Sehr wahr!).

Die Hauptursache der Säuglingssterblichkeit

liegt in der Ernährungsweise der Säuglinge. Der größte Schuß gegen die Sterblichkeit ist die natürliche Nahrung. Deshalb haben verschiedene Gemeinden bei der allgemeinen Volkszählung die Frage nach der Ernährungsweise der Säuglinge als eine Nebenfrage bei der allgemeinen Volkszählung aufnehmen wollen. Dabei aber begehen diese Gemeinden einem gewissen Widerstand der preussischen Regierung, der äußerst kurzfristig und unklug und für die Säuglinge geradezu schädlich ist. Es wäre zu wünschen, daß die Reichsregierung einen Druck auf die preussische Regierung ausübt, um diesen Widerstand zu brechen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es darf nicht bei dem bisherigen Zustand der Säuglingssterblichkeit bleiben, sondern der Reichstag muß zum Ausdruck bringen, daß die Regierung nicht hoffen darf, auch weiterhin mit dem bisherigen Zuschuß von 40 000 M. ihre Pflicht getan zu haben. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. von Nischhofen (L.) glaubt ebenfalls, daß der Reichszuschuß in Zukunft beträchtlich erhöht werden müsse.

Abg. Baffermann (natl.): Auch wir erkennen die Bedeutung der Säuglingsfürsorge an und bitten den Reichstag, einmütig eine Resolution zu beschließen, die von der Regierung die Erhöhung des Titels im nächsten Jahre verlangt.

Die Abg. Doormann (fr. Sp.) und Graf Oppersdorf (Z.) schließen sich dem an.

Staatssekretär Dr. Delbrück: In der Anerkennung der hohen kulturellen Bedeutung der Säuglingsfürsorge bin ich grundsätzlich mit den Herren Vorrednern einverstanden. Die Frage der Organisation wird aber im einzelnen genau zu prüfen sein. In erster Linie ist es Aufgabe der Kommunen, auf diesem Gebiete tätig zu sein. (Sehr richtig! rechts.) Daher erscheint es mir zweifelhaft, ob es angebracht ist, das Zentralinstitut, dessen Notwendigkeit ich anerkenne, als Staats- oder Reichsinstitut zu gründen, oder ob nicht vielmehr ein selbständiges Institut, auf welches Staat und Reich allerdings einen gewissen Einfluß haben könnten, besser geeignet ist, die Aufgaben einer solchen Zentralanstalt zu erfüllen.

Damit schließt die Debatte.

Die Abstimmung über die Resolution Baffermann wird in der dritten Lesung erfolgen.

Beim Titel „Für das deutsche Museum in München“ (350 000 M.) dankt

Abg. Dr. Müller-Meiningen (fr. Sp.) „im Namen des bayerischen Volkes“ für die hochherzige Unterstützung. (Bravol links.)

„Zur Förderung der

Erforschung und Bekämpfung der Tuberkulose werden 100 000 M. verlangt.

Abg. Jietzsch (Soz.):

Die Tuberkulose ist recht eigentlich die Berufskrankheit der Porzellan- und Steingutarbeiter. Aus den eingehenden Untersuchungen, die namentlich Dr. Sommerfeld über die Gesundheitsverhältnisse in der königlichen Porzellanmanufaktur in Berlin im Jahre 1893 angestellt hat, ergab sich, daß 50,2 Proz. aller Ar-

beiter an den Atmungsorganen erkrankt sind. Dabei bezogen sich diese Untersuchungen auf einen Betrieb, der in bezug auf seine sanitären Einrichtungen vor den Privatbetrieben manche Vorzüge hat. In den Thüringischen und bayerischen Gegenden, wo die Porzellanindustrie zu Hause ist, finden Sie geradezu haarsträubende Zustände, die sich mit denen in der Porzellanmanufaktur in Berlin gar nicht vergleichen lassen. Seit den Untersuchungen von Sommerfeld sind 17 Jahre verfloßen. In dieser Zeit hat die Porzellanindustrie einen großartigen Aufschwung genommen, aber trotz aller finanziellen und technischen Fortschritte ist in den sanitären Verhältnissen, wenn nicht eine Verschlechterung, so doch mindestens keine Verbesserung eingetreten. Die Ursachen der Erkrankungen an Tuberkulose sind in keiner Weise beseitigt. Die Betriebszählung von 1895 wies 1938 Betriebe der Porzellanindustrie mit 53 267 beschäftigten Personen auf; die Betriebszählung von 1907 dagegen 1950 Betriebe mit 76 392 beschäftigten Personen. Vor allem war die Zahl der Großbetriebe gestiegen: von 780 auf 983, während die der Kleinbetriebe einen Rückgang erlitten hatte. Diese Zahlen allein beweisen schon, wie groß der technische Fortschritt und mit ihm auch die Gewinne der Unternehmer waren. Bei solcher Stärkung der Unternehmungen hätte auch für die Gesundheit der Arbeiter mehr getan werden können, ja getan werden müssen.

Präsident Graf Schwerin-Bühn: Es handelt sich hier lediglich um den Titel „Zur Förderung der Erforschung und Bekämpfung der Tuberkulose“. Ihre ganz allgemeinen Ausführungen über die Tuberkulose bei den Porzellanarbeitern gehören doch wohl mehr zum Kapitel „Gesundheitsamt“.

Abg. Jietzsch (Soz.): Ich wünsche den Titel erhöht zu sehen und will zur Begründung darauf hinweisen, daß die Untersuchungen zur Erforschung der Ursachen der Tuberkulose sich nicht bloß auf die Untersuchung des Zusammenhangs zwischen Tier- und Menschentuberkulose erstrecken, sondern auch auf die Tuberkulose als Berufskrankheit. Gewiß gehören meine Ausführungen mehr zum Gesundheitsamt, wo mir aber durch den Schluß der Debatte das Wort abgeschnitten wurde. Inmierhin wird der Herr Präsident mir aber zugeben, daß meine Ausführungen besser zu diesem Titel passen, als die Dohn- und Bauerndebatte zum Titel „Staatssekretär“ paßt. (Lebhaftige Zustimmung bei den Sozialdemokraten. — Juraus bei den Antisemiten. — Frechheit!)

Präsident Graf Schwerin: Die allgemeinen Ausführungen über Tuberkulose kann ich bei diesem Titel nicht zulassen.

Abg. Jietzsch (Soz.): Ich glaube doch, daß der Titel tatsächlich die Möglichkeit zu diesen Ausführungen gewährt.

Präsident Graf Schwerin: Das ist nicht der Fall; ich rufe Sie zur Saue. (Bravol rechts.)

Abg. Jietzsch (Soz.): Dann behalte ich mir vor, meine Ausführungen in der dritten Lesung beim Kapitel „Gesundheitsamt“ zu machen.

Der Titel wird bewilligt.

Beim Titel

„Kosten der Beteiligung des Reiches an der internationalen Kunstausstellung in Rom 1911: 80 000 M.“

begründet

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Wirtsch. Bgg.) eine Resolution auf gleichmäßige Beteiligung der beiden großen Künstlerverbände: der „Allgemeinen Deutschen Kunstgenossenschaft“ und des „Deutschen Künstlerbundes“ an der Prüfungsjury und auf Heranziehung der gesamten organisierten und nichtorganisierten deutschen Künstlerchaft zum Wettbewerb.

Staatssekretär Delbrück warnt vor Annahme der Resolution. Der Zweck der Ausstellung, eine geschlossene Sammlung von Kunstwerken zu veranstalten, welche die gesamte Kunstentwicklung des letzten Jahrzehnts repräsentieren, wird sich nur erreichen lassen, wenn die Entscheidung in eine Hand gelegt wird. Parteilichkeit braucht nicht befürchtet zu werden.

Abg. Freiherr v. Hertling (Z.): Die Kunstausstellung soll erfolgen zur Feier der Einheit Italiens. Aber das Jahr 1861 weckt die Erinnerung an sehr unliebsame revolutionäre Ereignisse. (Lachen links.) Redner schilt auf die demokratische Municipalität von Rom! (Lebhaftes Bravo! rechts und im Zentrum.) Da aber sogar Oesterreich teilnimmt, das durch die Erinnerung an jene revolutionären Vorgänge noch schmerzlich berührt wird (Lachen links), so kann sich schließlich auch Deutschland beteiligen. Redner bringt seine Abneigung gegen die Sezession zum Ausdruck und bittet um Ablehnung der Resolution.

Abg. Windwald (Wirtsch. Bgg.) bittet dringend um Annahme der Resolution und tritt für die Gleichberechtigung aller Kunstströmungen ein.

Kleines feuilleton.

Spaziergang!

(Melodie: Hin aus in die Ferne.)

Hinaus vor die Tore in gleichem Schritt und Tritt; wir haben Zigarren, doch keine Brownings mit. Der Schutzmann steht und sieht verwundert zu, wir lassen selbst die Karpfen im Teich in Ruh!

Wir gehen spazieren, das ist doch sonnenklar; die Märzluft ist frisch und das Wahlrecht in Gefahr. Drum schöpft die Brust sich frohen Freiheitshauch; der Park dient dem Vergnügen und unferm auch!

Wir bummeln die Runde, wengleich nicht in Couleur; die Farbe im Herzen ist noch kein Staatsmalheur. Doch wer sich duckt, der ist ein Stiefelnecht, und tritt man ihn mit Füßen, geschieht's ihm recht!

Die angeblich neuen Marskanäle. Die Beobachtungen am Planeten Mars wachsen sich nächsten zu einer astronomischen Kamalität aus. Von der einen Seite werden immer neue Gebilde auf dem Mars entdeckt, von denen zum Teil sogar angenommen wird, daß sie eben erst von den mutmaßlichen Marsbewohnern geschaffen seien; von der anderen Seite werden mit eben so großer Bestimmtheit alle Marskanäle, neue und alte, mit samt dem Glauben an die Marsbewohner in das Reich der optischen Täuschungen oder gar der Hirngespinnste verwiesen. Ein Ausweg aus diesem Streite läßt sich vorläufig gar nicht finden, auch noch nicht einmal voraussehen. Der von einigen Fachleuten, namentlich von Professor Saunders, geführte Nachweis, daß man auf künstlichem Wege optische Täuschungen erzeugen könne, die in der Erscheinung den Marskanälen vollkommen entsprechen, hat bei den „positiven“ Marsforschern gar nichts berfangen, sondern es wird

immer munter weiter entdeckt. Der Vorkämpfer der Marskanäle ist jetzt Professor Percival Lowell, der eben erst wieder einen großen Erfolg in der Beobachtung des Planeten erzielt zu haben glaubt. Er bespricht und verteidigt diesen in einem Aufsatz. Lowell unterscheidet ausdrücklich zwischen solchen neuen Kanälen, die nur von dem bewaffneten Menschenauge zum erstenmal gesehen werden, und solchen, die von den Marsbewohnern neu geschaffen worden oder neu entstanden sind. Die erste Gruppe ist für ihn schon etwas ganz Gewöhnliches geworden, denn er rühmt sich, auf seiner Sternwarte schon mehr als 400 Kanäle entdeckt zu haben. Während Schiaparelli, der überhaupt zuerst auf das Vorhandensein dieser sonderbaren Zeichen auf der Marsoberfläche aufmerksam gemacht hat, auf seiner ersten Marskarte nur ungefähr 120 Kanäle verzeichnete, ist deren Zahl jetzt für die Annahme von Lowell auf 500 bis 600 angewachsen. Endlich aber glaubt Lowell des ungeheuren Erfolges sicher zu sein, wirklich neu entdeckte Kanäle nachgewiesen zu haben, was er selbstverständlich als entscheidend für die ganze Marsfrage betrachtet. Am 30. September vorigen Jahres wurden auf der Flagstaff-Sternwarte zum erstenmal zwei auffällige Kanäle wahrgenommen, die weder Lowell selbst noch einer seiner Mitarbeiter zuvor gesehen zu haben sich erinnern konnte. Die Ueberzeugung war um so größer, als diese Kanäle in dem betreffenden Teil der Planetenoberfläche das am deutlichsten in die Augen springende Merkmal waren. In den nächsten Tagen gelang es, die neue Entdeckung zu photographieren. Die Belichtungszeit betrug nur ungefähr 2 1/2 Sekunden. Es wurden nun die genauesten Nachforschungen angestellt, um einen Vergleich dieser neuen Marsbilder mit den Beobachtungen früherer Zeit zu gewinnen, und man stellte fest, daß zum mindesten im Jahre 1907 auf der damals erhaltenen Photographie noch keine Spur von diesen Kanälen vorhanden war. Aber auch bis in den August vorigen Jahres hinein konnte in den bildlichen und sonstigen Urkunden der Marsbewohner nichts von diesen Gebilden nachgewiesen werden. Lowell selbst hat nun die Möglichkeit in Erwägung gezogen, daß die Kanäle bei früheren Beobachtungen nur wegen geringerer Nähe oder sonst weniger günstiger Stellung den Forschern verborgen geblieben sein könnten. Er glaubt aber feststellen zu haben, daß auch bei Gelegenheiten, die der jetzigen in allen Beziehungen gleichen, keine Spur von den betreffenden Kanälen gesehen worden ist. Für Lowell ist daher der Schluß völlig sicher, daß diese Kanäle früher überhaupt nicht bestanden haben. Wenn etwa die Marsbewohner sie in einem Monat geschaffen haben sollten, so wäre das bei der Länge und Breite dieser Linien eine Leistung, die allerdings auf eine erheblich technische Ueberlegenheit jener Wesen über die Erdbewohner deuten würde.

Humor und Satire.

Wahlrechtskundgebungen.

Herr Philoßoph, was sagt Ihr nun zu diesen Flammengesichtern?

Sind Gute Sinne ganz immun? Kann gar nichts sie erreichen? War das ein Volk, das stach und roß Im Denken und im Streben? — O nein! Es brannte listerlos Und heiß wie nie im Leben!

Das braust um Preußens finstern Turm Wie eine Wetterwolke, Und der Begeistert Frühlingssturm Erwacht im ganzen Volke! Besonnen ist's, doch siegesfroß, Energisch und kein Säumer! — Kennt Ihr es heut' noch stach und roß, Herr Philosoph und Träumer?!

Weda.

— Staatsaufträge. Von der ursprünglichen Idee des Ministers v. Rolke, die Babildemonstrationen photographisch aufzunehmen, ist die Regierung, neueren Nachrichten zufolge, abgekommen. Dagegen hat Anton v. Werner den Auftrag erhalten, die bekannten Vorgänge in einem Gemälde zu schildern. Es soll ein Pendant zu dem Bild „Mehr Volk!“ von Starbina werden. Der Künstler ist bereits mit dementsprechenden Studien beschäftigt. („Jugend“.)

Notizen.

— Eine Reuter-Ausstellung wird anlässlich der Wiederkehr seines 100. Geburtstag dieses Sommer im Künstlerhaus stattfinden. Sie wird arrangiert von dem Reuterforscher R. Th. Goebery.

— Bühnenchronik. Zum Intendanten des Mannheimer Nationaltheaters wurde Ferdinand Gregori gewählt. Der Künstler, der früher im Deutschen Theater und später am Schillertheater tätig war und jetzt am Wiener Burgtheater wirkt, hat eine Reihe verständiger Schriften über Bühnenfragen verfaßt. — Direktor Gregor von der Berliner Komischen Oper steht in Unterhandlungen mit der neuen Theateraktiengesellschaft in Frankfurt a. M. wegen der Uebernahme der Leitung der beiden Frankfurter Bühnen (Opernhaus und Schauspielhaus). — Das Mitglied des Berliner Theaters, Albert Heine, ist vom 1. September an für die Wiener Hofburg engagiert worden.

— Motorwagen in den europäischen Hauptstädten. Die meisten Motorfahrzeuge besitzt London: es zählt 2 1/2 mal soviel wie Paris, Berlin und Wien zusammen, nämlich 43 000. Davon sind im Privatbesitz 23 559 Motorwagen und 10 588 Motorfahräder; 4789 Motorwagen dienen dem öffentlichen Verkehr und 4074 Motorwagen dem Postenverkehr. Paris verfügt über 10 724 Motorfahrzeuge, wovon 7124 im Privatbesitz und 3600 in der öffentlichen Personenbeförderung Verwendung finden. Dann kommt Berlin (ohne die Nachbarstädte) mit 3738 Motorfahrzeugen, von denen 998 im öffentlichen Verkehr stehen. In Wien sind 2329 Motorfahrzeuge eingetragen.

Abg. Dr. Südekum (Soz.):

Auch wir stimmen der Resolution zu, weil wir die Gleichberechtigung aller Konstitutionen anerkennen wollen.

Der Herr v. Hertling will den geforderten Kredit für die Kunstaussstellung in Rom zwar bewilligen, hat aber eine sehr gewundene Erklärung abgegeben, die sich nur verheißt aus der Stellung seiner Partei als regierende Partei. (Chol im Zentrum.) Er kann der Regierung den Kredit nicht recht verweigern, würde aber sonst abgelehnt sein, etwas zur Feier eines Festes zu geben, dessen Anlaß seiner Partei nach ihrer ganzen Tradition unsympathisch sein muß. Würde die Wiederherstellung des Kirchenstaates gefeiert werden sollen, so würde er gern ein paar tausend Mark geben. (Weiterkeit und Sehr gut links.) Wir unsererseits freuen uns der Tat, die Anlaß gegeben haben zur Veranstaltung dieser Gedächtnisfeier und bewilligen den Kredit daher mit Vergnügen. Die Einigung Italiens war nur möglich nach dem Sturz der Bourbonenherrschaft in Neapel, nach Beseitigung des grausamen und blutigen Regiments des Re Bomba, des Bombenkönigs, und die kühnen Taten des Empörers Garibaldi werden nicht aus der Geschichte Italiens auszulöschen sein. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die Regierung des Königs, der so recht ein kaiserlicher König war, Ferdinand II. von Sizilien, die erst gestürzt werden mußte, ehe an eine Einigung Italiens zu denken war, nannte ein so vorchtiger Beurteiler menschlicher Dinge wie der alte Gladbauer eine Regierung der Regation Gottes! Ein Regiment, wie es damals in Sizilien geführt wurde, das nicht davon zurückschreckte, einen Mann wie Carlo Boerio mit einem Verbrecher in Ketten zusammenzuschließen, ein solches Regiment der Volkserziehung gekürzt zu haben, war ein Verdienst der Freiheitskämpfer Italiens und ein glänzendes Vorbild für alle Völker, die noch um ihre Freiheit zu ringen haben. (Bravol bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Kirck (Z.): Herr v. Hertling hat keine gewundene Erklärung abgegeben, sondern nur hervorgehoben, daß die Einigung Italiens erst nach 1870 herbeigeführt wurde.

Die Diskussion schließt. Die Position wird bewilligt, die Resolution aber gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und eines Teils der Rechten abgelehnt.

Damit ist der ordentliche Etat des Reichsamts des Innern erledigt.

Im außerordentlichen Etat werden

4 Millionen zur Förderung des Baues von Kleinwohnungen für Arbeiter und gering besoldete Beamte in Reichsbetrieben gefordert.

Abg. Dr. Jäger (Z.) (schwer verständlich) tritt erneut für bessere Wohnungsfürsorge ein.

Abg. Dr. Weber (natl.) schließt sich diesen Ausführungen an, regt die Erhöhung des Fonds an und hebt die Vorzüge des Erbbaurechts hervor.

Abg. Dr. Südekum (Soz.):

Das Reichsamt des Innern hätte beachten sollen, daß die Verminderung dieses Fonds einen schlechten Eindruck macht. Die Organe, welche Hausbesitzerinteressen vertreten, haben auch mit Zuhilfenahme hingewiesen, daß das Reich mehr und mehr davon abzukommen scheint, die Wohnungsverhältnisse der Arbeiter zu verbessern. Meinen Freunden und mir liegt daran, daß eine solche Meinung nicht aufkommt, sondern daß der Reichstag möglichst einmütig der Regierung empfiehlt, für die Wohnungsverhältnisse der Arbeiter des Reiches möglichst viel Mittel aufzuwenden.

Die allgemeine Bedeutung der Wohnungsfrage will ich nicht erörtern. Den Ausführungen des Abg. Weber über das Erbbaurecht stehe ich nicht ablehnend gegenüber, doch scheint er dessen Bedeutung zu überschätzen. Auf dem privatrechtlichen Wege einer Fortbildung des Hypothekarrechts läßt sich die Wohnungsfrage nicht lösen, das ist vielmehr eine öffentliche Angelegenheit des Reiches, des Staates und der Gemeinde. (Hört! hört!) Käufen nicht die Gemeinden in der manchesterlichen Zeit ihre gesamten Bestände an Grund und Boden ausverkauft, so wäre die Lösung der Wohnungsfrage in Deutschland ein Kinderpiel. Wir müssen die Gemeinden immer wieder auf ihre Verpflichtung auf diesem Gebiete hinweisen. Die Seele kann einem bluten, wenn man in der Umgebung von Berlin, mitten im Grünwald, wo noch keine Spur von Siedlung ist, asphaltierte Straßen sieht mit großen Sandelbäumen, und dort erlaubt die Regierung den Menschen, sechsmal übereinander zu wohnen! Es ist ein öffentlicher Skandal, wie da mit der Gesundheit der Menschen gewirtschaftet wird. Um eine lächerliche Prachtstraße zu bauen, die nicht Sinn und Verstand hat, verschandelt man die Umgebung von Berlin. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Unser Straßenschuh kennt für die einfachen Vergehen und Verbrechen zum Teil sehr harte Strafen. Aber was ist ein Vergehen gegen das Eigentum und selbst gegen das Leben im Vergleich dazu, daß unter der Regide der Staatserhaltung und vor den Augen der Volksoberleitung Methoden der Siedelung eingeschlagen werden, die geradezu einer Vernichtung der Volkskraft gleichkommen! (Lebhaftes Sehr richtig! b. d. Soz. und im Zentrum.) Der Fluch der Generationen wird sich an den gegenwärtigen Landwirtschaftsminister und an seine Räte hängen, die ohne Überlegung und ohne zu bedenken, was sie anrichten, Städ für Städ der Umgebung von Berlin der privaten Spekulation überlassen und im Interesse einer fiskalischen Politik in der Sandwüste und in der Wildnis, die nur als Lunge der Großstadt Wert hat, Bodenpreise schaffen, welche einen Wechsel der Bewandungsweise ein für allemal unmöglich machen müssen. Wenn wir diese Gefahr vor uns sehen, sollte das Reich nichts dazu tun, um eine Besserung herbeizuführen? (Sehr wahr! b. d. Soz.) Deshalb belege ich die Jurisdiktion dieses Fonds. Staatssekretär Delbrück: Das Reich wird sich die Ehrenpflicht erfüllen, für gute Wohnungen seiner Beamten und Arbeiter zu sorgen. Ich werde stets darauf halten, daß eine alljährliche Position in entsprechender Höhe in den Etat eingestellt wird.

Das Erbbaurecht ist sicher von der allergrößten Bedeutung. Eine Denkschrift über die Frage ist in Vorbereitung.

Ein Gehimrat erklärt die Angaben über Nihilisten in Arbeiterkolonien am Danziger Hafen für übertrieben. Soweit sie bestanden, seien sie beseitigt.

Abg. Dove (reif. W.): Kollege Dr. Südekum hat recht, wenn er ausführt, daß die Kommunen zu wenig Aufmerksamkeit dem Grund- und Bodenproblem gewidmet haben. Aber er nicht allzuviel Schuld dem Liberalismus bei. Statt uns in Erörterungen über die Schuldfrage zu vertiefen, sollten wir uns lieber vereinigen, ein Haupthindernis wie der gesamten sozialen Kommunalpolitik ein Haupthindernis wie der gesamten sozialen Kommunalpolitik so auch jeder gesunden Wohnungspolitik ist. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Erzberger (Z.):

Ich kann mich den scharfen Ausführungen des Abg. Dr. Südekum über das Verlangen des Reichs in der Wohnungsfrage nur anschließen. (Hört! hört! b. d. Soz.) Man kann dem Reichstag nicht vorwerfen, daß er in Fragen der Wehrkraft oder auch etwa der Arbeiterversicherung versagt hat; aber er hat versagt in der hochwichtigen Frage des Wohnungswezens. Und doch ist ein Reichswohnungsgezet vielleicht die wichtigste sozialpolitische Aufgabe der Gegenwart. (Lebhaftes Zustimmung.)

Ein Haupthindernis jeder gesunden Wohnungspolitik ist, wie Kollege Dove sehr richtig hervorgehoben hat, das Hausbesitzerprivileg. (Lebhaftes Zustimmung b. d. Soz.) um so mehr, als die Hausbesitzer durchweg gleichzeitig Terrainspekulanten sind. Mit Recht hat Dr. Südekum den Unfug der Grünwaldhypothekierung getadelt. Die Döberitzer Heerstraße ist nicht mehr rückgängig zu machen, aber verhindern wollen wir, daß die letzte Lunge Groß-Berlins, das Tempelhofer Feld, bebaut wird.

Abg. Südekum (Soz.):

Ich trete den Ausführungen des Abg. Erzberger über die Notwendigkeit einer Erhaltung des Tempelhofer Feldes vollständig bei. Nicht einmal vom fiskalischen Standpunkt aus läßt sich die

Veräußerung empfehlen, die uns für Zeit und Ewigkeit dieses Feldes berauben wird. Wie immer man sich auch das Geschäft denkt, in jedem Falle würden sich dort die Mietlokalitäten und die großen Stagenhäuser ansiedeln. Nehmen wir einmal an, der Fiskus würde 100 Millionen Mark für das Feld erhalten, so spielt diese Summe im Vergleich mit den gewaltigen Zahlen unseres Etats gar keine Rolle.

In Deutschland tut man gut, wenn man eine Einrichtung durchzuführen wünscht, sie mit irgendwelchen militaristischen Interessen zu verbinden. Deshalb erlaube ich mir, darauf aufmerksam zu machen, daß bei der Entwicklung der Luftschiffahrt der Tag vielleicht nicht mehr fern ist, wo wir im Reichsbild der Stadt Berlin große Flächen für Luftschiffahrtbahnhöfe nötig haben werden. Dazu könnte in Berlin nur das Tempelhofer Feld dienen. Indessen bleiben die Hauptsache immer die vorhin schon erwähnten Gründe der Volkswohlfahrt, und deshalb stehe ich prinzipiell auf dem Standpunkt, daß der Reichstag es mit aller Entschiedenheit ablehnen sollte, das Tempelhofer Feld jemals verkaufen zu lassen. (Bravol bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Debatte. Der Titel wird bewilligt und der Rest des Etats debattelos erledigt. Es folgt die

Beratung des Etats für die Verwaltung der kaiserlichen Marine.

Die allgemeine Debatte beginnt bei dem Titel „Staatssekretär“, zu welchem folgende Resolution Albrecht u. Gen. (Soz.) vorliegt:

„Die Verbündeten Regierungen zu ersuchen, eine Untersuchungskommission einzusetzen, die zur Hälfte vom Reichstag aus seiner Mitte ernannt und mit dem Recht der eidlichen Vereidigung von Zeugen und Sachverständigen versehen wird. Aufgabe dieser Kommission soll sein, die insbesondere durch die Kiefer Schwurgerichtsverhandlungen bekanntgewordenen Unregelmäßigkeiten in der Verwaltung der Reichswerften auf ihre Ursachen hin zu untersuchen sowie Maßnahmen zu beraten und vorzuschlagen, die geeignet sind, eine Reform der Verwaltung der Werftbetriebe auf sozialpolitischem, technischem und kaufmännischem Gebiete herbeizuführen.“

Abg. Graf Oppersdorf (Z.):

Der Reichsflottensekretär möge seinen Daumen recht hart auf den Marineetat halten. Die Besoldungen sind in den letzten 18 Jahren um 80 Proz. gestiegen, beim Kriegsministerium nur um 40 Proz. Die fortwährenden sowie die einmaligen Ausgaben sind in den letzten 4 Jahren enorm gewachsen und da die Dreadnoughts noch kommen sollen, wird dies in Zukunft noch mehr der Fall sein. Wir verfürgen die Lebensdauer der Schiffe mit vollem Recht; um so mehr ist aber zu verlangen, daß die jetzt gebauten Schiffe von den jetzt lebenden Generationen bezahlt werden. Wir müssen doch angeht, daß die hohen Ausgaben wieder den Gedanken anregen, ob nicht das Beiträgen der Nationen durch friedlichen Vertrag beseitigt werden kann.

Die Bedürfnisse der Werften, für Torpedowesen usw. sind über den ganzen Etat verstreut. Angesichts der jahrelang hierüber erhobenen Klagen scheint die Verbehalten dieser Uebung Absicht zu sein. — Die Kontrolle müßte durchsichtig sein; der oberste Kontrollleur dürfte keine gesellschaftliche und dienstliche Abhängigkeit haben, er müßte ein Beamter ohne Uniform und fast ohne Grad sein. (Sehr gut!)

Kanonen und Panzerplatten stellen an die Finanzkraft des Reiches große Ansprüche. Wir sind überzeugt, daß die Firma Krupp ihre Monopolstellung nie wucherisch ausbeuten wird; aber die Monopolstellung ist und bleibt bedenklich. Mit jedem neuen Vertrag ist die Position des Reiches der Firma Krupp gegenüber ungünstiger geworden. (Hört! hört!) Juristisch, ideal besteht die Möglichkeit, die Panzerplatten von einer Konkurrenzfirma zu beziehen, aber tatsächlich besteht die Möglichkeit nicht, oder wird wenigstens in kurzer Zeit nicht mehr bestehen. Der Staatssekretär scheint in dieser Sache unfrei zu sein. (Hört! hört!) Es gibt aber Mittel und Wege, die Konkurrenz zu ermutigen. Vielleicht werden auch Vorschläge aus der Mitte des Hauses gemacht. Gerade das Jahr 1910, in welchem ein wichtiges Patent der Firma Krupp abläuft, ist geeignet für solche Versuche. Wir sind stolz auf die Firma Krupp, die den Namen Deutschlands auf dem Erdkreise berühmt gemacht hat (Widerspruch bei den Sozialdemokraten. Ruhe! Ueberredung!), aber wir dürfen die Zukunft nicht der Vergangenheit opfern. Öffentlich gelingt es dem Staatssekretär (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Ober seinem Nachfolger!), auf einer befriedigenden Lösung zu gelangen. Wir sind stolz auf die Marine, aber nicht auf jede Einzelheit des Marineetats. (Beifall im Zentrum.)

Staatssekretär des Reichsmarineamts v. Tirpitz

sucht zunächst darzulegen, daß der Marineetat ein durchaus günstiges Bild biete, das keineswegs durch künstliche Verschönerungen bewirkt sei. Unbestreitbare Zahlen beweisen, daß wir Jahr für Jahr billiger bauen. Der deutsche Marineetat ist anerkanntermaßen weit überschüsslicher als der französische und englische Etat.

Zur Frage Krupp-Marineamt: Wir haben 1904 der Firma Ehrhart die Lieferung eines Marinegeschüßes aufgetragen. Wir warten heute noch darauf. (Lebhaftes Hört! hört! rechts.) In längeren Ausführungen sucht Redner darzulegen, daß die Lieferungsverträge mit Krupp so günstig waren, wie sich auch unter Berücksichtigung der Konkurrenz erreichen ließ. Wir haben uns auch die Freiheit vorbehalten, mit anderen Firmen Verträge zu schließen, aber andere Firmen sind nicht leistungsfähig. Wir haben jedenfalls die besten und billigsten Panzerplatten der ganzen Welt. (Hört! hört! rechts.) Wenn der Vertrag mit Krupp abgeschlossen sein wird, im Jahre 1913, werden wir natürlich wieder versuchen, so gut und billig zu kaufen wie möglich, und wir würden eventuell auch mit der Firma Ehrhart abschließen; allerdings stellt die Firma heute noch unannehmbare Bedingungen: sie will nur auf 10 Jahre abschließen, und wir sollen uns verpflichten, innerhalb dieser 10 Jahre nicht zu besseren Platten überzugehen. (Lebhaftes Hört! hört!)

Gegen einen Werftkontrollleur, wie ihn Graf Oppersdorf vorschlug, habe ich nichts einzuwenden. Im ganzen aber muß man doch sagen, daß mit dem Gelde, welches der Marineverwaltung zur Verfügung gestellt ist, für die Kriegstüchtigkeit Erhebliches geleistet ist, und daß die Marine den Vergleich mit keiner Marine der Welt zu scheuen hat. (Bravol rechts.)

Abg. Hans Eder zu Butlig (Z.): Unsere Flotte soll nicht dem Angriff dienen, sondern dem Schutz, dem Schutz unseres Welt Handels, unserer Kolonien, unseres Landes. Die Flotte als Teil unserer Wehrkraft ist ein Friedensinstrument und hat sich als solches bewährt, weil sie uns bindungsfähig und stark macht. Unser Flottengesetz wird nach unserer Meinung für die nächste Zukunft für die Entwicklung der Flotte ausreichen.

Ich muß nun auf einige Aeußerungen des Herrn Gädde zu sprechen kommen. Im Inland wird Herr Gädde so längst nicht mehr ernst genommen (Zustimmung rechts), aber seine animationalen Aeußerungen sind in einem Blatte erschienen, das im Ausland weit verbreitet ist, und dort stiftet diese Aeußerungen Schaden. Hoffentlich schämt man da Herrn Gädde auch bald richtig ein. (Zustimmung rechts.)

Wenn dieser Prozeß konnten Desfraktionen höherer Beamten nicht nachgewiesen werden, und die bestehenden Schäden will die Verwaltung beseitigen. Aber nicht festgestellte Sachen sollte man nicht vorbringen, um nicht unnötigerweise die öffentliche Meinung zu beunruhigen.

Dem Werftbetrieb ist borgehoren, er sei nicht kaufmännisch genug. Aber er kann gar nicht anders sein, denn er ist ein Staatsbetrieb und muß es auch bleiben. (Sehr richtig! rechts.) Natürlich müssen wir bei der Marine möglichst sparsam wirtschaften; aber

wir haben die Ueberzeugung gewonnen, daß bei allen Lieferungsverträgen sparsam und geschickt vorgegangen ist.

Graf Oppersdorf griff unseren Marineetat als unübersehblich an. Aber unser Marineetat ist allen anderen voraus. Es ist der des Kaiserreiches des Parlamentarismus — England — ganz undurchsichtig. Gerade die Herren der Linken sollten das beherzigen. Unsere Marineverwaltung löst ihre Pflichten in einer Weise, daß die Freude an unserer Flotte immer mehr wächst. (Bravol rechts.)

Abg. Dr. Semler (natl.): Sehr überraschend war der Vorstoß des Zentrumredners gegen den Marineetat. Sollte das nur ein Thesen-Geschick gewesen sein im Kampfe mit dem Feldgeschrei: „Die Krupp, die Thyssen!“

Ich habe früher auch geglaubt, daß in der Marine die Techniker mehr Selbstbestimmung haben müssen. Aber die Ergebnisse unserer Linienschiffe zeigen, daß unsere neuen Schiffe vollwertig sind, und daselbe gilt für unsere neuen Panzerkreuzer. Ebenso stehen unsere kleinen Kreuzer auf voller Höhe. In unserer Marine sind ja auch Gott sei dank und ungerufen weniger Unfälle vorgekommen als in der französischen und englischen.

Sehr dringend will ich die Aufmerksamkeit des Staatssekretärs auf das Geld lenken, das

die Arbeiterentlassungen in Wilhelmshaven

herbergerufen haben. Das Prinzip, nach dem man hierbei vorgegangen ist, scheint nicht richtig zu sein; man hat von 1903 an die Leute entlassen, darunter einen Familienvater mit sieben Kindern, während man unverheiratete Leute behalten hat. Das scheint mir nicht richtig.

Ich wende mich zu der Frage der Panzerplatten und der Konkurrenz hierfür, die nach dem Grafen Oppersdorf hier nicht mehr verhandelt sein soll, bis sie befriedigend gelöst ist. Wenn dadurch nur nicht nationale Werte vernichtet werden, beim Krupp und Dillingen sind nationale Werte. (Zurufe bei den Sozialdemokraten: Nationalliberale! Weiterkeit!) Eine ausländische Macht hat Krupp angeboten, es gäbe keine Summe, über die sie nicht bereit wäre zu verhandeln, wenn Krupp ihr seine Erfahrungen zur Verfügung stellen wolle. Krupp hat dieses Angebot glatt abgelehnt. (Bravol bei den Nationalliberalen, Zuruf im Zentrum: Krupp liefert ins Ausland!) Darauf kommt es nicht an, sondern darauf, daß Krupp seine Erfahrungen dem Auslande nicht zur Verfügung stellt.

Man macht in England grüßlich vor der deutschen Flotte. Mit Unrecht. Wir bauen keine Angriffsflotte; wir haben unsere Friedensliebe seit 40 Jahren oft bewährt. Dem Zwei-Mächte-Standard Englands setzen wir die Notwendigkeit einer starken Flotte zum Schutz des deutschen Handels entgegen. Unter solchen Umständen bedauern wir die wenig flottenfreundliche Rede des Vertreter des Zentrums. (Lebhaftes Zustimmung bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. Leonhart (fr. W.): Wir wünschen dringende gute, friedliche Beziehungen zu England. Unsere Flotte soll ein Friedensinstrument sein. (Bravol bei den Freisinnigen.) Die steigenden Ausgaben für die Marine werden aber kurz oder lang neue Steuern notwendig machen. (Sehr richtig! links.) Die Marineausgaben haben sich seit 1868 ungefähr verdreifacht. (Hört! hört!) Ich habe hier zu erklären, daß wir alle Abstriche der Kommission im Plenum aufrecht erhalten werden. (Hört! hört!) — Wenn der Reichstag vom Marineamt Nachweisungen z. B. über Messingelder wünscht, so wünscht er solche Nachweisungen ohne nachträgliche Korrekturen! (Lebhaftes wiederholte Zustimmung links.)

Wir sind dem Grafen Oppersdorf dafür dankbar, daß er die Beziehungen des Marineamts zur Firma Krupp kritisch beleuchtet hat und können nicht mit Herrn Semler in dieser Beleuchtung einen nationalen Schaden sehen. (Sehr wahr! bei den Freisinnigen, Sozialdemokraten und im Zentrum.)

Man hat hier Artikel des Obersten Gädde angesprochen. Ich kenne den Herrn nicht, aber ich glaube er wird schon mit seinen Angriffen fertig werden.

Der Oberwerftdirektor in Kiel hat Untersuchungen angeestellt über Verhältnisse von Werftbeamten zu Abgeordneten! (Lebhaftes Hört! hört! links.) Wir erbitten und ganz entschieden, daß den parlamentarischen Beziehungen der Reichstagsabgeordneten nachgeschafft wird. (Lebhafter anhaltender Beifall links.)

Staatssekretär v. Tirpitz: In seiner Weise ist eine Antwoertung ergangen, welche den Werftbeamten den Verkehr mit Abgeordneten verbietet. Ueber die Frage der Messingelder ist der Abg. Leonhart falsch informiert.

Abg. Dr. Südekum (Soz.):

Im vorigen Jahre ist der Marineetat debattelos angenommen. Aber die Enttäuschungen über die Mißstände auf den Werften haben im Volke und bei den Abgeordneten diesmal eine starke Spannung erzeugt, die bei den Abgeordneten noch erheblich vermehrt wurde, als wir gestern den Brief des Grafen Oppersdorf in unseren Pappagen fanden in bezug auf die Lieferungen: Thyssens Geschick, wie es Herr Semler nannte. Der diesen Brief gelesen, mußte meinen: wenn der Herr Staatssekretär nicht genügende Aufklärungen über die Lieferungen geben könne, müsse er seinen Posten verlassen. Was der Staatssekretär aber vorhin über diese Lieferungen gesagt hat, kann die Forderungen des Grafen Oppersdorf nicht erfüllen. Graf Oppersdorf wies auf die Vorzugstellung von Krupp und Dillingen in bezug auf Kanonen und Panzerplatten hin. Der Staatssekretär glaubte, das damit abtun zu können, daß er sagte: „Bezüglich der Kanonen habe ich schon im Jahre 1904 der Firma Ehrhardt einen Auftrag für ein 8,8 Zentimeter-Geschütz gegeben, aber bis heute hat sie noch nicht geliefert.“ Es liegt auf der Hand, daß keine Firma sich darauf einlassen kann, ein Geschütz zu liefern, wenn ihr noch nicht einmal die Abnahme von einem halben Duzend Geschützen gewährleistet wird. (Zuruf rechts: Wie soll es der Staatssekretär denn machen?) Bei den Panzerplatten sagte er, er habe eine amerikanische Firma aufgesordert, die aber auch nicht liefern konnte, und in Deutschland haben wir nur Krupp und Dillingen.

Die für das Reich sehr nachteilige Verlängerung der Verträge erklärt sich, meinte der Staatssekretär, daraus, daß er gewisse Vorteile bei den Lieferungsverträgen herausgeschlagen hat, und seine Konzeption dafür bestand dann in der Verlängerung der Verträge. Das ist ein auffallendes Verkennen der Situation der Marineverwaltung gegenüber Krupp und Dillingen. Diese können keine Platten und Kanonen verkaufen, wenn das Reichsmarineamt sie ihnen nicht abnimmt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Haben sie ein Lieferungsmonopol, so hat das Marineamt eine Monopolmonopol. Denn Privatflotten gibt es noch nicht. (Weiterkeit bei den Sozialdemokraten. Zuruf bei den Nationalliberalen.) Auch Herr Semler hat noch keine Privatflotte! Bei solchen Erklärungen, wie sie der Staatssekretär abgab, fällt mir ein, was der Abg. Eugen Richter im Jahre 1902 bei Erklärungen des Staatssekretärs Herrn v. Tirpitz sagte: „Muß man schon Erklärungen von Regierungssitze aus immer mit Mißtrauen entgegenreten — das ist die Pflicht des Abgeordneten — so muß man denen des Reichsmarineamtes mit besonderem Mißtrauen gegenbertreten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Erlaß enthält das Eingeständnis einer Hinterhältigkeit, eines Mangels an Offenheit, denn wir leider bei dem Staatssekretär v. Tirpitz nicht zum ersten Male begegnen.“ (Abg. Ledebour (Soz.): Auch nicht zum letzten Male!) Das gilt auch von dem Erlaß, der den Beamten den Verkehr mit Abgeordneten verbietet. Es ist sehr eigenartig, daß der Staatssekretär behaupten kann, ein Erlaß an die Beamten, der ihnen den Verkehr mit Abgeordneten verbietet, sei nicht ergangen, wenigstens von ihm nicht. Sollten in der Marineverwaltung nicht auch andere hinterhältige und etwas selbständige Stellen sein? Auch den nachgeordneten Stellen muß klargemacht werden, daß sie weder das Recht noch die Macht zu solchen Verböten an die Beamten haben. (Lebhaftes Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Es handelt sich aber hier nicht um persönliche Angelegenheiten des Staatssekretärs, sondern darum, daß der Marineetat im ganzen so unklar aufgestellt ist, so viel Gelegenheit zu Schiebungen zwischen einzelnen Posten bietet und es dem Kritiker so schwer macht, zu sehen, was in den einzelnen Posten steckt. Da muß der Reichstag den Etat

in sich einmal reformieren, um zu der notwendigen Klarheit zu kommen. Aber damit ist es nicht getan, sondern der Marineetat hängt auch mit den Fragen der inneren und äußeren Politik zusammen. Die Marine ist schon an dem Finanzamt des Reiches. Darüber kann gar kein Zweifel bestehen. In den Anfängen der Finanzreform vom Jahre 1908 ging uns ein höchst interessantes Schriftstück zu, eine Eingabe der Handelskammer von Altona, in welcher sie darauf hinwies, daß es mit der Marine nicht so wie bisher weiter gehen könne. Der Handelskammer von Altona kann man gewiß nicht nachsehen, sie habe kein Verhängnis für die Bedeutung der Marine zum Schutze des Handels. Aber gerade diese Männer von der Wasserlinie sagten, die Entwicklung unserer Handelsflotte ist nicht abhängig von der Entwicklung unserer Marine, vielmehr bringe die Entwicklung der Marine verhängnisvolle Folgen für die Reichsfinanzen mit sich, insbesondere für den Handel mehr Schaden als Nutzen!

Beim Regierungsantritt des jetzigen Kaisers betragen die fortwährenden Ausgaben der Marine 5 1/2 Millionen Mark, im Jahre 1911 werden sie 102 Millionen

betragen! In den Jahren von 1889 bis 1908 sind insgesamt für die Marine ausgegeben 3169 Millionen Mark, seit 1871 mehr als 4 Milliarden, wobei die Ausgaben für die Verzinsung der Anleihen und für die Pensionen noch nicht mitgerechnet sind.

Vor wenigen Stunden haben wir beim Reichstag des Innern, darum gekämpft, daß zwei Millionen Mark im Interesse des Wohnungswesens nicht weniger als früher in den Etat eingelegt werden sollen. Bei der Wichtigkeit der Wohnungsfrage ist es geradezu beschämend, daß hier zwei Millionen Mark zurückbehalten werden, während man bei der Marine das Geld mit vollen Händen zum Fenster hinauswirft. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Auch auf anderen Gebieten der sozialen Gesetzgebung sehen wir daselbe. Wir bekommen keine Witwen- und Waisenversicherung, keine Versicherung der Privatangehörigen, weil es an Geld fehlt. Aber es fehlt nicht deshalb, weil das Volk nichts aufbringt, sondern die vielen Millionen, die dem Volke abgezogen werden, werden am unrichtigen Orte ausgegeben. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Ebenso empfängt unsere äußere Politik ihre Bestimmung durch die Flottenpolitik und die mit ihr zusammenhängende Weltmachtspolitik. Es ist ein großer Irrtum, wenn man meint — wie auch Herr Semler vorhin —, die Flottenpolitik sei entstanden, weil wir Bedrückung über unser Verhältnis zu anderen Staaten empfunden hätten. Die Flottenpolitik war nicht die Wirkung, sondern die Ursache der scharfen Spannung zwischen den Nationen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Herr v. Pöhlitz meinte vorhin, die Flotte sei ein Instrument des Friedens, eine Garantie zur Vermeidung von Zusammenstößen zwischen den Mächten Westeuropas. Aber wer vorurteillos die Dinge betrachtet, kann sich diesem Urteil nicht anschließen. Die Flotte hat vielmehr ein Moment der Beunruhigung in die internationalen Beziehungen hineingetragen. Um das zu erkennen, braucht man ja nur auf die letzten Wahlen in England hinzuweisen! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Zwei Fragen spielen da die hervorragende Rolle: der Schutzoll und die deutsche Flotte. Wer England kennt und Gelegenheiten hatte, die Leute aus dem englischen Volke zu sprechen, weiß, daß eine vielleicht übertriebene, aber doch tatsächlich vorhandene unglückliche Angst vor dieser in ihren Zielen völlig unklaren deutschen Flottenpolitik vorhanden ist. Das ist dem englischen Standpunkt aus auch durchaus erklärlich. Die Lage Deutschlands und ebenso sein Vorkommen von Kolonien rechtfertigen unseren großen Flottenaufwand nicht. Man kann daraus nur schließen, daß unsere Absichten sich gegen England richten. Daher sucht sich England nach Möglichkeiten zu sichern, und ja liefern wir den Reaktionen in England den Vorwand, immer mehr auf Vermehrung der Flottenrüstungen zu drängen. Daraus wird dann wieder bei uns der Anlaß geschöpft, ebenfalls neue Rüstungen zu verlangen. Bis kann eines Tages auch dem verbittertesten Freunde des heutigen Systems unserer Flottenpolitik einmal die Erkenntnis aufgehen muß von der Notwendigkeit einer Verständigung der Völker über ihre Flottenrüstungen.

Ich konstatiere mit Vergnügen die heutige Reue der Grafen Oppersdorff darüber — woraus hervorgeht, daß diese Auffassung sich in weiteren Kreisen Bahn bricht; aber ich erinnere daran, daß, als wir im vorigen Jahre, anknüpfend an den aktuellen Fall des englischen Angebots einer Verständigung, hier einen Antrag in dieser Richtung stellten, die Mehrheit dieses Hauses ihn nicht ergreift hat! Das bedeutet keine Förderung dieses Gedankens. Wenn sich das heutige System der Organisation der Völker unlöslich erweist, diesen Gedanken in die Tat umzusetzen, so wird es in einem großen Weltkriege wahrscheinlich den Boden unter den Füßen verlieren und anderen Gebilden Platz machen, denen solche Probleme nicht mehr unlösbar sind. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Neben der Furcht vor einem Kriege Deutschlands spielte, wie gesagt, der Schutzoll im englischen Wahlkampf eine große Rolle. Wenn durch die vermehrten deutschen Rüstungen, durch die provokatorische Haltung sehr vieler Kreise, die an diesen Rüstungen interessiert sind, in England die jetzt nach der Wehrheit strebende Partei ans Ruder kommen sollte, so würde wahrscheinlich die Einführung der Schutzollpolitik in England die erste Folge sein. Dann wären unsere Schutzollner von heute in einer sehr verzweifelten Lage. Denn darüber kann kein Zweifel bestehen: der Schutzoll ist nur einträgliche, solange wenigstens noch ein großes Freihandelsgebiet auf Erden existiert. (Sehr wahr! links.) Wenn alle Staaten ohne Ausnahme zu einem hochsteuerten Schutzoll übergehen, muß der Schutzoll seine Bedeutung verlieren.

Nach Herrn Semler würden wir schließlich, wenn die Schiffe immer größer werden, neue Häfen bauen, ja womöglich die Ostsee ausschließen müssen. (Heiterkeit.) Aus Gründen der Landesverteidigung brauchen wir keine größere Flotte. Deutschland ist eine Landmacht. Unter den großen Mächten kann heute übrigens auch nur ein Volk siegen, das auch die nötigen moralischen Voraussetzungen für diesen Sieg mitbringt. Ich erinnere an das Beispiel Australiens, das elend vor Japan zugrunde gehen mußte, nicht weil ihm die Waffennetze fehlten, sondern wegen der moralischen Minderwertigkeit seines Heeres, die ihre Ursache hat in dem autoritären Jarenteismus, wie es dort seit Jahrhunderten getrieben worden ist. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Wenn in Preußen die Politik der Reaktion so weiter getrieben wird wie bisher, wenn dort die Kluft zwischen den großen Klassen des Volkes und den wenigen Bevorzugten immer mehr erweitert wird durch eine ebenso kurzfristige wie brutale Niederhaltungspolitik, dann zerstört das auch den Rest der Hoffnung, daß Sie dieses Volk einmal begeistern könnten für Ihre Interessen.

Herr Graf Schwerin-Sömig: Die preussische Politik hat mit dem Marineetat nichts zu tun. (Widerpruch bei den Sozialdemokraten.)

Herr Siedelmann (Soz., fortsetzend): Nun, diese Zusammenhänge liegen ja auch unangefochten klar zutage. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wenn wir mit unserer Marinepolitik so fortfahren, kommen wir aus der Schuldenwirtschaft nicht heraus. Es gibt keinen anderen Ausweg, als die deutsche Marine wieder zum Range einer Spezialwaffe herunterzudrücken. Sie ist nicht dem Heere gleichberechtigt, sondern ist eine Spezialwaffe des Heeres, und diese Stellung hat sie auch früher gehabt. Wenn wegen der Zusammenhänge, in deren Entwicklung ich unterbrochen wurde, mit der reaktionären Politik im Innern unseres Landes können wir diesen Teil des Systems nicht mehr bewilligen als dem System im ganzen und dem bewilligen wir keinen Mann und keinen Groschen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Reichstagskanzler v. Bethmann-Hollweg: Meine Herren, mir ist mitgeteilt worden, daß der Herr Vorredner ziemlich eingehende Erörterungen über unser Verhältnis zu

England gemacht hat. Ich bin nicht in der Lage gewesen, diesem Teil seiner Ausführungen persönlich zu folgen. Ich möchte aber nicht unterlassen, sofort einige Worte dazu hinzuzufügen.

Unser Verhältnis zu England liegt klar und offen vor jedermanns Augen. Daß wir unsere Flotte nicht zu aggressiven Zwecken bauen, sondern lediglich, weil wir überzeugt sind, zum Schutze unserer Häfen und unseres Handels einer aktionsfähigen Seemacht zu bedürfen, das ist so oft ausgesprochen worden, nicht nur hier von der Bundesratsbank aus, sondern auch aus der Mitte des Reichstags heraus, daß ich nicht wiederholen will, was nun einmal feststeht.

Und weiter, meine Herren: Durch unser Flottengesetz ist jedermann bekannt, in welchem Umfange und in welchen Zeitabschnitten wir Schiffe bauen werden. Nichts vollzieht sich dabei heimlich oder in Formen, die irgendeiner anderen Macht feindselig wären oder sie bedrohten (Sehr richtig!) oder auch nur den Verdacht solcher Feindseligkeit oder Bedrohung erwecken könnten. (Sehr richtig!) Und schließlich liegt ebenso offen unser Wunsch zutage, ein freundschaftliches Verhältnis zu England zu pflegen. (Bravo!) Ich habe mich darüber bereits bei der ersten Lesung des Etats ausgesprochen. Unsere auswärtige Politik ist nicht nur England, sondern allen Mächten gegenüber, ist lediglich darauf gerichtet, die wirtschaftlichen und kulturellen Kräfte Deutschlands frei zur Entfaltung zu bringen. Diese Politik ist nicht künstlich gewährt, sondern ergibt sich ganz von selbst aus dem Dasein dieser Kräfte. Ich kann nicht einsehen, wie dies ein freundschaftliches Verhältnis zu einem Lande stören sollte, das uns wirtschaftlich und kulturell so nahe verbunden ist wie England. Den freien Wettbewerb aller Nationen kann keine Macht auf der Erde mehr ausschalten oder unterdrücken. (Sehr wahr!) Wir sind alle darauf angewiesen, in diesem Wettbewerb nach den Grundsätzen eines ehrlichen Kaufmannes zu verfahren. Ich bin überzeugt, daß sich auf dieser Grundlage die vertrauensvollen Beziehungen, die wir zur englischen Regierung unterhalten, günstig fortentwickeln und gleichzeitig die Vollstimmung in demselben Geiste beeinflussen werden. (Lebhafte Beifall.)

Herr Erzberger (Z.): Wir stehen nach wie vor auf dem Boden des unter hervorragender Mitwirkung des Zentrums geschaffenen Flottengesetzes. Also irt Herr Dr. Semler, wenn er in der Rede des Grafen Oppersdorff einen Vorstoß gegen das Flottengesetz sieht. (Lebhafte Beifall im Zentrum.) Aber die Freiheit zu einzelnen Abstrichen haben wir uns stets vorbehalten. In der Kategorie der Flottenrüstungen, mit denen uns der Abg. Siedelmann zusammenwirft, gehören wir nicht. Wir wollen eine starke Flotte, aber nur zum Schutz, nicht zum Angriff.

Wenn Abg. Graf Oppersdorff Maßregeln gegen das tatsächliche Monopol der Firma Krupp fordert, so folgt er — Herr Semler möge es sich gesagt sein lassen — nur dem Vorgange der Abg. Poache und Würde. (Hört! hört! im Zentrum und bei den Freisinnigen.)

Die Freiheit von Offizieren und Beamten Informationen zu empfangen, muß den Abgeordneten erhalten bleiben. Es stimmt, was Dr. Leonhart mitteilte (Hört! hört!): Der Kieler Oberwerftdirektor hat ein Verbot des Verkehrs der Beamten mit den Abgeordneten erlassen! Es genügt nicht, daß der Staatssekretär hier erklärt, das Verbot gehe nicht von ihm aus, er hat Gegenordern zu erlassen. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum und links.)

Ein trauriges Kapitel ist das der Patroismittelhandlungen. Einer meiner politischen Freunde wird dem Staatssekretär das Material ausshändig. Wir rechnen auf strenge und unmissverständliche Unterbindung.

Sehr ungeschickt war die Verteilung der Firma Krupp durch Herrn Semler. Daß die Firma Krupp nicht eigene Produktionsgebäude an ausländische Konkurrenten veräußert, ist doch wahrlich ein recht bescheidenes Verdienst. (Heiterkeit und Sehr gut!) Keu Fabrikant veräußert Geheimnisse an Konkurrenten. Der Staatssekretär rühmt sich, seit 1902 die Vanzelplattenpreise der Firma Krupp um insgesamt 55 Millionen herabgedrückt zu haben. Das beweist nur, wie sehr das Reich vor 1902 von der Firma Krupp über Ohr gehängt worden ist. (Sehr richtig! beim Zentrum, Freisinnigen und Sozialdemokraten.) Mit Ausdrücken wie „nationales Elter“ sollte man etwas vorsichtiger sein. Auch die hohen Preise der Firma Zippelsch hat man als „nationales Tat“ gepriesen! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Es stimmt nicht, daß Graf Oppersdorff im Interesse der Firma Thyssen gegen das Monopol der Firma Krupp auftritt. Es kommt darauf an, eine Konkurrenz gegen Krupp zu schaffen, behse sie nun Ehrhardt oder Thyssen. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum.)

Staatssekretär v. Tirpitz sagt über den schweren Dienst der Offiziere der Schulschiffe. Die Verhandlungen sollen unterbrochen werden. Im allgemeinen steht die Marine in bezug auf Verhandlungen günstig da, weil es nicht Sitte ist, an Bord zu verhandeln. (Große Heiterkeit links. Zurufe bei den Sozialdemokraten: Also anderswo ist es Sitte!) Redner verliest einen langen Schriftwechsel des Reichsmarineamts mit der Firma Thyssen, um zu beweisen, daß zurzeit die Verwaltung noch durchaus auf Krupp angewiesen ist.

Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Montag 1 Uhr. Schluß 6 1/2 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

34. Sitzung, Sonnabend, den 5. März, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Ebdow.
Auf der Tagesordnung steht zunächst der Antrag der Gemeindeforschungskommission auf Annahme folgender Resolution betr. allgemeine

Eingemeindungsfragen:

- Die Regierung zu ersuchen:
- a) in Zukunft bei Eingemeindungsgelegenheiten in die zu veröffentlichen Eingemeindungsbedingungen nur solche Vorschriften aufnehmen zu lassen, durch die entweder eine Abänderung der geltenden Gesetze erfolgt oder öffentlich-rechtliche, erzwingbare Verpflichtungen für eine Gemeinde begründet werden;
 - b) in allen Eingemeindungsfragen von erheblicher Bedeutung eine Anhörung des Provinzial- (kommunalen) Landtages herbeizuführen;
 - c) künftig darauf hinzuwirken, daß in die Eingemeindungsverträge Bestimmungen, die dauernde Sonderrechte schaffen, tunlichst nicht aufgenommen werden.
- Herr v. Kardorff (H.): Eingemeindungen sollten nur bei Vorliegen eines großen öffentlichen Interesses gestattet sein. Heute ist die Regierung viel zu nachgiebig gegenüber den Wünschen großer Städte. Erfreulich ist die Erklärung der Regierung in der Kommission, daß ausnahmsweise Eingemeindungen, die im öffentlichen Interesse liegen, auch gegen den Willen der beteiligten Gemeinden verfügt werden können.

Herr v. Eder-Winsen (nat.): Eine Anhörung des Provinziallandtages in allen Fällen halten wir nicht für notwendig; außerdem würde dadurch vielfach eine unnötige Verzögerung eintreten. Wir beantragen daher, in Absatz b hinter dem Worte „Bedeutung“ einzufügen: „tunlichst“.

Herr Dr. Felsch (Soz. v. fr. Vp.) stimmt der Resolution im allgemeinen zu.

Herr v. Brandenstein (L.): Wir sind mit der Resolution durchaus einverstanden und auch mit der Erklärung der Regierung bei den Verhandlungen in der Kommission. Wir wünschen nur, daß diese Erklärung auch hier im Hause wiederholt werde. Bei Sachen von erheblicher Bedeutung, wo ganze Landkreise verschwinden, muß der Provinziallandtag auf jeden Fall gehört werden. Die Hinzufügung des Wortes „tunlichst“ würde nur dazu führen, daß der Provinziallandtag wie bisher nicht gehört wird.

Ein Regierungskommissar: Die Regierung steht durchaus auf dem Standpunkt, daß die Eingemeindungsfragen nicht allein vom Standpunkt der großen Städte aus zu behandeln sind, sondern daß es sich hier um Fragen des öffentlichen Interesses handelt. In den

vorliegenden Fragen haben auch die Landgemeinden ein sehr großes Interesse an der Eingemeindung. (Sehr richtig! links.)

Herr Dr. Bell (Z.) erklärt das Einverständnis seiner Freunde mit der Resolution.

Die Resolution wird hierauf unter Ablehnung des Antrages Eder-Winsens angenommen.

Eine Reihe Eingemeindungsanträge betreffend die Städte Essen, Köln, Ratibor, Kiel, Harburg, Magdeburg werden in zweiter Lesung angenommen. Die Vorlage betreffend Flensburg wird an die Kommission zurückverwiesen.

Es folgt die zweite Beratung des Etats der Handels- und Gewerbeverwaltung.

Herr Felsch (L.) wünscht Errichtung einer Baugewerkschule für die Arbeiter in Flensburg.

Herr Mallewicz (L.): Die wirtschaftliche Lage ist diesmal eine bessere als bei der Beratung des vorigen Etats. Interessant ist, daß sich jetzt innerhalb der Sozialdemokratie neben den Herren Calver und Schippel auch andere Stimmen finden, die in der Frage des Schutzolles einen anderen Standpunkt einnehmen als die Sozialdemokratie im allgemeinen. Ich denke an einen Artikel des Genossen Artur Schütz in den „Sozialistischen Monatsheften“, dem wissenschaftlichen Organ der Sozialdemokratie. (Widerpruch bei den Sozialdemokraten.) Da schreibt er: „Steigert sich die Produktivität der Arbeit der bäuerlichen Bevölkerung, so steigt ihre Nachfrage nach gewerblichen Erzeugnissen und damit der Beschäftigungsgrad in der Industrie und die Zahl der in dieser beschäftigten Arbeiter.“ Diese Feststellung läßt mich hoffen, daß auch innerhalb der Sozialdemokratie die gesunden Anschauungen über unsere Wirtschaftspolitik im Wachen begriffen sind. Weniger schön ist die Tatsache, daß während wir im vorigen Jahre hier Maßnahmen gegen die große Arbeitslosigkeit in Deutschland berieten, der „Vorwärts“ an demselben Tage, wo er von den hungernden deutschen Arbeitern sprach, sie zugleich zu reichen Gaben für den schwedischen Generalfreiwilf aufrief. Und in der Tat sind von den deutschen Arbeitern für diesen Streik 1.600.000 Mark aufgebracht worden, ebensoviel wie von den übrigen ausländischen Arbeitern zusammen. (Hört! hört! rechts: Bravo! bei den Sozialdemokraten.) In anderen Ländern scheint man also mehr an das Wohlergehen der Arbeiter im eigenen Lande zu denken. (Sehr gut! rechts.) Wenn übrigens der „Vorwärts“ von den hungernden deutschen Arbeitern sprach, so war das doch übertrieben. Englische Arbeiter, die in Deutschland gewesen sind, haben jedenfalls festgestellt, daß die deutschen Arbeiter sich insofern der überlegenen Güter der deutschen Nahrungsmitteleinrichtung gleicheren Ernährungszustand befinden als die englischen, und daß die physische Ueberlegenheit des deutschen Volkes gegenüber dem englischen ganz unverkennbar sei. (Hört! hört! rechts.)

Angesichts dieser Verhältnisse ist weiter interessant der Kampf zwischen dem Führer der Sozialdemokratie Kautsky und dem Führer der Gewerkschaften Legien. Kautsky behauptet, daß die Gewerkschaften nicht insstande wären, durch Lohnkämpfe die Lage der Arbeiter dauernd zu verbessern, während die Generalkommission der Gewerkschaften unter Hinweis auf die Verbesserungen der letzten 30 Jahre den gegenteiligen Standpunkt vertritt. Die Generalkommission stellt fest, daß Kautsky auch hier wieder die Tatsachen verdreht und wirft ihm „Mokhäußerei“ vor.

Wir sind bereit, an der Erweiterung der Sozialpolitik mitzuarbeiten, unsere Kritik trifft nur die Art und Weise, wie die Beiträge aufgebracht werden. (Bravo! rechts.)

Herr Brunenberg (Z.) befragt eine Besserung der Lage der kleinen Schiffer und schließt sich in bezug auf die Forderungen der Handwerker dem Vorredner an. Auch auf dem Gebiete des Wohnungswesens müsse endlich etwas geschehen. (Bravo! im Zentrum.)

Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Montag, 11 Uhr. (Vorher: Eingemeindungsanträge.)

Schluß: 4 Uhr.

Soziales.

Zum Begriff „Arbeitsverweigerung“.

Der Arbeitsburche S. war vom 15. Oktober ab beim Rifenfabrikanten Weise beschäftigt. Am 24. November kündigte er, ward aber schon am Tage darauf entlassen. Er klagte auf Zahlung einer Entschädigung von 20,10 M. beim Gewerbegericht. Der Beklagte wendete ein, der Kläger hat am 25. November einen mit 75 Risten beladenen Handwagen auf der Straße stehen lassen, hierin sehe er eine Arbeitsverweigerung, die ihn zur sofortigen Entlassung des Klägers berechtige. Der Kläger bestritt, daß eine Arbeitsverweigerung vorliege. Es sei am 25. November Schneewetter gewesen. Er habe die Risten den Kunden hinfahren wollen, sei aber infolge der durch die am fraglichen Morgen herrschenden Witterung veranlagte Kräfteerschöpfung unterwegs mit dem Wagen liegen geblieben und hat den Beklagten telephonisch gebeten, sofort nach einem Mann zu Hilfe zu schicken. Er sei aber sofort nach Eintreffen des Beklagten entlassen worden. Der Beklagte meint, so schlimm wäre die Witterung nicht gewesen; denn der Wagen sei immer, auch an jenem Tage mit gleich schwerer Ladung gefahren worden. Dies wurde auch durch die Zeugenernehmung bestätigt. Das Gericht hatte aber noch eine Auskunft von meteorologischen Institut am Gackelplatz über die Witterung, die am betreffenden Morgen herrschte, eingefordert. Dieses teilte mit, daß vom 17.—20. November in Berlin starker Schneefall gewesen sei, am Morgen des 25. habe der Schnee in Berlin etwa 8 Zentimeter hoch gelegen. Die obere Schicht des Schnees sei infolge der in der vorangegangenen Nacht herrschenden Kälte gefroren gewesen, wodurch eine Gleite in den Straßen erzeugt worden ist. Das Gericht kam daraus zu der Ansicht, daß der Kläger tatsächlich infolge der Schneeglätte mit dem Handwagen nicht weiter konnte und sein Verlangen nach Hilfe berechtigt war. Daß ein anderer darauf allein den Wagen fortzuschleppen imstande war, beweist nichts. Denn der eine Arbeiter kann mehr Kraft in sich haben als der andere. Das Arbeitsverhältnis der einzelnen Arbeiter beurteilen kann das Gericht nicht. Somit fehlt jeder Nachweis dafür, daß der Kläger in böswilliger Absicht den Wagen nicht weiter schieben wollte. Der Beklagte war demzufolge dem Klageantrag entsprechend zu verurteilen.

Das Urteil ist guttend, hätte aber auch ohne Beweisaufnahme ergehen sollen. Eine Arbeitsverweigerung, die zur Entlassung berechtigt, muß nach § 123 Riff 3 der Gewerbeordnung eine „beachtliche“ sein. Sie kann also erst dann vorliegen, wenn nach mindestens einmaliger Aufforderung zur Arbeit die Arbeitsleistung böswillig unterlassen wird.

Angeklagte Boykottschäden eines Bädermeisters aus Anlaß des Berliner Bäderstreiks im Jahre 1904.

Schon durch einen Vorprozess sind die Ansprüche des Bädermeisters Lube in Berlin, die er gegen den Verband der Bädermeister und dessen Vertreter erhoben hat, als dem Grunde nach gerechtfertigt anerkannt worden. In dem vorliegenden Rechtsstreit machte er geltend, daß Gewinnansprüche in Höhe von 3000 M. entstanden seien und daß er sein Geschäft um 2100 M. billiger habe verkaufen müssen. Er klagte deshalb auf Ersatz eines Schadens in Höhe von 6000 M. Die Ursache des Schadens soll bekanntlich fast ausschließlich auf ein Flugblatt zurückzuführen sein, das die Verhältnisse in der Bäderzeit des Klägers bezüglich der Sauberkeit nicht zu empfehlenswerten macht. Es wurde darin von faulen Eiern, Zigarettenstummeln im Mehlkasten und anderen netzen Dingen erzählt. Dieses ein Flugblatt soll nicht ganz den Tatsachen entsprechen haben und war deshalb auch die Verurteilung dem Grunde nach erfolgt. Bei der Geltendmachung der Höhe des Schadens erklärten die Beklagten, daß nicht allein dieses Flugblatt, sondern daß besonders der Boykott im allgemeinen die Geschäftschädigung des Bädermeisters hervorgerufen habe. So seien nachweislich andere boykottierte Bäderereien in gleicher Weise im Geschäft zurückgegangen. Wenn das eine Flugblatt nur einen Teil der

Schadens mit verursacht habe, so hätte nicht der ganze Schaden den Beklagten aufgebürdet werden dürfen.

Diese Ausführungen wurden trotz ihrer Logik und der sie enthaltenden Billigkeit von den Berliner Gerichten nicht anerkannt. Das Landgericht und Kammergericht zu Berlin sprachen dem Kläger 6000 M. als Schadenersatz zu. Das Reichsgericht, vor dem die Ausführungen der Beklagten am Mittwoch wiederholt wurden, wies jedoch die Revision zurück. Das Kammergericht sei unter Berücksichtigung aller Umstände zur Jubilierung von 6000 M. gekommen. Das sei aber Tatsachenwürdigung, gegen die vor dem Reichsgericht nicht angeklagt werden kann.

So ist das ungerechte Urteil rechtskräftig geworden.

Ausschluss des Rechtsweges durch Tarifverträge.

Der Arbeitgeberverband für das Dachdeckergerwerbe zu Berlin hatte am 20. Juni 1907 unter Mitwirkung des Berliner Gewerbegerichts mit dem Zentralverband der Dachdecker Deutschlands, Ortsverwaltung Berlin, und dem Zentralverband drifflischer Bauhandwerker, Ortsverwaltung Berlin, einen Tarifvertrag abgeschlossen, der im § 10 spezielle Bestimmungen über das Jahrgeld traf. Die Auslegung dieser Bestimmungen wurde zwischen den Vertragsparteien streitig und es wurden daraufhin die im Verträge vorgesehenen schiedsgerichtlichen Instanzen (Tarifkommission und Einigungsamt des Gewerbegerichts) zur Entscheidung angerufen. Die im § 11 als endgültig bezeichnete Entscheidung des Gewerbegerichts erging im Sinne der beiden Arbeitnehmerverbände. Der Arbeitgeberverband erklärte jedoch auf Zustimmung des Schiedsgerichts, daß er sich demselben nicht unterwerfe und erhob gegen die beiden Verbände beim Landgericht I eine Billklage mit dem Antrage, das Gericht solle die streitig gewordenen Jahrgeldbestimmungen des Tarifs in seinem Sinne auslegen und insoweit durch Urteil feststellen. Die beiden Arbeitnehmerverbände erhoben übereinstimmend den Einwand, daß nach dem Wortlaut des § 11 die Entscheidung derartiger Streitigkeiten mit Ausschluß des Rechtsweges durch die beiden dort vorgesehenen Schiedsinstanzen zu erfolgen habe, daß deshalb also eine Billklage, wie sie von dem Arbeitgeberverband angestellt sei, unzulässig wäre. Im Termin am 1. März hat sich nun das Landgericht Berlin I dieser Auffassung angeschlossen und die Feststellungsklage des Arbeitgeberverbandes kostenpflichtig abgewiesen.

Aus Industrie und Handel.

Schnapsjorgen.

Die Konstatierung, daß der Absatz von Feinbranntwein in der Zeit vom 1. Oktober 1909 bis 31. Januar 1910 gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres von 868 000 Hektoliter auf 577 000 Hektoliter oder um 280 000 Hektoliter gleich 33 Prozent zurückgegangen ist, hat die Schnapsinteressenten in Harnisch gebracht. Die Ursache des Mißganges läßt sich natürlich nicht befeuern, aber man möchte nicht wahr haben, daß der Minderverbrauch wenigstens zum Teil eine Folge des Schnapsboykotts sei. Man fürchtet, das Resultat werde zu noch strikterer Durchführung des Beschlusses Anreiz geben. Deshalb unternimmt die „Brennerei-Zeitung“ den verunglückten Versuch, den ganzen Absatzgang als nur scheinbar darzustellen. Unter Nüchternheit der tatsächlichen Verhältnisse stellt das Blatt stolz und lächeln die Behauptung auf, der rechnungsmäßig festgestellte Minderabsatz sei lediglich eine Folge starker Vorverforgung. Daß diese mitteilt, wird von uns gar nicht bestritten; hätte sie jedoch die behauptete Bedeutung, würde man nicht unterlassen, die Vergleichszahlen als Nachweis anzuführen. Anstatt dessen begnügt man sich mit der einfachen Behauptung und einer ungenügenden Unterstellung, gerade in sozialdemokratischen Domänen, wie zum Beispiel in Sachsen, sei der Schnapskonsum gestiegen, verkündet die „Brennerei-Zig.“ Damit unterstellt man, Sozialdemokraten machten sich ein Vergnügen daraus, den Schnapsboykottbeschluss zu mißachten. Wir hoffen, die freche Unterstellung wird die gebührende Beachtung finden. Das Schnapsblatt hat übrigens wohl die Empfindung, daß seine Behauptungen doch auf zu schwachen Füßen stehen; um trotzdem die Meinung zu erwecken, daß heute tatsächlich nicht weniger geoffen werde als früher, verleiht es zum Schluß auch noch die Wirt. Es sagt, der Konsum sei gestiegen, denn viele Geschäftskleute machten jetzt „aus einem Alter verteuerten Brantweins unter Zuhilfenahme mehr oder minder einwandfreier Mittel das Feinschmecken an Trinkware.“ — Uns will scheinen, die Schnapsinteressenten haben bei Wahrnehmung ihrer Interessen der Schnapsmoral etwas weiten Spielraum gelassen. Und was werden die Wirt sagen?

Ein Krieg unter den Bäckermeistern.

Das neugegründete Hefehyndikat hat sich sehr gut eingeführt, indem es ab 1. März eine Preissteigerung von 33 Prozent eintreten ließ. Das bedeutet für Groß-Berlin die nette Summe von 888 000 Mark, die den Bäckermeistern Groß-Berlins pro Jahr nun mehr abgezogen werden. Die Angelegenheit hat aber einen mehr als pikanten Beigeschmack.

In einem Artikel der „Dt. Bäckerei“ — Organ der Freien Vereinigung Berliner Bäckermeister — wird behauptet, daß von dem Preisauflage laut Vereinbarung 73 000 Mark an die Kasse des Zweckverbandes der Bäckermeister Groß-Berlins abgeführt werden. Zweck Stellungnahme zu der ganzen Angelegenheit haben die Vorstände der beiden Vereinigungen von Berlin und Nizdorf eine Versammlung auf Dienstag, den 8. März, nach dem königstädtischen Kasino einberufen. Alle Großbetriebe, Genossenschaften und auch die Hefehändler sind dazu eingeladen. Die Versammlung wird sich auch mit der von beiden bestehenden Zimmungen geplanten Zwangsinnung befassen sowie mit dem Ablauf des Tarifes im Gewerbe.

Erhöhter Gewinn. Die Deutsche Waffen- und Munitionsfabrik Berlin-Karlshöhe erzielte pro 1909 einen Bruttogewinn von 5 335 714 Mark gegen nur 4 551 006 M. im Vorjahre. Die Dividende beträgt 22 Proz. (20 Proz.).

Ueber die Arbeitsverhältnisse für den Maschinenbau wurde in der am Freitag abgehaltenen Hauptversammlung des Vereins deutscher Maschinenbauanstalten u. a. berichtet, daß man von einer Besserung noch nicht sprechen könne, die Lage sei zurzeit bedenklicher als im Vorjahre. Die Preise seien auf ein Niveau herabgedrückt, wie kaum je zuvor. Weiter wurde Klage geführt über den Terrorismus der großen Hütten- und Walzwerke, die ihre durch Syndikate und Kartelle geschützte und gestützte Macht dazu benutzten, den Maschinenfabriken unerhöht hohe Lieferbedingungen aufzuzwingen. Für die ungenügende Lage machte man weiter die Gestalt unferes Zolltarifs verantwortlich, der die Rohmaterial- und Halbzeugherstellung auf Kosten der Verfeinerungsindustrie begünstige.

Zahlreiche Gründungen von Gesellschaften m. b. H. in der Metall- und Maschinenindustrie waren im Januar dieses Jahres zu beobachten. Insgesamt wurden 34 Gesellschaften m. b. H., die zusammen einen Kapitalbedarf von 2,566 Millionen Mark beanspruchten, ins Leben gerufen. Neben den 34 Neugründungen von Gesellschaften m. b. H. vollzogen sich im Januar 1910 auch 8 Kapitalerhöhungen bei derartigen Gesellschaften im Gesamtwerte von 898 000 M. Während Neugründungen von Aktiengesellschaften gar nicht erfolgten, erhöhten 5 Aktiengesellschaften der Industrie der

Metalle und Maschinen ihr Aktienkapital um 4,550 Millionen Mark, so daß der gesamte Kapitalbedarf des Industriezweiges sich auf 8,009 gegen 6,493 Millionen Mark im Januar des Vorjahres stellte.

Eine Konferenz der deutschen Produktivgenossenschaften, die über Mittel und Wege beraten wird, den Umsatz zu heben und bei der organisierten Arbeiterschaft resp. den Konsumvereinen mehr Beachtung zu finden als bisher, tritt am Sonnabend und Sonntag im Leipziger Volksbause zusammen. Es handelt sich um etwa zwanzig Produktionsgenossenschaften, von denen die Nordhäuser Sautabalarbeitergenossenschaft am besten fundiert ist. Mit Ausnahme der genossenschaftlichen Bäckereibetriebe werden wohl sämtliche in Frage kommenden Genossenschaften auf der Konferenz vertreten sein. Außerdem sind die Hamburger Großhandelsvereine und die Generalkommission der Gewerkschaften zu der Konferenz eingeladen worden.

Serbische Zollerhöhungen. Wie der Handelsvertragverein mitteilt, hat Serbien unerwartet und in aller Heimlichkeit durch eine noch nicht einmal angenommene, aber schon mit dem 21. Februar d. J. probitorisch in Kraft getretene Tarifnovelle zahlreiche und erhebliche Zollerhöhungen, sowohl des Minimal- wie des Maximaltarifs, vorgenommen. Von 700 Tarifpositionen werden nicht weniger als 250 abgeändert. Unerbührt bleiben natürlich davon die Vertragszölle.

Verfammlungen.

Industrie und Arbeiter in Japan.

In einer vom Metallarbeiterverbände veranstalteten Versammlung hielt Genosse Chagrin einen durch Lichtbilder illustrierten Vortrag über die Erfahrungen, welche er während seines Aufenthaltes in Japan gesammelt hat. Ueber die dortige Industrie und ihre Arbeiter sagte er ungefähr folgendes: Seit 1868 datiert die industrielle Entwicklung in Japan. Seitdem hat die Industrie wohl einen Aufschwung genommen, aber sie hat bei weitem nicht die Bedeutung, welche ihr jene Leute nachsagen, die uns mit der „gelben Gefahr“ bange machen wollen. Es gibt in Japan nur vereinzelte Großbetriebe. Meistens sind es Mittel- und Kleinbetriebe, in denen die industrielle Tätigkeit ausgeübt wird. Etwa die Hälfte aller Betriebe produzierte ausschließlich durch Handarbeit ohne Verwendung von Maschinen. Von den 50 Millionen Einwohnern des Landes sind 800 000 als Industriearbeiter tätig, davon sind 80 Proz. Mädchen und Knaben im Alter von 10 bis 15 Jahren. Am bedeutendsten ist die Textilindustrie. Sie beschäftigt 325 000 Arbeiter, darunter 290 000 Frauen und Kinder. 187 000 Arbeiter sind im Bergbau, 58 000 in der Metallindustrie tätig. Die Löhne sind enorm niedrig. Nach der amtlichen japanischen Statistik werden für den 10. bis 14stündigen Arbeitstag, nach deutschem Gelde berechnet, folgende Löhne gezahlt: Weber 0,84 M., tüchtige Schneider 1,00 M., Schuhmacher 1,10 M., Zimmerer 1,30 M., Maurer 1,84 M., Schiffbauer 1,40 M., Tischler 1,18 M., Schmiede 1,14 M., Tagelöhner 0,84 M. Männliche Dienstmoten erhalten monatlich 1,40 bis 6,00 M., weibliche Dienstmoten 1,80 bis 4,00 M.

Es ist falsch, wenn behauptet wird, daß Japan wegen der niedrigen Löhne ein erfolgreicher Konkurrent auf dem Weltmarkt und deshalb eine Gefahr für die alten Industrieländer werden könne. Gerade die niedrigen Löhne hindern Japan an der Eroberung des Weltmarktes; denn zur Einführung von Maschinen liegt für den japanischen Fabrikanten kein Anreiz vor, solange die Arbeitslöhne so niedrig sind, daß sich die maschinelle Arbeit teurer stellen würde als die Handarbeit. Dazu kommt noch, daß es den Japanern an ausreichendem technischen Personal fehlt. Auch der japanische Arbeiter kann in keiner Hinsicht mit dem europäischen Arbeiter verglichen werden. Aus dem Bauernstande, der in äußerster Armut, aber doch in einer gewissen Angeburtheit lebt, nimmt die japanische Industrie ihre Arbeiter. Infolge ihrer Veranlagung und ihrer Lebensgewohnheiten können die japanischen Arbeiter durch kein Mittel zu einer andauernden, regelmäßigen Arbeit angehalten werden. Sie machen in der Fabrik während der Arbeitszeit oft willkürliche Pausen, setzen sich zusammen, trinken Tee und rauchen. Der Unternehmer kann dagegen nichts machen, denn er bekommt keinen Arbeiter, der es anders macht. In manchen Fabriken versucht man, die Arbeiter durch verschiedene Mittel an die Arbeit zu fesseln und zu dauernder Tätigkeit anzuhaken. So müssen in manchen Textilfabriken die Mädchen im Fabrikgebäude wohnen und dürfen daselbst ohne Erlaubnis nicht verlassen. Im Superintendenztrakt hat man für die Arbeiter Wohnstätten errichtet, auf einem Gelände, das von Wassergräben umgeben und nur durch eine Brücke zugänglich ist, die ständig bewacht wird, so daß die Arbeiter ohne Erlaubnis des Wächters weder aus- noch eingehen können.

Dem Unternehmer gegenüber ist der japanische Arbeiter völlig rechtlos. Kein Gesetz beschränkt die Ausbeutung. Arbeiterschutz gibt es nicht. Das einzige sogenannte Arbeiterschutzgesetz, welches kürzlich erlassen wurde, bestimmt, daß Arbeiter unter 12 Jahren nicht beschäftigt werden dürfen, daß aber die Behörde Ausnahmen von dieser Bestimmung zulassen kann.

Die Lebenshaltung des japanischen Arbeiters ist eine äußerst niedrige. Seine Nahrung besteht ausschließlich aus Reis und Tee, beides von einer so schlechten Sorte, daß es einem Europäer unmöglich ist, etwas davon zu genießen. Die Wohnung besteht aus einem sehr kleinen und niedrigen Raum, worin die ganze Familie haust. Möbel kennt der japanische Arbeiter nicht. Man sitzt, isst, trinkt und schläft auf dem Fußboden, der mit Matten belegt ist, die von Ungeziefer wimmeln. — Diese Bedürfnislosigkeit des japanischen Kulis, aber nicht die japanische Industrie, ist die „gelbe Gefahr“ für die Industriearbeiter anderer Länder. In Kalifornien hat sich diese Gefahr in Gestalt steigender Einwanderung aus Japan bereits fühlbar gemacht. Sie wird sich weiter ausbreiten, wenn auch andere Länder von den japanischen Kulis überflutet werden sollten.

Was uns hier und da von einer japanischen Arbeiterbewegung erzählt wird, entspricht den Tatsachen nicht. Eine Gewerkschaftsbewegung gibt es nicht. Woher sollte sie auch kommen? Die japanischen Arbeiter sind äußerst stupid und infolge ihrer Erziehung durch die öffentlichen Schulen von einem ungeheuren Rationaldünkel und einer Intelligenzlosigkeit gegen die überkommenen Autoritäten behaftet, wovon wir uns kaum eine Vorstellung machen können. Erst wenn sich die Industrie weiter ausdehnt, könnte sich vielleicht eine Gewerkschaftsbewegung entwickeln. Mit dem Sozialismus in Japan sieht es auch ganz anders aus, als wir es uns nach den internationalen Kongressen vorzustellen pflegen. Vor einigen Jahren hat man eine lose sozialistische Organisation gegründet. Ihr gehören vielleicht ein Duzend Mitglieder an. Sonst ist von sozialistischer Organisation keine Rede. Ein japanischer Arbeiter, der sich zum Sozialismus bekennen würde, müßte geradezu verhungern. Dafür würden die Unternehmer und die sehr gut organisierte Polizei sorgen. Die Vorbedingungen für eine sozialistische Organisation fehlen in Japan noch völlig. Nur wenige Leute gibt es in Japan, die durch das schwärze Elend der Gegenwart nach einer besseren Zukunft ausblicken.

Die interessantesten Ausführungen des Redners wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Uegen das Kost- und Logiswesen — für den Ruhetag! Mit diesem Thema beschäftigten sich zwei öffentliche Versammlungen, die der Bäckerverband am Montag für die Konditoren, am Dienstag für die Bäcker einberufen hatte. In beiden Versammlungen, die sehr gut besucht waren, referierte Lehmann-Hamburg. Er begründete die seit Jahren von den Bäckergesellen erhobenen, aber erst in sehr geringem Umfange verwirklichten Forderungen: Abschaffung des Kost- und Logiswesens und Gewährung eines Ruhetages in jeder Woche. Der Referent verwies darauf, daß sich die Bäckergesellen in Hamburg die Durchführung dieser Forderungen bereits erkämpft und die Weitzer sich allgemein mit dieser

Reuerung abgefunden haben. Im Jahresbericht der Hamburger Bäckervereinung wird sogar hervorgehoben, daß die Abschaffung des Kost- und Logiswesens gute Folgen für das Gewerbe zur Folge gehabt hat. Weiter betonte der Referent, daß die Bäckergesellen mit aller Kraft dahin streben werden, daß diese Kulturforderungen endlich einmal in vollem Maße verwirklicht werden. Wenn auch in Berlin das Kost- und Logiswesen zum größten Teil beseitigt ist und auch in bezug auf den Ruhetag Erfolge erzielt worden sind, so leben doch im Reich noch zehntausende von Bäckergesellen unter dem veralteten System und entbehren des Ruhetages. Auch diesen Kollegen menschenwürdige Verhältnisse zu erkämpfen ist die Aufgabe des Verbandes, und diesen zu hüten muß sich jeder Kollege zur Pflicht machen. — Die gleichen Ansichten wurden von den Diskussionsrednern vertreten.

Wochen-Spielplan der Berliner Theater.

Königl. Opernhaus. Sonntag: Mignon. Montag: Der Freischütz. Dienstag: Der Prophet. Mittwoch: Einmal um die Welt. Donnerstag: Der Prophet. Freitag: Don Juan. Sonnabend: Carmen. Sonntag: Der Prophet. (Anfang 7 1/2 Uhr.) Montag: Lohengrin. (Anfang 7 Uhr.)

Königl. Schauspielhaus. Sonntag: Strandflüder. Montag: Der Familienstag. Dienstag: Der deutsche König. Mittwoch: Geschlossen. Donnerstag: Der Familienstag. Freitag: Strandflüder. Sonnabend: Der Wälschensche Jährling. Sonntag: Strandflüder. Montag: Der Familienstag. (Anfang 7 1/2 Uhr.)

Neues königl. Opernhaus. Sonntag, den 6. März: Cavalleria rusticana. Montag. (Anfang 7 1/2 Uhr.) Freitag: Die weiße Dame. Sonntag, den 13. März: Doktor Faust.

Deutsches Theater. Sonntag: Judith. Montag: Faust. Dienstag: Judith. Mittwoch: Die Wälschensche Jährling. Donnerstag: Judith. Freitag: Romeo und Julia. Sonnabend und Sonntag: Judith. (Anfang 7 1/2 Uhr.) Montag: Don Carlos. (Anfang 6 1/2 Uhr.)

Deutsches Theater (Kammerspiele). Sonntag, Montag bis Sonntag: Der gute König Dagobert. (Anfang 8 Uhr.) Montag: Stralings Erbschaft.

Reisinger Theater. Sonntag: Hedda Gabler. Montag: Das Konzert. Dienstag: Lantini der Narr. Mittwoch: Das Konzert. Donnerstag: Ein Volkslied. Freitag und Sonnabend: Das Konzert. Sonntag: Johann Gabriel Borkman. Montag und Dienstag: Das Konzert. (Anfang 8 Uhr.)

Berliner Theater. Sonntag: Herodes und Mariamne. Montag und Dienstag: Laila. Montag bis Sonnabend: Laila. Sonntag: Sonntag: Sonntag: Herodes und Mariamne. Montag: Laila. (Anfang 8 Uhr.)

Neues Theater. Abends: Der Philosoph von Sanssouci. (Anfang 8 Uhr.)

Neues Schauspielhaus. Sonntag: Der Herr Verteidiger. Montag: Trauung. Dienstag: Der Herr Verteidiger. Mittwoch: Trauung. Donnerstag: Die Räuber. Abends und Donnerstag: Der Herr Verteidiger. Freitag: Die Räuber. (Anfang 7 1/2 Uhr.) Sonnabend: Trauung. Sonntag: Die Räuber. Abends und Sonntag: Der Herr Verteidiger. Montag: Trauung. (Anfang 8 Uhr.)

Heddel Theater. Sonntag bis Montag: Kavaliere. (Anfang 8 1/2 Uhr.)

Romische Oper. Sonntag: Die Wälschensche Jährling. Montag: Trauung. Dienstag: Der Herr Verteidiger. Mittwoch: Trauung. Donnerstag: Die Räuber. Abends und Donnerstag: Der Herr Verteidiger. Freitag: Die Wälschensche Jährling. (Anfang 7 1/2 Uhr.) Sonnabend: Trauung. Sonntag: Die Räuber. Abends und Sonntag: Der Herr Verteidiger. Montag: Trauung. (Anfang 8 Uhr.)

Kleines Theater. Sonntag: Die Wälschensche Jährling. Montag: Trauung. Dienstag: Die Wälschensche Jährling. (Anfang 8 Uhr.)

Theater des Westens. Sonntag: Die Wälschensche Jährling. Montag: Trauung. Dienstag: Die Wälschensche Jährling. (Anfang 8 Uhr.)

Schiller-Theater. Sonntag: Die Wälschensche Jährling. Montag: Trauung. Dienstag: Die Wälschensche Jährling. (Anfang 8 Uhr.)

Schiller-Theater Charlottenburg. Sonntag: Die Wälschensche Jährling. Montag: Trauung. Dienstag: Die Wälschensche Jährling. (Anfang 8 Uhr.)

Schiller-Theater. Sonntag: Die Wälschensche Jährling. Montag: Trauung. Dienstag: Die Wälschensche Jährling. (Anfang 8 Uhr.)

Volksoper. Sonntag: Die Wälschensche Jährling. Montag: Trauung. Dienstag: Die Wälschensche Jährling. (Anfang 8 Uhr.)

Thalia-Theater. Sonntag: Die Wälschensche Jährling. Montag: Trauung. Dienstag: Die Wälschensche Jährling. (Anfang 8 Uhr.)

Reichshallen-Theater. Sonntag: Die Wälschensche Jährling. Montag: Trauung. Dienstag: Die Wälschensche Jährling. (Anfang 8 Uhr.)

Trianon-Theater. Sonntag: Die Wälschensche Jährling. Montag: Trauung. Dienstag: Die Wälschensche Jährling. (Anfang 8 Uhr.)

Kasino-Theater. Sonntag: Die Wälschensche Jährling. Montag: Trauung. Dienstag: Die Wälschensche Jährling. (Anfang 8 Uhr.)

Apollon-Theater. Sonntag: Die Wälschensche Jährling. Montag: Trauung. Dienstag: Die Wälschensche Jährling. (Anfang 8 Uhr.)

Palast-Theater. Sonntag: Die Wälschensche Jährling. Montag: Trauung. Dienstag: Die Wälschensche Jährling. (Anfang 8 Uhr.)

Polles Caprice. Sonntag: Die Wälschensche Jährling. Montag: Trauung. Dienstag: Die Wälschensche Jährling. (Anfang 8 Uhr.)

Bühnenwagen. Sonntag: Die Wälschensche Jährling. Montag: Trauung. Dienstag: Die Wälschensche Jährling. (Anfang 8 Uhr.)

Microvol-Theater. Sonntag: Die Wälschensche Jährling. Montag: Trauung. Dienstag: Die Wälschensche Jährling. (Anfang 8 Uhr.)

Reichshallen-Theater. Sonntag: Die Wälschensche Jährling. Montag: Trauung. Dienstag: Die Wälschensche Jährling. (Anfang 8 Uhr.)

Wintergarten. Sonntag: Die Wälschensche Jährling. Montag: Trauung. Dienstag: Die Wälschensche Jährling. (Anfang 8 Uhr.)

Passage-Theater. Sonntag: Die Wälschensche Jährling. Montag: Trauung. Dienstag: Die Wälschensche Jährling. (Anfang 8 Uhr.)

Karl Overland-Theater. Sonntag: Die Wälschensche Jährling. Montag: Trauung. Dienstag: Die Wälschensche Jährling. (Anfang 8 Uhr.)

Walhalla-Theater. Sonntag: Die Wälschensche Jährling. Montag: Trauung. Dienstag: Die Wälschensche Jährling. (Anfang 8 Uhr.)

Gebr. Hermsfeld-Theater. Sonntag: Die Wälschensche Jährling. Montag: Trauung. Dienstag: Die Wälschensche Jährling. (Anfang 8 Uhr.)

Hrania-Theater. Sonntag: Die Wälschensche Jährling. Montag: Trauung. Dienstag: Die Wälschensche Jährling. (Anfang 8 Uhr.)

Amlicher Marktbericht der holländischen Marktstellen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Marktfrucht: Fleisch: Zufuhr schwach, Geschäft still, Preise unverändert. Wild: Zufuhr knapp, Geschäft klar, Preise behauptet. Geflügel: Zufuhr genügend, Geschäft lebhaft, Preise gut. Fische: Zufuhr genügend, Geschäft lebhaft, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Süßfrüchte: Zufuhr meist über Bedarf, Geschäft ausfallend still, Preise gedrückt.

Aus der Partei.

Die Entlarvung eines Lockspiegels

Ist den Breslauer Genossen gelungen. Der Bursche, ein 18jähriger Jahntechniker Geher, ließ sich in die Jugendorganisation aufnehmen...

Zu verraten gab es ja aus der Jugendorganisation nichts, aber daß dieser Mensch, der wegen Unterschlagung mit Gefängnis vorbestraft ist...

Barteiliteratur.

Der „Bibliothekar“, Nr. 3 (März 1910) ist soeben erschienen. Die zehn Seiten starke Nummer hat folgenden Inhalt:

Die Jugendbibliothek in Ottatring. — Die Sache der Volksfeinde und Dunkelkammer. Von Hanauer. — Zur Bibliothekverwaltung. Von E. Pantucek, Wien. — Zusammenstellung der Bücherbesprechungen. Von Hl. — Bücherbesprechungen. — Bibliotheksberichte: Augsburg, Berlin, Bernburg, Halle a. S., Köln, Leipzig. — Bericht über die Resultate der Umfrage über die Arbeiterbibliotheken Deutschlands.

Der Bezugspreis für die reichhaltige Zeitschrift beträgt nur 2 M. im Jahre.

Aus der Frauenbewegung.

Eine Zusammenkunft, der Bedeutung nicht beizumessen ist, da hinter den Veranstalterinnen gar keine reale Macht steht, hatten in dieser Woche mehrere Damen unter der Firma Konfektion zur Förderung der Arbeiterinneninteressen einberufen.

Ueber die Frauenarbeit in Oesterreich

geben die Berichte der Arbeiterunfallversicherungsanstalten und der Krankenkassen einigen Aufschluß, wenn dadurch auch natürlich die immense Zahl der Heimarbeiterinnen und der arbeitenden weiblichen Familienangehörigen nicht erfasst werden kann.

In der Textilindustrie waren nach den Berichten der Gewerbeinspektoren 1908 beschäftigt: Weibliche Arbeiterinnen 111 906 gegen 98 018 männliche Arbeiter.

Gewaltig sind auch die Opfer, die die Frauen auf dem Schlachtfelde der Arbeit bringen. Obgleich sie geringerer Unfallgefahr ausgesetzt sind wie die Männer, wurden doch von 1900—1905 nicht weniger als 536 weibliche Unfallversicherte getötet und 9583 schwer verletzt.

Die Gesamtzahl der von 1890—1903 registrierten Unfälle war 814 082, wovon jedoch nur 214 587 gleich 30 Proz. eine Entschädigungsklage gegen die Anstalten begründeten.

Die Zahl der Unfälle jugendlicher Arbeiterinnen betrug 1890 74, 1903 aber schon 101.

So wird die Frau, selbst das Mädchen aus dem Proletariat immer mehr in die Erwerbsarbeit hineingezogen, in ihr aber auch trotz aller Schutzmaßnahmen, durch die Hast und Treiberei infolge des Zwangs der allgemeinen Teuerung immer mehr gefährdet.

Der Frauenverband der norwegischen Arbeiterpartei.

Anfang der verfloffenen Woche hielt der Verband im Goldschmiede zu Kristiania seinen 8. Jahreskongress ab. 56 Delegierte waren anwesend; dazu die Mitglieder des Hauptvorstandes, so daß der Kongress gegen 100 Vertreterinnen zählte.

Der Kongress richtete an die Oeuvrevereine die Aufforderung, energische Agitation für das Wahl zu entfalten und dafür so weit wie möglich Gelder zu bewilligen.

riehung eines Bureaus der politischen Frauenorganisation für bringen notwendig und erteilte dem Hauptvorstande Auftrag, diese Angelegenheit in die Wege zu leiten und mit dem Parteivorstand zwecks Bewilligung der nötigen Mittel zu beraten.

Der Frauenverband der norwegischen Arbeiterpartei ersucht das Storting, den nun vorliegenden Vorschlag zur Ausdehnung des kommunalen Wahlrechts für Frauen anzunehmen, so daß die Frauen zum Herolt unter denselben Bedingungen wie die Männer zur Wahl schreiten können.

Als Vorsitzende des Frauenverbandes wurde die Genossin Frau Martha Thnäs wiedergewählt, die dieses Amt bisher bekleidete.

Lesefabende.

Treptow-Baumhüttenweg. Morgen, Montag, in den bekannten Lokalen.

Arbeiter-Turnerkund, 2. Gruppe. Wegen des Spaziergangs nach Treptow findet die für heute angeordnete Sportturnerversammlung in Pantow nächsten Sonntag statt.

Kaufmännische Kranken- und Sterbefälle von 1885. (V. S. 71.) Dienstag, den 8. März, abends 9 Uhr, im Restaurant H. Landro, Stralauer Str. 30/37: Sitzung.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Table with 4 columns: Wasserstand, am, seit, am, seit. Lists water levels for various locations like Wemel, Regal, Ober, etc.

Einsegnungs-Geschenke in grösster Auswahl zu bekannt billigen Preisen.

Advertisement for Belmonte & Co. featuring various jewelry items like rings, brooches, and watches with prices and descriptions.

Vergünstigt Goldschmieds „Königliche“! Die größte Auswahl an... Königliche Blockky

Large advertisement for Fr. Hahn, Berlin C. 25, Alexanderplatz, featuring a 'Kleiderstoff- und Seidenstoff-Woche' with various fabric offers and prices.

Theater und Vergnügungen

(Siehe Wochen-Spielplan.)

Sonntag, den 8. März,
nachmittags 3 Uhr:
Freie Volkshöhle. Neues Schauspielhaus. 11. Abteilung a, b, c, d: Traummusik.
Dalla-Theater. 8. Abteilung a, d, e, f und 9. Abteilung a, b: Jugend.
Montag, den 7. März, 8 Uhr:
15. (II.) Abendabteilung im Neuen Schauspielhaus: Traummusik.
Neue Freie Volkshöhle. Nachmittags 2 1/2 Uhr im Deutschen Theater: Kabale und Liebe.
Kammertheater: Major Barbara. Nachm. 8 Uhr.
Neues Theater: Ritter.
Friedr. Wilhelmstadt. Schauspielhaus: Die Jungfrau von Orléans.
Schiller-Theater O.: Der Herr Ministerialdirektor.
Schiller-Theater Charlottenburg: Der Herr Ministerialdirektor.
Hebbel-Theater: Hanna Jagert.
Berliner Theater: Herodes und Karikatur.
Metropol-Theater: Die Kreuzschreiber.
Kleines Theater: Moral.
Neues Operetten-Theater: Der Himmelskronen.

Lessing-Theater.
3 Uhr: Hedda Gabler.
8 Uhr: Das Konzert.
Montag, 8 Uhr: Tautz der Herr.
Dienstag, 8 Uhr: Das Konzert.

Berliner Theater.
Heute: Tautz. 8 Uhr.
Morgen: Tautz.

Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Der Philosoph von Sanssouci.
Morgen und folgende Tage:
Der Philosoph von Sanssouci.

Theater des Westens.
Nachm. 8 1/2 Uhr: Der Heide Bauer.
Abends 8 Uhr:
Die geschickte Frau.

Lustspielhaus.
Nachm. 3 Uhr: Es war ein Mann.
Abends 8 Uhr:
Der dunkle Punkt.

Neues Operetten-Theater.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Der Graf von Zuphran.
Sonntag nachmittags 3 Uhr zu ermäßigten Preisen: Der Zigeunerbaron.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Sonntag, 6. März, nachm. 3 Uhr:
Die Jungfrau von Orléans.
Abends 8 Uhr:
Der selbige Toupinel.
Montag: Der selbige Toupinel.

Residenz-Theater
Direktion: Richard Alexander.
Nachmittags 3 Uhr:
Schlafwagenkontrollen.
Abends 8 Uhr:
Im Taubenschlag.
Schwank in 3 Akten von Hennequin und Weder.
Morgen und folgende Tage:
Dieselbe Vorstellung.

Volks-Oper.
SW., Belle-Alliance-Straße Nr. 7/8.
Nachmittags 3 1/2 Uhr bei bedeutend ermäßigten Preisen:
Bar und Zimmermann.
Abends 8 Uhr zum Reflektat:
Martha.

Luisen-Theater.
Nachmittags 8 Uhr:
Am Altar.
Schauspiel in 5 Akten von Wegel.
Abends 8 Uhr:
Was Gott zusammenfügt.
Schauspiel in 5 Akten von Ernst Hirtzfeldt nach freier Benutzung einer Erzählung von Courth-Mahler.
Montag, Dienstag, Freitag:
Was Gott zusammenfügt.

ROSE-THEATER
Große Hamburger Str. 192.
Nachm. 3 Uhr halbe Preise.
Maria Stuart.
Abends 8 Uhr:
Die Ehre.
Schauspiel in 4 Akten von Hermann Sudermann.
Montag u. Dienstag: Die Ehre.
W. Noack's Theater
Dammstr. 16, am Refeshöfer Tor.
Nachmittags 3 Uhr:
Die Tochter des Grandherrn.
Keine Preise. Abends 7 1/2 Uhr:
Heber's Grab hinaus.
Lebensbild in 6 Bildern.
Nach d. Vorf.: Familienanzerknäch.
Montag: Heber's Grab hinaus.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Abends 8 Uhr:
Im Firmenglanz des Ober-Engadin.
Montag 8 Uhr:
Dr. Berger: In Afrika's Wildkammern.

Berliner Aquarium
Unter den Linden 68a
Eingang Schadow-Straße No. 14
Heute Sonntag Eintrittspreis
50 Pf.
Reichhaltigste Ausstellung der Welt an lebenden Seeotoren, Reptilien etc. 2819

Passage-Panoptikum
Senegal in Berlin!
50 wilde Weiber
Männer, Kinder.
Drei Negerdörfer
Ohne Extra-Entree!

Passage-Theater.
Heute Sonntag: 2 Vorst.
Nachm. 3-7 Uhr kleine Preise.
Abends 8 Uhr: Das gesellschaftliche Ereignis von Berlin.
Auftritt der schönen Sisters Ridley in ihren historischen Tänzen.
Georg Kaiser
Schneider - Duncker
und das große Programm!

Trianon-Theater.
Heute und folgende Tage, 8 Uhr:
Theodore & Cie.
Sonntag nachm.: Pariser Witzten.

Metropol-Theater
Heute nachmittags 3 Uhr:
Die Kreuzschreiber.
Hallo!!!
Die große Revue!
Rauchen überall gestattet.

Apollo Theater
3 1/2 Uhr: Halbe Preise!
2 Operetten 2
und die großen Spezialitäten.
8 1/2 Uhr: Konrad Dreher:
Der Zehnpfeller.
Bisher ab 8 Uhr:
Die neuen Spezialitäten.

WINTERGARTEN
Heute
Nachmittagsvorstellung
Anfang 3 1/2 Uhr. Kleine Preise.
Anfang 8 Uhr! Abendvorstellung Anfang 8 Uhr!
mit dem
Dreigestirn
wölblicher Schönheit, Grazie u. Kunst
Rosario Guerrero Marie Lafargue
Olette Valery
und den anderen
— Star-Attraktionen. —
Folies Caprice
Der Luftturner.
Neuer hunder Teil.
Herr Wasserkropf.
Anfang 8 1/2 Uhr. Vorort 11—2 Uhr

ORPHEUM
50 BRÜCKENSTR. 2
an der Jannowitzbrücke.
Deutschlands grösste und vornehmste Lichtbühne
50 STÄPPLING
Feenhalle Ausstellung
Beginn:
Wochentags 4 Uhr.
Sonntags 2 "

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theat.).
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Der Herr Ministerialdirektor.
Aufspiel in 5 Aufzügen v. Alexandre Dumas und Adolphe Carre.
Ende 8 1/2 Uhr.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Wallenstein's Lager.
Opern: Die Piccolomini von Friedrich Schiller.
Ende 11 Uhr.
Montag, abends 8 Uhr:
Neue Jugend. (Johan Vilsjerna.)
Dienstag, abends 8 Uhr:
Kabale und Liebe.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater (Charlottenburg).
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Der Heidebauer.
Vollspiel in 5 Akten von Ludwig Angenruber.
Ende 8 1/2 Uhr.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Neue Jugend. (Johan Vilsjerna.)
Schauspiel in 5 Akten v. Tor Hedberg.
Deutsch von Hermann Blocher.
Montag, abends 8 Uhr:
Egmont.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Egmont.

Castan's Panopticum

Friedrichstr. 165, Paschorppl.
Heute: Großes Matinee-Konzert der Original-Narrenkapelle „Stümper“.
Sonntag: **Neu! Ali Ben Mohamed**, orientalischer Gaukler.
Mr. Widowski, Schwert- und Bajonett-Künstler.
Heitere Vorträge. Vollständig neues Programm.

Casino-Theater
Lothringers Straße 57. Anfang 8 Uhr.
Berlin
bei
Nacht.
Vorf. in 3 Akten v. G. Schöler-Veroffini.
Sonntag 4 Uhr: Mutter Gräber.

Herrnfeld Theater
Kornmarktstr. 57. T. H. 4. 5083.
Nur noch bis inklusive
Montag, den 14. März:
So muß man's machen
und **Eine Übergangs-Ehe.**
Anf. 8 Uhr. Vorverkauf 11—2 Uhr.
Dienstag, den 15. März:
Beginn des großen Herrnfeld-Zyklus.
Es werden folgende Stücke aufgeführt: „Endlich allein“, „Auf Blumengasse“, „Die Welt geht weiter“, „Lebte Erbe“, „Samstagsabend im Hause Brecklein“, „Danisch geht zur Jagd“, „Meine-Deine Tochter“, „Gemeinde-Rat“, „Die beiden Binkelbände“.
I. Serie: **Die Original-Klabraspartie** und **Es lebe das Nachtleben** mit Antoo und Donat Herrnfeld in den Hauptrollen.
Billets hierfür ab heute bereits zu haben.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
Der Nachwächter von Zerpenschleuse
von Pfeffel.
Anfang: Soeben 8 Uhr.
Sonntag 7 Uhr.

Palast-Theater.
Burgstraße 24, am Bahnhof Dörf.
Internationales Ringkampf-Championat um die Weltmeisterschaft.
Protokoll: Herr Prof. H. Hundrieser.
Preise: 10 000 M. in bar.
Sonntag, 6. März ringen:
Romanoff, Russland, geg. **Nauertl**, Italien.
Schreiber, Krol, gegen **Striaufin**, Frankreich.
Willy Meyner, Sachsen, gegen **Emile Verbet**, Belgien.
Charles d'Hubers, Antwerpen, gegen **Herrn Winger**, Hamburg.
John Vohl-Abis II., Weisteringer von Europa, gegen **Herbert Scott**, Transvaal.
Beginn der Ringkämpfe 9 1/2 Uhr.
Vorher: Die glänzenden Spezialitäten.
Anf. 8 Uhr. Preise 50 Pf. bis 2 R.

Tonbild-Theater
Reinkendörfer Str. 26-27.
Reform Kino
Das schönste Programm Berlins, laufend vom 2.-7. März u. a.: Am Hofe einer Ägypt. Messalina. Frankfilm 1. Rang. 2. Platz 30 Pf.
Anf. 10 Uhr. ohne Nachzahlung.
Dauervorstellung v. 4—11 Uhr.

Pracht-Säle des Ostens.
Inhaber: Oskar Oranz.
Jeden Gr. Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Anf. d. Konz. 5 1/2 Uhr. Vorst. 8 Uhr.
Nach d. Vorst.: Tanzkränzen.
Im Restaurant: **Gr. Künstler-Frei-Konzert**
Täglich verbunden mit humoristischen Vorträgen.
Anfang wochentags 7 Uhr. Entree frei! Sonntags 4 Uhr.
Vorbrgl. Küche, Ausschank von Patzenhofer hell, echt Pilsener und Münchener Bürgerbräu. 4458L

Brauerei Friedrichshain am Königstor.
Grösste Schenswürdigkeit Berlins.
Heute Sonntag: „Auf der Alm.“
Der berühmte Schorsch Ehrengruber mit seiner Truppe (60 Mitwirkende) aus München. Außerdem: Berliner Sinfonie-Orchester sowie Mitwirkung der Gelangereine „Fidelio“, „Frisch auf“ u. d. Jüdischen Männerchor „Gäumer“ (Dir. Dr. F. Warning).
Anschließend: Kinematograph: Allerneuestes, Größterfolgung von 200 Wertgegenständen. Jeder Besucher erhält ein Los gratis.
Anfang 4 Uhr. Entree 50 Pf.

Arnold Scholz Neue Welt Hasenheide 108/114
Täglich im großen Saale:
Bockbierfest in den bayerischen Alpen.
Anfang: Sonntags 4 Uhr. Entree: Sonntags 50 Pf.
Wochentags 7 " " Wochentags 30 Pf.

Voranzelge! Dienstag, den 8. März 1910:
Prämierung der ältesten Veteranen
die nachweislich die meisten Gefechts mitgemacht haben.
Ausweis-papiere sind mitzubringen.
Die in den Vorjahren prämierten Veteranen scheidern aus.
Preise 50, 30, 20 Mark.

Arbeiter-Bildungsschule.

Sonntag, den 13. März, im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engländer 15:
Freiligrath-Abend.
Fest-Vortrag □ Gesang □ Rezitationen
Mitwirkende: Herr Heinrich Schulz (Vortrag).
Der Walter Eckard (Gesang).
Der Emil Kühne (Rezitation).
Gröffnung 6 Uhr. Beginn 7 Uhr.
Billets à 60 Pf. sind in der Schule, an den bekannten Stellen und an der Kasse zu haben. — Garzerade frei.
Nachher: TANZ.

Zirkus Schumann

Sonntag, den 6. März, 3 1/2 und 7 1/2 Uhr:
2 große brillante Vorstellungen
Nachmittags hat jeder Besucher ein Kind frei, weitere Kinder unter 10 Jahren zahlen halbe Preise außer Galerie.
In beiden Vorstellungen ungeführt:
Die drei Rivalen.
In beiden Vorstellungen:
Bagonghi, der kleine Reiter.
Barbarentänze
11 Pers. Ri-Tchaves 11 Pers. Die Amerikaner
Aerial Shaws.
Sämtl. Clowns mit neuen Witzten.
„Eisenherz“ v. Weißerfinger a. d. Gänge, ger. v. Romantischer-Gustav Stensbeck a. G.

Zirkus Busch
Heute Sonntag, den 6. März 1910.
2 Große Gala-Vorstellungen 2 nachm. 3 1/2 Uhr u. abends 7 1/2 Uhr.
Um 3 1/2 Uhr zahlen Kinder unter zehn Jahren auf allen Sitzplätzen halbe Preise. (Galerie volle Preise.)
Nachmittags 3 1/2 Uhr:
Farmerleben
In beiden Vorstellungen:
Die Lockford-Truppe!
In beiden Vorstellungen:
Die Hassans!
In beiden Vorstellungen:
Vorführen und Reiten der best dressierten Schul-, Freizeits- und Springpferde.
Sämtliche Clowns mit neuen Witzten und Späßen.
Abends 7 1/2 Uhr:
„Marja“
Die russische Sensations-Pantomime.
Außerdem: Heinrich Fills, Schulkolter.

Zirkus Sarrasani
alter Botanischer Garten.
Sonntag, den 6. März 1910:
2 sensationelle Vorstellungen
nachm. 4 Uhr u. abends 8 Uhr.
In beiden Vorstellungen ein rein szenisches Programm.
Nur ab 9 1/2 Uhr abends:
Fortsetzung der
Ringkampf-Konkurrenz
unter dem Protektorat des Herrn Prof. Reinhold Segas.
Es ringen:
Jack Lewis gegen Nitschke.
André gegen Paradanoff.
Keykovic gegen Axel Krook.
Entscheidungskampf:
Michaloff gegen Macdonald.

Königstadt-Kasino.
Dolmarstraße 72.
Täglich: **Franz Sobanski.**
Neu: Gise Karion; neu: Udda und Ditsch Reig; neu: Ellen Gitta; neu: Les Niedermor.
Besondere: Viktor Ritter. Das sensationellste Schauspiel. Radrennen auf der Bühne. Im bunten Korridor. Schm. 1 u. 11.

Volks-Theater.
Rixdorf, Hermannstraße 20.
Sonntag, den 6. März, Anfang 8 Uhr:
Die Ehre des Lebens.
Schauspiel in 5 Akten von Rappach.
Montag, den 7. März, Anfang 8 Uhr:
Marie u. d. Madalena.
Schauspiel in 5 Akten v. Dr. B. Lindau.

Walhalla Variete-Theater
Weinbergweg 19-20, Rosenthal.
Heute Sonntag: 2 Vorstellungen.
Nachm. 3 1/2 Uhr: Jeder Besucher ein Kind frei u. abends 8 Uhr in beiden Vorstellungen: Walt, das lebende Elektrizitätswerk u. die übrigen Spezialitäten. Im Tunnel: Die allergrößte Kanne. Theaterbesucher freier Eintritt!

Berliner Prater-Theater
Kottbusser Platz 7-9.
Jed. Sonntag u. Mittwoch
Große Soiree der Apollo-Sänger.
Sonntag: Anf. 7 Uhr.
Mittwoch: 8 1/2 Uhr.
Rad der Vorstellung: Tanzkränzen.
Vorn Donnerstags: Elite-Gall.

Funkes Gesellschaftshaus
Triftstr. 63.
Paul & Springers
Kabarett- und Possen-Gesellschaft.
Anf. Konz. 8 Uhr. Vorst. 7 Uhr. Tanz.

Burgtheater-Kinematograph
vorm. Gröterjan, Ansb. : Rud. Merz, Schindler Allee 129. Tel. 3. 9353.
Die lebende Photographie. Billige Preise.
Vorherige neuebeute für Hochzeiten und andere Festlichkeiten mit Empfangszimmer. — Bitte meine Räume zu besichtigen. Bewerbungen in jeder Dreistage 3. Verlag.

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/48.
Sonntag, den 6. März:
Das verlorene Paradies.
Schauspiel in 3 Aufzügen von Ludwig Fulda.

Elite-Soiree Franzosen v. Hoffm. Nordl. Sängern.
Zum erstenmal:
Mein Trompeter f. immer
Operetten-Burleske.
Löwenmüt.
Aufspiel in 1 Akt.
Beg. Sonnt. 5. wochent. 8 1/2.
Morgen Montag:
Hoffmanns Nordl. Säng.
Mittwoch: Theaterabend.
Marie und Wagnere. Schauspiel in 5 Akten von Heibel.

Internationale Ringkämpfe
Heute 9 1/2 Uhr ringen:
Alle Kämpfe bis zur Entscheidung:
Tuomisto, Finnland, gegen Oskar Schneider, Sachsen.
Aid. Hein, Berlin, gegen Georg Altmann, Berlin.
Leon de Wolf, Belgien, gegen Aid. Sturm, Charlottenburg.
Im unteren Saale: Grobch
Bockhler-Kellerfest
mit Doppel-Konzert.
Beginn 6 Uhr.
Morgen Montag 9 1/2 Uhr ringen:
Alle Kämpfe bis zur Entscheidung:
Altmann, Berlin, gegen Oskar Schneider, Sachsen.
Tuomisto, Finnland, gegen Albert Hein, Berlin.
Aid. Sturm, Charlottenburg, gegen W. Schneider, Ludenwalde.

Städt. Theater Moabit
Alt-Moabit 47/48.
Sonntag, den 6. März:
Das verlorene Paradies.
Schauspiel in 3 Aufzügen von Ludwig Fulda.

Städt. Theater Moabit
Alt-Moabit 47/48.
Sonntag, den 6. März:
Das verlorene Paradies.
Schauspiel in 3 Aufzügen von Ludwig Fulda.

Städt. Theater Moabit
Alt-Moabit 47/48.
Sonntag, den 6. März:
Das verlorene Paradies.
Schauspiel in 3 Aufzügen von Ludwig Fulda.

Städt. Theater Moabit
Alt-Moabit 47/48.
Sonntag, den 6. März:
Das verlorene Paradies.
Schauspiel in 3 Aufzügen von Ludwig Fulda.

Städt. Theater Moabit
Alt-Moabit 47/48.
Sonntag, den 6. März:
Das verlorene Paradies.
Schauspiel in 3 Aufzügen von Ludwig Fulda.

Städt. Theater Moabit
Alt-Moabit 47/48.
Sonntag, den 6. März:
Das verlorene Paradies.
Schauspiel in 3 Aufzügen von Ludwig Fulda.

Städt. Theater Moabit
Alt-Moabit 47/48.
Sonntag, den 6. März:
Das verlorene Paradies.
Schauspiel in 3 Aufzügen von Ludwig Fulda.

Städt. Theater Moabit
Alt-Moabit 47/48.
Sonntag, den 6. März:
Das verlorene Paradies.
Schauspiel in 3 Aufzügen von Ludwig Fulda.

Städt. Theater Moabit
Alt-Moabit 47/48.
Sonntag, den 6. März:
Das verlorene Paradies.
Schauspiel in 3 Aufzügen von Ludwig Fulda.

Städt. Theater Moabit
Alt-Moabit 47/48.
Sonntag, den 6. März:
Das verlorene Paradies.
Schauspiel in 3 Aufzügen von Ludwig Fulda.

Städt. Theater Moabit
Alt-Moabit 47/48.
Sonntag, den 6. März:
Das verlorene Paradies.
Schauspiel in 3 Aufzügen von Ludwig Fulda.

Massen-Verkauf zu Inventurpreisen!

10% Rabatt auf

Gardinen, Stores, Portieren.
Gardinen- u. Fabrikreste

für 1-3 Fenster passend
M. 1.45, 1.85, 2.50, 3.75, 4.50, 5.85 usw.

Abgepaßte Gardinen 8x3,25 m lang = M. 2.50, 3.25, 4.25, 5.50, 6.80, 7.50 bis 20.—

Stores M. 1.75, 2.25, 2.75, 3.25, 3.85, 4.50, 5.85, 6.75 usw.

Erststül- und Spachtel-Stores M. 3.45, 4.65, 5.75, 6.75, 7.85, 9.50, 11.50 bis 30.—

Tüllbettdecken, weiß u. creme M. 1.85, 2.25, 2.75, 3.35, 3.95, 4.65, 5.25, 6.75 bis 15.—

Erststüldecken M. 3.85, 4.85, 5.65, 6.75, 7.75, 9.50 bis 50.—

Abgep. Rouleaus weiß, creme und gold = M. 1.45, 1.75, 2.45, 2.85 usw.

Portieren, National-Plüsch

komplette Garnitur in allen Farben — M. 6.85, 8.50, 9.75, 11.50, 13.50, 18.— usw.

Tuch-Portieren komplette Garnitur M. 3.85, 3.95, 4.50, 5.75, 6.75, 7.85, 9.75 bis 45.—

Steppdecken Similt-Seide, Größe 160x200 in allen Farben M. 5.85, 6.75, 7.50, 8.75, 9.50 usw.

Schwere Similt-Seide, Waffel- und Wiener Muster, M. 11.85, 13.50, 15.—, 18.— bis 30.—

Einzelne Steppdecken! M. 3.25, 3.85, 4.50, 5.50 usw.

Tuchischdecken M. 0.95, 1.25, 1.50, 1.95, 2.45 usw.

Nationalplüschdecken M. 4.25, 4.95, 5.45, 5.90 usw.

Mohair-Plüschdecken M. 6.75, 8.75, 10.50, 13.50

Berliner Plüsch-Teppiche 130x200 M. 6.85, 7.50, 9.50
165x240 " 11.85, 14.50, 17.50
200x300 " 16.50, 21.50, 25.50

Prima Plüsch-Teppiche mit kleinen Webefeldern
130x200 M. 12.50, 13.50, 15.50
165x240 " 19.50, 22.50, 25.50
200x300 " 28.50, 33.50, 39.50

Bettvorleger M. 0.85, 1.25, 1.75, 2.25, 2.85, 3.50, 4.50 usw.

Felle, weiß und grau M. 2.25, 2.75, 3.85, 4.75, 5.75, 6.50 usw.

Normal-Schlafdecken M. 1.65, 2.45, 2.85, 3.25, 4.50, 5.50—30.—

Läufer- und Linoleum-Reste zu Fabrikpreisen

Reste! zu Sofabezügen in Wolle und Plüsch zu Spottpreisen.

E.

Weissenberg's Gardinen- und Teppich-Spezialhaus

Gr. Frankfurter Str. 125 (im Hause der Möbelfabrik)

2. Haus von der Koppen-Strasse. Haltestelle der Straßenbahn. — Stadtbahnstation Schlesischer Bahnh.

Akkumulatoren für elektrische Kleinbeleuchtung. Kleine Zellen 1.40 M. Jahresproduktion ca. 100.000 Stück. Zünderzellen, Taschenlampen, ämml. elektr. Artik.

Illustr. Listen franko. 211/10⁴

Alfred Lischer, Dresden, 22/316.

SONNTAG 6 MÄRZ

Unbedingt Möbel auf Kredit

müssen Sie jetzt schon daran denken, wo Sie am besten Ihren Bedarf an Möbeln decken können. Wählen Sie in Ihrem eigenen Interesse nur eine solche Firma, die Ihnen eine Garantie für solide Waren bei bequemsten Zahlungen leistet. — Die überall als streng reell und kulant bekannte Firma:

M. Glogau

Alte Jakobstr. 73 I. II. III. IV. Etage Ecke Dresden- und Ross-Str.

liefert an Jedermann ganze Einrichtungen und einzelne Gegenstände unter folgenden Bedingungen:

Einzelne Möbel	Eine kleine Einrichtung	1 Schlafzimmer und Küche	komplettes Wohnzimmer und Küche
Anzahl 3 u. 5 M.	Von 120 bis 150 M. Anzahl 10-12 M.	Von 170 bis 250 M. Anzahl 15-20 M.	Von 300 bis 500 M. Anzahlung 25-40 Mark.
1 Kleiderschrank 1 Bettstelle mit Matratze 1 Vertiko 1 Sofa oder Divan 1 Küchenspiegel 1 Spiegelschrank	1 Bettstelle m. Matr. 1 Kleiderschrank 1 Tisch und 3 Stühle 1 Spiegel 1 Kommode 1 Sofa	2 kompl. Betten 1 Kleiderschrank Tisch u. 4 Stühle Divan Waschtiselle 1 Vertiko 1 komplette Küche	2 kompl. Betten 1 Truhen 1 Spiegelschrank 1 Divan 1 Waschtiselle 1 Vertiko 1 Nachttischchen 1 Salontisch 2 Stühle 4 Stühle 1 Chaiselongue 1 Teppich 1 komplette Küche
Wochenrate 1 M.	Wochenrate 1 M.	Wochenrate 2 M.	

Abteilung: Teppiche, Gardinen, Stores, Läuferstoffe, Portieren

Vergleichen Sie Herren- und Damen-Konfektion auf Kredit

(Anzahlung von 5 Mark an. Wochenrate 1 Mark)

Knaben- und Mädchen Garderobe — Schuhwaren und Sie wählen bei Bedarf nur die Firma

M. Glogau, Alte Jakob-Str. 73

Gratis erhält jeder Kunde einen wunderbar schönen eleg. Gegenstand als Geschenk

Ringfrei!

Phönix-Brauerei

Aktiengesellschaft
Berlin N. 20,
Hochstraße 21-24.

• Erstklassige Biere. •

Ringfrei!

10 000 Mk. Strafe

berpflichten wir uns an die Armen Berlins zu zahlen, wenn dieses Angebot nicht reell ist und auf Wahrheit beruht. Wer sich billig und gut kleiden will, der laufe uns die von unserer Kundenschaft nicht abgenommenen neuen Maß-Anzüge u. Paletots ab, die wir 33 1/2—50 % unter Preis abgeben, damit wir unsere guten Sachen nicht zu veranlassen brauchen. Andere Sachen kommen mit zum Verkauf, Anzüge aus deutschen und englischen Stoffen, von unseren Maßschneidern in der stillen Zeit angefertigt, zu spottbilligen Preisen von Mk. 25.— an.

Sonntags während der Verkaufszeit geöffnet.

Gebr. Heinemann
45112* Engl. Herren-Moden
Behrenstr. 26a, vis-a-vis der Passage. Kein Laden.

Staatlich konzessioniert.

Fernsprecher I No. 1750 **H. Strahlendorff's** Fernsprecher I No. 1750

Handels-Akademie

Muster-Kontor.
Berlin SW., Beuthstr. 10 und 11, 1., 2., 3. Etage am Spittelmarkt
Größtes und vornehmstes Institut Berlins. Gegr. 1830.

Ausführliche, reich illustrierte Lehrpläne mit Angabe der Einteilung, Preise, Dauer und Unterrichtsstoffverteilung der einzelnen Kurse umsonst und postfrei.
130 Schreibmaschinen.
23 Lehrer. — 25 Unterrichtsräume. — 10 Lehrerinnen.

Gesamtausbildung für den kaufmännischen Beruf.
Die neuen Kurse beginnen am 4. April. Klassenunterricht vormittags 9-3 oder 2 Uhr.

1. Handelskurse für Herren

Jahres-, Halbjahrs-, Dreimonatskurse. Höhere Handelskurse.

Halbjahrskurse: A. Unterstufe (Elementarkursus). Die Unterstufe ist für junge Leute eingerichtet, die aus der Volksschule oder einer unteren Klasse einer höheren Schule abgegangen sind und in der Zeit zwischen ihrer Konfirmation und dem Eintritt in ein Geschäft, das in der Schule Erlernete ergänzen und als Lehrling in ein kaufmännisches Kontor eintreten wollen. Wer mit Erfolg die Unterstufe durchgemacht hat, kann in die Oberstufe eintreten.

B. Oberstufe. Die Oberstufe bietet Vorgesrittenen und Kaufleuten, die schon praktisch tätig waren, Gelegenheit zur Erweiterung und Vertiefung ihrer kaufmännischen Kenntnisse.

C. Höhere Handelskurse für Herren, die entweder aus einer oberen Klasse einer höheren Schule abgegangen sind oder bereits praktisch tätig waren und über eine gute Vorbildung verfügen. Die Teilnehmer werden zu tüchtigen Buchhaltern, Kontoristen und Korrespondenten ausgebildet. Der Besuch ist besonders solchen Herren zu empfehlen, die im Besitze des einjährigen-Zeugnisses sind und sich dem kaufmännischen Beruf widmen wollen.

Wahlfächer: Engl. Franz. Grammatik od. Korrespondenz u. Konversation.
Dozenten: Dr. Kratz, Dr. Wulsch, Dr. Mühlner, Rechtsanwalt Syndikus Elekhoff, staatlich geprüfter Handelslehrer Busack, Bankbuchhalter Feitrick.

2. Handelskurse für Damen

zur Ausbildung als

Buchhalterin, Geschäftsstenographin, Bureaubeamtin, Handelslehrerin, Korrespondentin, Kassiererin. Mit den Halbjahrs- und Jahreskursen ist ein praktisches Übungskontor (Musterkontor) verbunden.

Jährliche Kurse für Töchter gebildeter Stände zur Ausbildung als

Geschäftsstenographinnen und Korrespondentinnen in fremden Sprachen. Für Damen, die das Abgangszeugnis der ersten Klasse einer höheren Töcherschule und gute Kenntnisse in der englischen und französischen Grammatik besitzen. Korrespondentinnen mit Sprachkenntnissen, die 200 Silben in der Minute stenographieren, die deutsche, englische und französische Stenographie beherrschen, werden stets gesucht und erhalten von vornherein bessere Stellungen und höheres Gehalt.

Die reellsten und billigsten Möbel

und Polsterwaren auf Teilzahlung zu Kassenpreisen und Zinsvergütung erhält man in der seit 32 Jahren bestehenden Möbelfabrik unter 10jähriger Garantie **A. Schulz,** Reichenberger Straße 8.
4406L*

Reichel's echter

Wacholder-Extrakt „Medico“

wird mit vielseitigem Erfolge bei **Rheumatismus, Gicht, Ischias, Hämorrhoiden, Magenschwäche, manchen Frauenleiden, Influenza, Asthma, chron. Hustenleiden** gebraucht, wirkt schmerzlösend auf **Brust und Lunge, treibt Erkältungen aus dem Körper, ist magenstärkend, Appetit u. Verdauung anregend und ein vollkommenes und gründliches Blutreinigungsmittel.**

Vermöge seiner **ableitenden, speziell harntreibenden** und Unreinigkeiten auscheidenden Wirkung ist er bei **Darm-, Blasen- und Nierenleiden** von hohem Werte und wirkt auf alle Teile des Organismus in nur wohltätiger Weise ein. Niemals angewogen, garantiert echt und frisch nur in Originalpackungen M. 1.50 u. 2.50 (Probe fl. 75 Pf.) zu beziehen durch

Otto Reichel, Berlin SO. 43, F. - Ankläuffer Eisenbahnstr. 1. VI 4751, 4752, 4753
Wo in den Drogerien und Apotheken nicht erhältlich, Zusendung hier frei Haus.
Man verlange aber ausdrücklich Marke „Medico“ und nehme keinesfalls andere Füllungen.

Möbel

Komplette Wohnungs-Einrichtungen

und Einzelmöbel in jeder Preislage.

Tischdecken - Portieren - Gardinen - Teppiche usw.

Billigste Preise. — Jede Garantie. — Lieferung durch eigene Gespanno frei.
Besteht seit 1893. Eigene Tischler- und Tapezierer-Werkstatt. Besteht seit 1893.

Gustav Richter

Berlin N., Kastanien-Allee 26
Telephon: Amt III, No. 769.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Col L. Amt 3, 1289. Charitéstraße 3. Col III. Amt 3, 1987.

Montag, den 7. März:

Bezirks-Versammlungen für die gesamte Verwaltungsstelle Berlin

in folgenden Lokalen:

- Norden: Pharus-Säle, Müllerstr. 142, abends 8 1/2 Uhr.
- Norden: Obigios Festsäle, Schwedter Straße 23, abends 8 1/2 Uhr.
- Norden: Frankes Festsäle, Sadstr. 19, abends 8 1/2 Uhr.
- Moabit: Frachtsäle Nord-West, Willestraße 24, abends 8 1/2 Uhr.
- Westen und Schöneberg: Wiolechs Restaurant, Brunnenstraße 82, abends 8 1/2 Uhr. Neuwahl der Bezirksleitung.
- Osten und Lichtenberg: Littins Festsäle, Memeler Straße 67, abends 8 1/2 Uhr.
- Stralau und Rummelsburg: Blumes Restaurant, Alt-Bezogen 56, abends 8 1/2 Uhr. Bericht und Neuwahl der Bezirksleitung.
- Süden und Südost: Gewerkschaftshaus, Engelshof 15 (Saal 4), abends 8 1/2 Uhr.
- Tegel: Borsigwalder Festsäle, Borsigwalde, Spandauer Straße, abends 8 Uhr.
- Rixdorf: Vereinsbrauerei, Hermannstr. 214, abends 8 1/2 Uhr.
- Steglitz: Schellhase Festsäle, Ahornstraße 15a, abends 8 1/2 Uhr.
- Charlottenburg: Volkshaus, Rosinenstr. 3, abends 8 1/2 Uhr.
- Weißensee: Raskopfs Restaurant, König-Chaussee 88, abends 8 1/2 Uhr.
- Köpenick u. Friedrichshagen: Gesellschaftshaus Grankowski, Friedrichshagen, Friedrichstr. 69, abends 8 1/2 Uhr.
- Spandau: Restaurant Vorwärts, Schönwalder Straße, abends 8 1/2 Uhr.
- Ober-Schöneweide: Restaurant Wernike, Wilhelmshofstraße 18, abends 8 1/2 Uhr.

Tages-Ordnung:

Stellungnahme zur Generalversammlung.
Mitgliedsbuch legitimiert. Zahlreicher Besuch wird erwartet. 112/18

Achtung! Metallarbeiter! Achtung!

Montag, den 7. März, abends 7 Uhr:

Versammlung

aller in den Eisenkonstruktionsbetrieben Berlins beschäftigten Kollegen in Dräfels Festsälen, Neue Friedrichstr. 35.

Tages-Ordnung:

1. Der Streit bei der Firma Beller & Schneevogel in Wittenau und welche Stellung müssen die in den anderen Konstruktionsbetrieben beschäftigten Arbeiter dazu nehmen. 2. Diskussion.

Kollegen! Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Konstruktionsbetrieben bedürfen dringend der Verbesserung. Darum muß jeder zur Stelle sein. Niemand darf Streikarbeit machen! — Die Kollegen folgender Firmen sind hierzu ganz besonders eingeladen: Steffens & Nölke, Heier Lehmann & Co., Delschau, Thieson, Drechenmüller, Brest & Co., Breitschneider & Krüger, Hirsch (Lichtenberg), Geesen, Fränkel & Sohn, Sülther (Rixdorf), Ravensöhne, Becker (Friedrichshagen), Rössemann & Köhnemann, König, Köken & Co., Degener, Plagge & Hartmann, Wolf Netter & Jakobi (Wieschhof), Lauchhammer, Cyklop.

Dienstag, den 8. März, abends 8 Uhr:

Allgemeine Versammlung der Rohrleger und Helfer Berlins und Umgegend

in Feuers Festsälen (früher Keller), Koppenstr. 29.

Tages-Ordnung:

1. Die gegenwärtige Situation im Rohrlegergewerbe, und welche Stellung müssen jetzt die gesamten Kollegen einnehmen? Referent: Kollege Hande. 2. Diskussion, Kollegen!

Da es endlich an der Zeit ist, eine wirklich wahrheitsgemäße Darstellung der gegenwärtigen Verhältnisse im Rohrlegergewerbe der Öffentlichkeit mitzuteilen, ist es notwendig, daß Ihr alle in dieser Versammlung erscheint. Lange und oft genug hat man von anderer Seite, des sogenannten „Allgemeinen Deutschen Metallarbeiter-Verbandes“ versucht, Euch, Kollegen, und die Öffentlichkeit zu täuschen.

In dieser Versammlung soll sich zeigen, wo und wie die Interessen der Arbeiterschaft am besten vertreten werden. Darum agitiert für einen Massenbesuch der Rohrleger und Helfer zu dieser Versammlung. Keiner darf fehlen!

Dienstag, den 8. März 1910, abends 8 1/2 Uhr:

Versammlung

der Schwarzblechschlosser und Zugschmiede im Dresdener Garten, Dresdener Str. 45.

Tages-Ordnung:

Bericht über die Tarifverhandlungen mit den Unternehmern. Pflicht eines jeden Kollegen ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Dienstag, den 8. März 1910, abends 8 Uhr:

Große Versammlung mit Lichtbildern

in großer Saal der Branerei Königstadt, Schönhauser Allee 10/11.

Tages-Ordnung:

Vortrag des Genossen Chagrin über:

„Eines Arbeiters Reise um die Welt.“

Kollegen! Der Genosse Chagrin dürfte allen bekannt sein durch seine guten Reisebeschreibungen in der „Metallarbeiter-Zeitung“. Deshalb sollte jeder Kollege es möglich machen, in dieser Versammlung zu erscheinen. Auch dürfte es angebracht sein, die Frauen zu dieser Versammlung mitzubringen. Der Eintritt kostet 10 Pf. und wird durch Teelastungsmittel ersetzt.

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Dienstag, den 8. März 1910:

Gemeinsame General-Versammlung

für die Orte

Berlin, Charlottenburg, Rixdorf, Schöneberg, Weißensee im Gewerkschaftshaus, Engelshof 14/15 (Saal 4).

Tages-Ordnung:

Bericht über die Verhandlungen mit den Unternehmern und Stellungnahme zum Abschluß des Vertrages.

Maschinen-Arbeiter!

Donnerstag, den 10. März, in den Andreas-Festsälen, Andreasstraße 21:

Branchen-Versammlung.

Mitgliedsbuch und Delegiertenkarte legitimiert.

Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Maurer Deutschlands

Zweigverein Berlin.

Freitag, den 11. März, abends 8 Uhr, in den „Neuen Arminhallen“, Kommandantenstr. 58/59:

General-Versammlung

aller Sektionen, Zahlstellen und Bezirke des Gesamt-Zweigvereins.

Tages-Ordnung:

1. Bericht vom 11. Verbandstag. 2. Geschäfts- und Kassenbericht für das Jahr 1909. 3. Gewerkschaftliches.

Mitgliedsbuch legitimiert, ohne dasselbe kein Zutritt. 138/18*

Vollständiges Erscheinen erwartet

Der Zweigvereinsvorstand.

Achtung! Herren-Konfektion! Achtung!

Morgen Montag, den 7. März, abends 8 1/2 Uhr, in den „Königsfälen“, Neue Königstr. 26 (Eingang Wabedstraße):

Konfektionschneider-Versammlung.

Tages-Ordnung:

Bericht über die Verhandlungen mit den einzelnen Firmen und unsere weitere Stellungnahme. Referent: Kollege Kunze.

Speziell sind die Kollegen der Firmen: H. Stier, S. Adam, Machol u. Lewin, Bender u. Gattmann, S. Reichmann, Pohl u. Schmidt, Stern Gebr., Paul Luger, Jean Popper, G. Leffer, Cohn u. Sohn, S. Glöckner Nachf., Kaufmann u. Co. und ganz besonders die Kollegen der Firma **Guge Hermann** hierzu eingeladen. 162/8

Bitte für vollständigen Besuch Sorge zu tragen.

Die Kommission.

Achtung! Militärschneider. Achtung!

Morgen Montag, den 7. März, abends 8 1/2 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 58/59:

Öffentliche Versammlung der Militärschneider.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen Ritter. 2. Bericht der Kommission über die Lage in den einzelnen Geschäften und Stellungnahme zu den neuen Uniformen. 3. Diskussion und Verschiedenes. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet

Die Kommission.

Bezirk Steglitz.

Morgen Montag, den 7. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Schellhase, Steglitz, Ahornstr. 15a:

Versammlung aller in Steglitz und Friedenau beschäftigten Kollegen.

Tages-Ordnung:

„Die Antwort der Arbeitgeber.“ Referent: Kollege Kunze. Zahlreiches Erscheinen erwartet

Die Kommission.

Bezirk Charlottenburg.

Dienstag, den 8. März, abends 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Rosinenstr. 8:

Versammlung aller in Charlottenburg beschäftigten Kollegen.

Tages-Ordnung:

„Die Antwort der Arbeitgeber.“ Referent: Kollege Kunze. Zahlreichen Besuch erwartet

Die Kommission.

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Montag, den 7. März 1910, abends 8 Uhr:

Branchen-Versammlung aller in den Berliner Kartonsfabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

in den „Fortuna-Sälen“ (Nah. Mann), Straußberger Str. 3.

Tages-Ordnung:

1. Die Tarifbewegung der Kartonnagen-Arbeiter und Arbeiterinnen in Plauen. Referent: Kollege Klar. 2. Branchenangelegenheiten. Zahlreichen Besuch erwartet

Die Ortsverwaltung.

Dr. med. Fackelmanns spezialärztl. Institut für Beinleiden: Gicht, Rheuma, Krampfadernleiden, Plattfuß, Flechten,

Moderne Behandlung mit Heißluft, Stauung, Massage, Kompression, ohne Operation und Bettruhe. Aufnahme auswärtiger Patienten. Zimmerstr. 78. 9-12, 3-6, Mittw. u. Sonnt. 9-12. Tel. I. 6023.

Orts-Krankenkasse der Möbelpolierer.

Sonntag, den 13. März 1910, nachmittags 3 Uhr, im Lokale Brunnenstraße 38:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Jahresbericht. 3. Bericht der Revisoren (Dezernatsprüfung). 4. Entwurf des Vorstandes (1. und 2. Vorsitz). 5. Wahl des Kassierers, Kassier-Stellen. 6. Anträge und Verschiedenes. Berlin, 6. März 1910. 271/18

Der Vorstand.

Berliner Genossenschafts-Bäckerei

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.

Bilanz per 30. September 1909.

Aktiva.	
1. An Kassa-Konto	2548,34
2. Anrenter-Konto	13700,—
3. An Gehalts-Konto	16000,—
4. An Bank-Konto	13565,85
5. An Baren-Konto	13972,64
6. An Betriebsunfall-Konto	105,—
7. An Gehalts-Konto	411,55
8. An Konto pro diversi	610,00
	Markt 61000,28

Passiva.	
1. Per Konto pro diversi	28648,90
2. An Reservefonds-Konto	550,—
3. An Konto der Genossen 1500,—	1500,—
4. An Darlehens-Konto	22500,—
5. An Gen.-u. Verl.-Konto alter Saldo 1788,76	1788,76
neuer	6023,32
	Markt 61000,28

Am Laufe des Geschäftsjahres 1908/09 ist kein Genosse beigetreten und keiner ausgeschieden.

Es gehörten der Genossenschaft am Schluß des Geschäftsjahres 1908/09 15 Genossen an mit einer Gesamtsumme von 1500 Mark und dem gleichen Geschäftsguthaben. Die Gesamtsumme hat sich nicht vermehrt und nicht verringert. 103/19

Berlin, den 6. März 1910.

Der Vorstand: H. Michaelis, Paul Leng.

Ortskrankenkasse der Maschinenbauarbeiter und verwandten Gewerbe zu Berlin.

I. Die Wahlen von 143 Vertretern der versicherungspflichtigen und 8 Vertretern der freiwilligen Mitglieder für die Generalversammlungen pro 1910/1911 gemäß § 44 des Statuts finden statt am

Sonntag, den 20. März 1910, von 10 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags.

Es wählen: Abteilung I (S. und SO): 30 Vertreter im Märkischen Hof, Unter den Eichen 18c. Abteilung II (W., SW. und O.): 24 Vertreter im Lokale von Gustav Eddrich, Ranggrafenstraße 88. Abteilung III (N. und NW.): 66 Vertreter im Raabes Festsaal, Kolberger Straße 23. Abteilung IV (O. und NO.): 14 Vertreter im Lokale von Albert Treub, Rixdorfer Straße 17. Abteilung V (Freiwillige Mitglieder): 8 Vertreter im Lokale von Karl Kuy (Diet Haben), Neue Schönhauser Straße 20.

Die Wahlen sind geheim. Abgabe der Stimmzettel von 10 bis 1 Uhr.

Die Stimmzettel dürfen nicht mehr Namen enthalten, als in den einzelnen Abteilungen Vertreter zu wählen sind. Ferner müssen die Stimmzettel enthalten: Vor- und Zunamen, die genaue Wohnung und die Buchnummer der zu Wählenden.

Stimmzettel, welche obige Angaben nicht oder mehr Namen enthalten, als in der betreffenden Abteilung zu wählen sind, sind ungültig. Um 1 Uhr nachmittags wird der Wahlact geschlossen und beginnt darauf die Ermittlung des Wahlergebnisses.

Wahlberechtigt und wählbar sind nur Mitglieder, welche das 21. Lebensjahr erreicht haben und sich im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befinden. Das Legitimationsbuch oder die Legitimationskarte ist am Eingange des Wahllokals und bei Abgabe der Stimmzettel vorzuzeigen. Die Herren Arbeitgeber bezw. Betriebsunternehmer werden dringend ersucht, die zum Zwecke der Wahlen besonders angefertigten Legitimationskarten zuvor im Kassenlokal abgeben oder aber den Mitgliedern ihre Legitimationsbücher — mit dem Lagerstempel des Wahlactes versehen — an diesem Tage auszugeben zu lassen. Um recht zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird gebeten.

II. Die ordentliche Generalversammlung der Vertreter der Arbeiter und Arbeitnehmer findet am **Wittwoch, den 16. März 1910, abends 8 1/2 Uhr**, in den Musterfälen, Kaiser-Wilhelm-Str. 18 m. statt. 1019b

Tages-Ordnung: 1. Bericht des Vorstandes über das abgelaufene Geschäftsjahr. 2. Bericht der Revisoren zur Prüfung der Jahresrechnung und Erteilung der Decharge. 3. Veränderung des Statuts, §§ 12, 13, 18 und 27. 4. Verschiedenes. Nach Schluß dieser Generalversammlung findet in demselben Lokale eine Generalversammlung der Vertreter der arbeitnehmenden Mitglieder bezugs Vornahme der Wahlen von zwei Vorstandsmitgliedern statt.

III. Die Wahlversammlung der Arbeitgeber zur Wahl der Vertreter zu den Generalversammlungen vom 1. April 1910 bis zum 31. März 1911 findet am **Dienstag, den 22. März 1910, abends von 8 1/2—9 1/2 Uhr**, im Berliner Rathaus (Praktikationszimmer), Lindenstraße, statt. Zu wählen sind 72 Vertreter, § 44 des Statuts. Die Wahlen sind geheim und finden mittels Stimmzettels statt. Nach Schluß dieser Wahlversammlung findet die

Ordentliche Generalversammlung

der Vertreter der Arbeitgeber in demselben Lokale statt.

Tages-Ordnung:

Wahl von einem Vorstandsmitgliede für die Zeit vom 1. April 1910 bis zum 31. März 1911, sowie Erloshaus für Herrn Müller.

Anfragen und Beschlüsse, zu welchen die Einsicht in die Kassenbücher notwendig ist, müssen bis zum 13. März 1910 mündlich oder schriftlich bezugs Beantwortung derselben in der Generalversammlung dem Vorstande mitgeteilt werden.

Zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Herren Vertreter ist sehr erwünscht.

Das Mandat legitimiert.

Allgemeine Mitgliederversammlung

findet am **Donnerstag, den 10. März 1910, abends 8 Uhr**, im Lokale von Fr. Wille, Brunnenstr. 188

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn Stadtratsordnenen Roblenger über: „Was haben wir von der Reichsversicherungsordnung zu erwarten?“ 2. Diskussion. 3. Aufforderung der Vertreter zu den Generalversammlungen 1910/1911. 4. Verschiedenes. Berlin, den 5. März 1910.

Der Vorstand: Fr. Schulz, W. Goldschahn.

„Hoffnung“

Berliner Schneideri-Genossenschaft

E. G. m. b. H.

Zwischen Rosenthaler Tor u. Invalidenstr. Brunnenstr. 185
Zwischen Rosenthaler Tor u. Invalidenstr.

Gegr. i. Februar 1906 v. organisiert. Schneidergehilfen Berlins.
Empfiehlt sich allen Arbeitern, Parteigenossen und Mitbürgern zur Anfertigung eleganter

Herren- u. Knabengarderobe

Großes Lager fertiger Herren-, Knaben- u. Kinder-Anzüge.
Große Auswahl in

Winter-Paletots, Ulster, Radfahranzügen u. Fant-Westen
in allen Größen und Preislagen sowie

Arbeiter-Berufs-Kleidung.

Die Herstellung unserer Fabrikate erfolgt in
eigenen Betriebswerkstätten unter den von
unserer Organisation festgelegten Bedingungen.

Lieferanten 103/1*
der Konsum-Genossenschaft Berlin u. Umgegend,
des Charlottenburger Konsum-Vereins sowie des
Arbeiter-Radfahrerbundes.

NB. Wir weisen besonders darauf hin, daß wir nur für
eigene Bedarf fabricieren und unsere Waren in keinem
anderen Geschäft zu haben sind.

Hente von 10 Uhr ab geschlossen.

Erste Bezugsquelle für

Gardinen Stores Bettdecken

Tüll-Gardinen
Erbstüll-Gardinen
Künstler-Gardinen
Mull-Gardinen

Tüll-Stores
Erbstüll-Stores
Halb-Stores
Madras-Stores

Tüll-Bettdecken
Erbstüll-Bettdecken
mit und ohne Volant
Bettdekorationen

Scheiben-Schleier - Leinen-Uebergardinen - Zuggardinen - Zierdecken

Diese unsere Artikel haben ihren Ruf, was Gediegenheit und Wohlfelheit anbelangt,

nur durch die Empfehlung ihrer Käufer.

Eminent billige Preise. * Grosso- und Einzelverkauf * Besichtigung erbeten.

Vertrieb von Erzeugnissen sächsischer

Gardinen-Fabriken

Johann Pellot Co., Kommanditgesellschaft.

Verkauf zu unseren Originalpreisen nur:

C. Rosenthaler Straße 2 am Rosenthaler Tor.

50. Wiener Straße II, gegenüber der Hochbahn.

S. Kottbuser Damm 73 (Rixdorf), gegenüber Boppstr.

O. Große Frankfurter Straße 5-6, Ecke Fruchtstraße.

O. Niederbarnim-Straße 13, Ecke Boxhagener Straße.

O. Grüner Weg 28, gegenüber der Markthalle.

S. Oranien-Straße 37, nahe Oranienplatz.



Kahnt & Hertzner

(Inh.: L. Kahnt)

Personen-Dampfschiffahrt

Stralau, Tunnelstr. 34

Teleph. Amt VII, 580

Berlin, An der Stralauer

Brücke 4/5

Telephon: Amt VII, 2002

empfehl. Gesellschaften, Vereinen und Schulen seine

Salon-Dampfer

jeder Größe

zu Partien in der Umgegend.

Der großen Nachfrage wegen empfiehlt es sich,

Dampfer zu Sonnabend- u. Sonntagspartien

schon jetzt zu bestellen.



Brühl's

Kraffbrüh-Würfel

Marke „Ochsenkopf“

vorzügliche 5 Pfg.

Bouillon

Urbia



Lene, liebe Lene —
Siehste wiesde lachst,
Wennste blank de
Stiebeln
Mit Urbia dir machst!

Das Schuhputzmittel „Urbia“
ist überall zu beziehen.

In Dosen zu 10, 20 u. 25 Pf. überall erhältlich.
Fabrik: Urban & Lomm, Charlottenburg.

Vorwärts-Leser

5% Extra-Rabatt

auf die bekannt billigen Preise
selbst bei Gelegenheitskäufen.

Teppich-Thomas

Ältestes und vertrauenswürdigstes

SPEZIAL-HAUS

für

Teppiche Vorleger

Gardinen Portieren

Steppdecken Schlafdecken

Reisedecken Felle

Tischdecken Diwandecken

I. Geschäft: Oranienstr. 126

gegenüber d. Waldock-Park.

II. Geschäft: Oranienstr. 160

am Oranien-Platz.

Um zu für 27 Pf. pro

räumen Pfund

Ia. Schweine-Klein-Fleisch

von 30 Pfund an: enthaltend Rippe, Schwänze, fleischige Hosen, Ohren etc.,

von inländischen Landschweinen, amtlich untersucht; leicht gefalgene Ware.

10 Pfund-Koll 2,70 M., Ia. Eisbein pr. Pfd. 55 Pf.

Ia. Schrippen pr. Pfd. 40 Pf., Ia. Fleischmarkt pr. 65 Pf.

Ia. Plackwurst pr. Pfd. 1 M., Ia. Cervelatwurst pr. Pfd. 1,20 M.

Alb. Carstens, Altona 410.

Möbel

auf Teilzahlung

bei allerkleinster An- u. Abzahlung.
Größte Rücksicht

in Krankheitsfällen und Arbeitslosigkeit.

Sonntags geöffnet. E. Cohn, Gr. Frankfurterstr. 58.
Tel. Amt 7, 10701.

Bettfedern

Gustav Lustig

Die erste

Fabrik

mit elektr.

Betriebe

Berlin S. 320.

Prinzenstr. 46/47

besteht gegen Nachnahme garantiert neu, gut füllende Bettfedern pro

Pfund 2 M., 1,50, 1,25; prima Goldbunnen 2 M., 1,75; Gänsefedern

2 M., 2,50; prima weiße Gänsefedern 2 M., 2,50. — Daunenn

2 M., 2,50, 3 M., 3,50, 4 M., 4,50, 5 M., 5,50, 6 M., 6,50, 7 M., 7,50, 8 M., 8,50, 9 M., 9,50.

Chinesische Monopoldaunen das Pfd. 2,25, gefächelt geküpft,

Russische Matador-daunen das Pfd. 2,50, gefächelt geküpft,

Von Damen genügen 3-4 Pfund zum großen Oberbett. Gänse-

federn (zum Reizen) 2 M., 2,50; Oberbette Gänsefedern mit

Daunen 2 M., 1,50, Schließern 2 M., 1,50, 2 M., 2,50, 3 M., 3,50, 4 M., 4,50, 5 M., 5,50, 6 M., 6,50, 7 M., 7,50, 8 M., 8,50, 9 M., 9,50.

Große Betten 12 Mark (Oberbett, Unterbett u. 2 Kissen)

mit doppeltgerüsteten neuen

Bettfedern; bessere Betten 15, 19, 24, 29, 34, 39, 44, 49, 54, 59, 64, 69, 74, 79, 84, 89, 94, 99, 104, 109, 114, 119, 124, 129, 134, 139, 144, 149, 154, 159, 164, 169, 174, 179, 184, 189, 194, 199, 204, 209, 214, 219, 224, 229, 234, 239, 244, 249, 254, 259, 264, 269, 274, 279, 284, 289, 294, 299, 304, 309, 314, 319, 324, 329, 334, 339, 344, 349, 354, 359, 364, 369, 374, 379, 384, 389, 394, 399, 404, 409, 414, 419, 424, 429, 434, 439, 444, 449, 454, 459, 464, 469, 474, 479, 484, 489, 494, 499, 504, 509, 514, 519, 524, 529, 534, 539, 544, 549, 554, 559, 564, 569, 574, 579, 584, 589, 594, 599, 604, 609, 614, 619, 624, 629, 634, 639, 644, 649, 654, 659, 664, 669, 674, 679, 684, 689, 694, 699, 704, 709, 714, 719, 724, 729, 734, 739, 744, 749, 754, 759, 764, 769, 774, 779, 784, 789, 794, 799, 804, 809, 814, 819, 824, 829, 834, 839, 844, 849, 854, 859, 864, 869, 874, 879, 884, 889, 894, 899, 904, 909, 914, 919, 924, 929, 934, 939, 944, 949, 954, 959, 964, 969, 974, 979, 984, 989, 994, 999, 1004, 1009, 1014, 1019, 1024, 1029, 1034, 1039, 1044, 1049, 1054, 1059, 1064, 1069, 1074, 1079, 1084, 1089, 1094, 1099, 1104, 1109, 1114, 1119, 1124, 1129, 1134, 1139, 1144, 1149, 1154, 1159, 1164, 1169, 1174, 1179, 1184, 1189, 1194, 1199, 1204, 1209, 1214, 1219, 1224, 1229, 1234, 1239, 1244, 1249, 1254, 1259, 1264, 1269, 1274, 1279, 1284, 1289, 1294, 1299, 1304, 1309, 1314, 1319, 1324, 1329, 1334, 1339, 1344, 1349, 1354, 1359, 1364, 1369, 1374, 1379, 1384, 1389, 1394, 1399, 1404, 1409, 1414, 1419, 1424, 1429, 1434, 1439, 1444, 1449, 1454, 1459, 1464, 1469, 1474, 1479, 1484, 1489, 1494, 1499, 1504, 1509, 1514, 1519, 1524, 1529, 1534, 1539, 1544, 1549, 1554, 1559, 1564, 1569, 1574, 1579, 1584, 1589, 1594, 1599, 1604, 1609, 1614, 1619, 1624, 1629, 1634, 1639, 1644, 1649, 1654, 1659, 1664, 1669, 1674, 1679, 1684, 1689, 1694, 1699, 1704, 1709, 1714, 1719, 1724, 1729, 1734, 1739, 1744, 1749, 1754, 1759, 1764, 1769, 1774, 1779, 1784, 1789, 1794, 1799, 1804, 1809, 1814, 1819, 1824, 1829, 1834, 1839, 1844, 1849, 1854, 1859, 1864, 1869, 1874, 1879, 1884, 1889, 1894, 1899, 1904, 1909, 1914, 1919, 1924, 1929, 1934, 1939, 1944, 1949, 1954, 1959, 1964, 1969, 1974, 1979, 1984, 1989, 1994, 1999, 2004, 2009, 2014, 2019, 2024, 2029, 2034, 2039, 2044, 2049, 2054, 2059, 2064, 2069, 2074, 2079, 2084, 2089, 2094, 2099, 2104, 2109, 2114, 2119, 2124, 2129, 2134, 2139, 2144, 2149, 2154, 2159, 2164, 2169, 2174, 2179, 2184, 2189, 2194, 2199, 2204, 2209, 2214, 2219, 2224, 2229, 2234, 2239, 2244, 2249, 2254, 2259, 2264, 2269, 2274, 2279, 2284, 2289, 2294, 2299, 2304, 2309, 2314, 2319, 2324, 2329, 2334, 2339, 2344, 2349, 2354, 2359, 2364, 2369, 2374, 2379, 2384, 2389, 2394, 2399, 2404, 2409, 2414, 2419, 2424, 2429, 2434, 2439, 2444, 2449, 2454, 2459, 2464, 2469, 2474, 2479, 2484, 2489, 2494, 2499, 2504, 2509, 2514, 2519, 2524, 2529, 2534, 2539, 2544, 2549, 2554, 2559, 2564, 2569, 2574, 2579, 2584, 2589, 2594, 2599, 2604, 2609, 2614, 2619, 2624, 2629, 2634, 2639, 2644, 2649, 2654, 2659, 2664, 2669, 2674, 2679, 2684, 2689, 2694, 2699, 2704, 2709, 2714, 2719, 2724, 2729, 2734, 2739, 2744, 2749, 2754, 2759, 2764, 2769, 2774, 2779, 2784, 2789, 2794, 2799, 2804, 2809, 2814, 2819, 2824, 2829, 2834, 2839, 2844, 2849, 2854, 2859, 2864, 2869, 2874, 2879, 2884, 2889, 2894, 2899, 2904, 2909, 2914, 2919, 2924, 2929, 2934, 2939, 2944, 2949, 2954, 2959, 2964, 2969, 2974, 2979, 2984, 2989, 2994, 2999, 3004, 3009, 3014, 3019, 3024, 3029, 3034, 3039, 3044, 3049, 3054, 3059, 3064, 3069, 3074, 3079, 3084, 3089, 3094, 3099, 3104, 3109, 3114, 3119, 3124, 3129, 3134, 3139, 3144, 3149, 3154, 3159, 3164, 3169, 3174, 3179, 3184, 3189, 3194, 3199, 3204, 3209, 3214, 3219, 3224, 3229, 3234, 3239, 3244, 3249, 3254, 3259, 3264, 3269, 3274, 3279, 3284, 3289, 3294, 3299, 3304, 3309, 3314, 3319, 3324, 3329, 3334, 3339, 3344, 3349, 3354, 3359, 3364, 3369, 3374, 3379, 3384, 3389, 3394, 3399, 3404, 3409, 3414, 3419, 3424, 3429, 3434, 3439, 3444, 3449, 3454, 3459, 3464, 3469, 3474, 3479, 3484, 3489, 3494, 3499, 3504, 3509, 3514, 3519, 3524, 3529, 3534, 3539, 3544, 3549, 3554, 3559, 3564, 3569, 3574, 3579, 3584, 3589, 3594, 3599, 3604, 3609, 3614, 3619, 3624, 3629, 3634, 3639, 3644, 3649, 3654, 3659, 3664, 3669, 3674, 3679, 3684, 3689, 3694, 3699, 3704, 3709, 3714, 3719, 3724, 3729, 3734, 3739, 3744, 3749, 3754, 3759, 3764, 3769, 3774, 3779, 3784, 3789, 3794, 3799, 3804, 3809, 3814, 3819, 3824, 3829, 3834, 3839, 3844, 3849, 3854, 3859, 3864, 3869, 3874, 3879, 3884, 3889, 3894, 3899, 3904, 3909, 3914, 3919, 3924, 3929, 3934, 3939, 3944, 3949, 3954, 3959, 3964, 3969, 3974, 3979, 3984, 3989, 3994, 3999, 4004, 4009, 4014, 4019, 4024, 4029, 4034, 4039, 4044, 4049, 4054, 4059, 4064, 4069, 4074, 4079, 4084, 4089, 4094, 4099, 4104, 4109, 4114, 4119, 4124, 4129, 4134, 4139, 4144, 4149, 4154, 4159, 4164, 4169, 4174, 4179, 4184, 4189, 4194, 4199, 4204, 4209, 4214, 4219, 4224, 4229, 4234, 4239, 4244, 4249, 4254, 4259, 4264, 4269, 4274, 4279, 4284, 4289, 4294, 4299, 4304, 4309, 4314, 4319, 4324, 4329, 4334, 4339, 4344, 4349, 4354, 4359, 4364, 4369, 4374, 4379, 4384, 4389, 4394, 4399, 4404, 4409, 4414, 4419, 4424, 4429, 4434, 4439, 4444, 4449, 4454, 4459, 4464, 4469, 4474, 4479, 4484, 4489, 4494, 4499, 4504, 4509, 4514, 4519, 4524, 4529, 4534, 4539, 4544, 4549, 4554, 4559, 4564, 4569, 4574, 4579, 4584, 4589, 4594, 4599, 4604, 4609, 4614, 4619, 4624, 4629, 4634, 4639, 4644, 4649, 4654, 4659, 4664, 4669, 4674, 4679, 4684, 4689, 4694, 4699, 4704, 4709, 4714, 4719, 4724, 4729, 4734, 4739, 4744, 4749, 4754, 4759, 4764, 4769, 4774, 4779, 4784, 4789, 4794, 4799, 4804, 4809, 4814, 4819, 4824, 4829, 4834, 4839, 4844, 4849, 4854, 4859, 4864, 4869, 4874, 4879, 4884, 4889, 4894, 4899, 4904, 4909, 4914, 4919, 4924, 4929, 4934, 4939, 4944, 4949, 4954, 4959, 4964, 4969, 4974, 4979, 4984, 4989, 4994, 4999, 5004, 5009, 5014, 5019, 5024, 5029, 5034, 5039, 5044, 5049, 5054, 5059, 5064, 5069, 5074, 5079, 5084, 5089, 5094, 5099, 5104, 5109, 5114, 5119, 5124, 5129, 5134, 5139, 5144, 5149, 5154, 5159, 5164, 5169, 5174, 5179, 5184, 5189, 5194, 5199, 5204, 5209, 5214, 5219, 5224, 5229, 5234, 5239, 5244, 5249, 5254, 5259, 5264, 5269, 5274, 5279, 5284, 5289, 5294, 5299, 5304, 5309, 5314, 5319, 5324, 5329, 5334, 5339, 5344, 5349, 5354, 5359, 5364, 5369, 5374, 5379, 5384, 5389, 5394, 5399, 5404, 5409, 5414, 5419, 5424, 5429, 5434, 5439, 5444, 5449, 5454, 5459, 5464, 5469, 5474, 5479, 5484, 5489, 5494, 5499, 5504, 5509, 5514, 5519, 5524, 5529, 5534, 5539, 5544, 5549, 5554, 5559, 5564, 5569, 5574, 5579, 5584, 5589, 5594, 5599, 5604, 5609, 5614, 5619, 5624, 5629, 5634, 5639, 5644, 5649, 5654, 5659, 5664, 5669, 5674, 5679, 5684, 5689, 5694, 5699, 5704, 5709, 5714, 5719, 5724, 5729, 5734, 5739, 5744, 5749, 5754, 5759, 5764, 5769, 5774, 5779, 5784

Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis. Heute Sonntag, den 6. März, abends 6 Uhr, findet bei Kabe, Fischerstr. 29, ein Familienabend statt.

Stegly-Friedman. Der dritte Vortragsabend des vom Bildungs- und Kulturverein veranstalteten Kurses über: „Darwinismus und Sozialismus“ kann wegen der am Montag, den 7. März und Dienstag, den 8. März, in Stegly stattfindenden Gemeindevahl am Montag, den 7. März, im „Reinischloß“ nicht abgehalten werden.

Wahlkreis. Morgen, Montagabend 8 Uhr findet im Restaurant Prochyla, Viktoriastraße ein gemeinsamer Zahlabend für alle Bezirke statt. Der Mittwoch-Zahlabend fällt aus.

Rehendorf (Wannsee). Die Genossen treffen sich heute Sonntag, früh 11 Uhr, bei Hunger, Teltower Straße. Der Vorstand.

Brick-Budow. Heute nachmittags 3 Uhr im Lokal von Raddag, Brick, Chausseest. 39: Öffentliche Gemeindevählerversammlung. Tagesordnung: 1. Die Gemeindevahl. Referent: Gen. A. Leid-Berlin. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Nachmittags 6 Uhr findet im Lokal von Klein, Budow, Chausseest. 12, gleichfalls eine öffentliche Versammlung statt. Tagesordnung: 1. Gemeindepolitik. Referent: Genosse Franz Thurow. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Nieder-Schöneberg. Heute Sonntag treffen sich Wahlrechtsfreunde Punkt 1/12 Uhr in den Bezirkslokale zum Spaziergang nach Treptow. Am Montag, den 7., abends 8 Uhr, findet eine Handzeitungsverbreitung von den Bezirkslokale aus statt.

Adlershof. Dienstag, den 8. März, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Beier, Bismarckstr. 10 öffentliche Versammlung. Tagesordnung: Die Sozialdemokratie in der Gemeinde. Referent Genosse Fortig. Diskussion. — Die Verbreitung der Wahlwerbungs findet Montag, abends 7 1/2 Uhr vom Jugendheim aus statt.

Grünau. Die Teilnehmer an dem Ausflug nach Treptow bewegen den Zug 11 Uhr 20 Min. Der Vorstand.

Pantow. Am Dienstag, den 8. März, abends 8 Uhr: Große Volksversammlung bei Kozyski, Kreuzstr. 3/4. Es sprechen Adolf Hoffmann und Waldemar Kanast über das Thema „Was treibt uns aus der Kirche?“ Alle Geistlichen Pantows sind hierzu eingeladen.

Den Parteigenossen von Pantow-Süd zur Kenntnisnahme, daß wegen der bevorstehenden Gemeindevahlen der gemeinsame Zahlabend im „Lärchen“ nicht stattfindet. Beim nächsten Zahlabend treffen sich die Genossen und Genossinnen, wie stets, in ihren Bezirkslokale.

Zegel. Wegen der am Dienstag und Mittwoch stattfindenden Gemeindevoterwahlen findet der Zahlabend ausnahmsweise am Donnerstag, den 10. März, statt. Die nicht verkauften Billets zu dem Marcel Salzer-Abend am 12. März müssen am Zahlabend zurückgegeben werden, da sie sonst als verkauft gelten.

Rosowes. Mittwoch, den 9. März, abends 8 1/2 Uhr findet im Lokal des Herrn Ernst Schmidt, Wilhelmstr. 41-43 die Versammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. „Kommunales“. Referent Gemeindevoter Genosse Karl Gruhl. 2. Geschäftliches. 3. Raiffeisen. 4. Verschiedenes. — Gäste haben Zutritt, auch werden neue Mitglieder aufgenommen. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Spaziergang.

Die Toten werden lebendig. Aus der vierten Dimension meldet sich August Friedrich Schulze, der längst von dieser schönen Welt abberufene historische Berliner Schusterjunge aus der vormärzlichen Zeit. Dieser intelligente Bengel hatte schon vor genau dreihundert Jahren der Berliner Polizei etwas zu riechen gegeben. Die letztere war als Handlanger der Reaktion damals so nervös wie heute, was bekanntlich an solcher Stelle immer auf ein schlechtes Gewissen deutet. Sie hatte die reaktionäre Nase voll Wind von den späteren ewigwürdigen freiheitslustigen Ereignissen und suchte die Bevölkerung, die langsam aus dem politischen Winterschlaf erwachte, in der ihr eigenen Art zu rülpeln. Wer im Volk nicht brav Steuern zahlte und hübsch das Maul hielt, durfte auf polizeiliche Anerkennung nicht rechnen. Die harmlosesten Volksvergünstigungen sollten unterbunden werden, als es sich im Preußenlande und weit darüber hinaus allerorten mächtig zu regen begann, und selbst der Stralauer Fischzug, der alljährlich nach Stralau und dem jenseitigen Treptow einen Massenparadezug der Berliner brachte, war der Polizei ein Dorn im Auge. Schon damals muß es „Achtgroßenjungen“ gegeben haben, denn die Polizei befürchtete aus Anlaß des Fischzugfestes Demonstrationen und ließ alle Zugänge zu den beiden Dörfern mit bis an die Zähne bewaffneten Polizeiern besetzen. Sogar das Militär war, ganz nach „preussischer Tradition“, in den Kasernen konfigniert. Aber August Friedrich Schulze schlug dem Berliner Polizeigewaltigen, dem er an Geist und Humor entschieden über war, ein glänzendes Schnippen. Er humorte an das hölzerne Stralauer Tor einen großen Vogen Papier, auf dem in mächtigen Buchstaben zu lesen stand: „Wegen Unpäßlichkeit des Schusterjungen Herrn August Friedrich Schulze kann heute die große Berliner Revolution nicht stattfinden.“ Alles lachte unbändig und amüsierte sich in Stralau prächtig. Die Polente aber zog ab wie ein begossener Pudel.

Wir werden an dieses Hühnchen zeitgemäß erinnert durch eine Epistel, die uns der unsterblich gewordene Schusterjunge auf den Redaktionsstisch flattern läßt. Die ehemalige Berliner Ränge schreibt mit beifühendem Spott: „Nu soll also wieder mal, wie ich hier oben in 'preussischen Himmel höre, uff der Berliner Pflaster Revolution gemacht wer'n. Bloß det de Dörter nachden sind un inzwischen aus Stralau dei moderne Nest Treptow geworden is. Un die ganze Berliner Polizei is wieder uff de Beene un stürzt sich in Staatsunföten. Mein Gott, hat denn de Preußenpolente jarnischt weiter zu dhun, als umsonst den wackelnden Staatschemel in Balance zu halten? Ja sage Ihnen, Herr Redakteur, wenn wa hier oben in 'Himmel, wo et iebrijens keenen eenzigen Konfervativen un keenen Zeistlichen un nich mal Schupkente jibt, mal kräftich lachen woll'n, denn brauchen wa bloß in 't preussische Himmelreich uff Erden zu sehen. Da jibt's immer wat zu lachen. Aha diesmal is doch faktisch det Ende von

wech. Det is doch noch daller wie'n Stück aus't Dollhaus, die uffjeklarte Menschheit aus't zwanzigste Jahrhundert eenen einfachen Spaziergang nach'n Treptower Park, der beinahe so schön wie unsa Himmelpark is, vabieten zu wollen. Minners, habt Ihr denn de ganze Zeit von Achtundvierzig an jeschlafen? Hat denn der deutsche Michel noch inma de Hippelmüße üba beide Ohren? Wenn a Euch det jessall'n dhun laßt un nich mächtig uffmußt, natierlich in die von de jottjewollte Abhängigkeit jeebenen Grenzen, denn seid a keen' Schuß Pulva wert. Det heeßt . . . jeschossen derf nich wer'n. Um Noiteswillen nich, jacht der liebe Gott. Un der muß doch wissen, wat richtig is, weil a die sojennante jöttliche Weltordnung uff de Welt jebracht hat. Det kenne ja die ganze Polizeijessellschaft grade so in' Krant rinfallen, det jede een Schießeisen mitbringt un in' Treptower Park nich nach Berliner Spazien knallt. Aha wie id Euch kenne, wird Euch so 'ne Veimrute jarnischt mang de Finga kleben bleiben. Der liebe Gott jacht, det seine freie Natur for alle Menschen da is un det selbst die Polizei keen Recht nich hat, Euch det Spazierenjehen in sein' wunderjehenen preussischen Naturjarten zu vakimmern. Kieft also heute in' schleschen Busch de Berliner Polizei, wenn se ooch noch so fampflustich is, nich jachlich an. . . laßt se ganz links liejen un denkt wie Goldschmid's Junge. Un wenn Euch de Polizei, die an allet Anflück uff Erden schuld is, wie der liebe Gott jacht, dennoch nich spazier'n jehn läßt, denn soll se der Deibel hol'n. Ja aba, August Friedrich Schulze aus Berlin, jare Euch: Et wird ooch uff Erden wieder helle wer'n! Bloß Stange halten, wie Euer Keenich jacht, un nich niederreiten lassen! Schade, det mir die Reise zu weit un Preußenland zu ecklich is. Sonst würde id wieda een' Maueranschlag ankleben un druff schreiben: Wejen Nervosität des Polizeipräsidenten darf nich spazierenjehen wer'n.“

Friedrich August Schulze wird sich wundern über die vielen Spaziergänger, die heute ihre Lungen weiten wollen.

Aus dem städtischen Etatsanschlag.

In der letzten Sitzung des Etatsausschusses sind der Streichwut der Wehrzeit nicht weniger denn 600 000 M. zum Opfer gefallen. 400 000 M. davon kommen auf den Etat der Gemeindegemeinden. Obwohl nur 4 Schulneubauten im Etat eingestellt waren, wurden die hierfür eingekalkulierten Baukosten um die oben genannte Summe vergrößert. Von sozialdemokratischer Seite wurde diese gänzlich unverständliche Finanzpolitik in der schärfsten Weise gerügt. Es wurde dargelegt, daß Vertreter der Wehrzeit den Ankauf von Schulgrundstücken als dringlich und unaufschiebbar erklärt hätten mit dem Bemerkten, daß so schnell als möglich dem Schulbedarf in bestimmten Gegenden Rechnung getragen werden müßte, aber jetzt kein Wort für Ausführung dieser von ihnen selbst als eilig bezeichneten Schulbauten hätten. Die Sozialdemokraten beantragten, für vier solcher bedürftigen Schulneubauten, die selbst von der Schulverwaltung verlangt, aber bereits dem Kostist des Räumers zum Opfer gefallen sind, je 100 000 M. als erste Baukosten einzusetzen, und zwar für die zu erbauenden Schulen in der Ofener-, Malplaquet-, Belle- und Rechnerstraße. Die Wehrzeit wehrte sich heftig gegen den Vorwurf der Schulfeindschaft, aber man nehme eben an, die bewilligten Summen würden nicht alle verbaut werden können. Diese Annahme wurde unter Hinweis auf die in früheren Jahren verbauten Mittel widerlegt. Der sozialdemokratische Antrag wurde abgelehnt.

Zu einer längeren Erörterung gab der Etat der Krankenhäuser Veranlassung. Von unseren Genossen wurden die Lohn- und Arbeitsverhältnisse des Warte- und Pflegepersonals einer eingehenden Kritik unterzogen. Die Besprechung ihrer Lage und Formulierung von Wünschen werde dem Personal eingeeant, wenn nicht nahezu unmöglich gemacht. Die Einrichtung der Urlaubserteilung sei eine Beeinträchtigung der persönlichen Freiheit. Die Lohnsätze seien minimale, die Kostverhältnisse liegen zu wünschen übrig. Die Folge sei ein ungeheurer Wechsel des Personals. Eine horrende hohe Erkrankungsziffer — im Virchow-Krankenhaus 67 Prozent — werde auf ungenügende Beschäftigung und lange Arbeitszeit zurückgeführt. Dazu käme eine willkürliche Anwendung der bestehenden Lohnordnung durch die Direktoren. Im Interesse einer verständigen Krankenpflege liege die Heranziehung eines guten Pflegepersonals. Der Magistrat habe alle Veranlassung, den Wünschen der Angestellten entgegenzukommen. Vom Magistrat wurde entgegnet, daß die Arbeiter ihre Wünsche der Verwaltung vorzutragen sollten, eher könnte diese dazu keine Stellung nehmen. Die Lohnverhältnisse seien keine ungenügenden, die Kost sei sogar gut, wie dem Magistratsvertreter erst kürzlich bei einem Besuch im Virchow-Krankenhaus von Pflegern selbst bestätigt worden sei. Was die sogenannte Urlaubserteilung betreffe, so werde niemand beschneidet, nur müsse gemeldet werden, wer die Anstalt verlasse, das sei im Interesse der Verwaltung notwendig. Die Krankenhausbewirtschaftung habe auch den Wunsch, schicktes und gutes Personal zu haben, aber sehr selten viele Angestellten die Krankenhäuser als Durchgangsstation an. Dem wurde erwidert, daß es mit der Freiheit des Personals nicht weit her sei. Auch auf die Irrenanstalten trafe das Besagte zu. Es sei zu verlangen, daß das Personal nach Schluß der Arbeitszeit über seine freie Zeit nach eigenem Ermessen verfügen müsse, sonst erinnerten die jetzigen Zustände an das Gefängnis. Anträge auf Verbesserung der Lage des Warte- und Pflegepersonals werde man sich vorbehalten.

Bejchlossen wurde noch, eine Baukarte von 200 000 M. zu streichen, die für den Erweiterungsbau des Kaiser- und Kaiserin-Friedrich-Kinderkrankenhauses eingestellt war. Die Summe würde voraussichtlich in diesem Etatsjahre nicht gebraucht, da die Baupläne infolge neuer Wünsche öfter geändert werden müßten. Bei den Irrenanstalten wurde aufmerksam gemacht auf die Notwendigkeit der Erbauung einer fünften Irrenanstalt. Die Steigerung der Zahl der Geisteskranken führe zu einer Erweiterung über die Ursachen der Geisteskrankheiten. Von sozialdemokratischer Seite wurde besonders darauf hingewiesen, daß die Stadt wehre vorbeugend wirken sollte, indem sie den Bestrebungen auf Fürsorge für die Kinder mehr Aufmerksamkeit schenke als bisher. Das hierfür aufgewendete Geld würde später Zucherginsen tragen.

Die nächsten von der Zentralkommission der Krankenkassen Berlins und der Vorort veranstalteten hygienischen Vorträge finden folgendermaßen statt:

Am Donnerstag, den 10. März, sprechen in den Schulen der nachbenannten Gemeindegemeinden über das Thema: „Die geschlechtliche Anstetung und ihre Folgen“. Herr Dr. Saalfeld, in der 247./252. Gemeindegemeinde, Rigaer Straße 81/82. Herr Dr. Joseph in der 240./254. Gemeindegemeinde, Waldensjerstraße 25/26. Herr Dr. Jersch in der 117./178. Gemeindegemeinde, Eberswalder Straße 10. Herr Dr. Groffer in der 115./237. Gemeindegemeinde, Stalitzer Straße 55/56.

Am Freitag, den 11. März, sprechen über das Thema: „Die geschlechtliche Anstetung und ihre Folgen“ Herr Dr. Chajes in der 91./101. Gemeindegemeinde, Greifenaustraße 7. Herr Dr. Villenhal in der 81./100. Gemeindegemeinde, Tilsiter Straße 4/5. Herr Dr. Maruse in der 118./127. Gemeindegemeinde, Pankstraße 17. Herr Dr. Bobländer in der 228./279. Gemeindegemeinde, Poststraße 6. In Boxhagen-Kummelsburg, in der Reuen Schule, Marktstraße, spricht am Dienstag, den 8. März, Herr Dr. Tobias über das Thema: „Augen und Arbeit“.

In Charlottenburg in der 12. Gemeindegemeinde, Sophie-Charlotten-Straße 60/70, spricht am Mittwoch, den 9. März, Herr Dr. Rippmann über das Thema: „Geschlechtskrankheiten und ihre Verhütung“.

In Köpenick im Stadttheater, Friedrichstraße 6, spricht am Dienstag, den 8. März, Herr Dr. Strecker über das Thema: „Alkohol und Gesundheit“.

In Lichtenberg in der Gemeindegemeinde, Kronprinzenstr. 10, spricht am Donnerstag, den 10. März, Herr Dr. Lojersstein über das Thema: „Frauenkrankheiten und ihre Verhütung“. (Nur für Frauen.)

In Panitzsch in der 2. Gemeindegemeinde, Brunowstraße, spricht am Donnerstag, den 10. März, Herr Dr. Loewenberg über das Thema: „Hygiene der Frau“. (Nur für Frauen.)

In Reinickendorf in der 3. Gemeindegemeinde, Pankower Allee, spricht am Mittwoch, den 9. März, Herr Dr. Fall über das Thema: „Die Menstruation und ihre Störungen“. (Nur für Frauen.)

In Rixdorf, in der 9./10. Gemeindegemeinde, Kaiser-Friedrich-Straße 4, am Hermannplatz, spricht am Freitag, den 11. März, Herr Dr. Bäumer über das Thema: „Frauenkrankheiten und ihre Verhütung“. (Nur für Frauen.)

In Schöneberg in der 10./11. Gemeindegemeinde, Feurigstraße 81/82, spricht am Dienstag, den 8. März, Herr Dr. G. Joseph über das Thema: „Ernährung“.

In Tempelhof, im Restaurant Heimann, Kaiserin-Augusta-Straße 1, spricht am Freitag, den 11. März, Herr Dr. Rennhoff über das Thema: „Kopfschmerz, seine Ursache und seine Behandlung“.

In Weichensee, in der Gemeindegemeinde, Langhansstr. 120, spricht am Freitag, den 11. März, Herr Dr. Jacobsohn, über das Thema: „Geschlechtliche Anstetung und ihre Folgen“.

Sämtliche Vorträge beginnen pünktlich um 8 Uhr abends. Der Zutritt zu diesen Vorträgen ist für jedermann unentgeltlich.

Die Militärverwaltung und das Tempelhofer Feld.

Bekanntlich ist das Tempelhofer Feld Eigentum des Militärfiskus. Und da sich auf dem Felde öfter Personen herumtreiben, die gegen Liebespärdchen Erpressungen verüben, achtet die Militärbehörde neben der Polizei auf die sich dort abspielenden Vorgänge. In einer dieser Tage stattgefundenen Verhandlung vor dem Kriegsgericht gegen einige Gardebataillone, die eine Kutsche auf einen Kriminalbeamten gemacht hätten, weil sie ihn für „verdächtig“ hielten, wurde festgestellt, daß der Esabronchef den Leuten die Instruktion erteilt hatte, abends alle Leute, die als parvers verdächtig erscheinen und sich auf dem Tempelhofer Felde herumtreiben, zur Kasernenwache zu bringen.

Aus der Magistrats-Sitzung.

Nachdem auf den Wunsch der Schulärzte für die Berliner Gemeindegemeinden der Unterrichtsbeginn auf 8 Uhr allgemein festgesetzt worden ist, hat das Provinzial-Schulkollegium beim Magistrat angefragt, ob er auch für die höheren Lehranstalten dasselbe Vorgehen empfehle. Der Magistrat hat beschlossen, auch hier für einen gleichmäßigen Schulbeginn um 8 Uhr in allen Schulen einzutreten.

Der Magistrat beriet einen mit dem Reichsfiskus zu schließenden Vertrag über die Eingemeindung eines 277 Hektar großen Geländes der Gutbezirke Plöthenke und Jungfernsheide. Das eingemeindete Gebiet liegt zwischen der Afrkanischen Straße, der Seestraße, dem Berlin-Spandauer Schiffahrtskanal und den Schiffschänden des Gardefiskusregiments.

Ein zwischen der Stadtgemeinde Berlin und der Landgemeinde Ruhlsdorf schwebender Rechtsstreit über das Eigentum der Dorfane in Ruhlsdorf ist jetzt durch das Reichsgericht endgültig zugunsten Berlins entschieden worden. Berlin ist danach als Eigentümerin auch Eigentümerin der Dorfane. Der Ausgang des Rechtsstreites ist von Wichtigkeit auch für andere Gemeinden, in denen das Eigentum der Dorfane streitig geworden ist, insbesondere in Buch.

Mißbrauch der Arbeiterkinder zur Agitation ist und bleibt das „Vorrecht“ derjenigen Kreise, in denen die Arbeiterklasse mit gutem Grunde ihre Feinde sieht. Was würde die bürgerliche Klasse sagen, wenn wir Sozialdemokraten unsere Flugblätter durch schulpflichtige Kinder austragen lassen wollten? Welches Geschrei würden wir in besonderen die Frommen und ihre Pastoren erheben, wenn wir unsere Kinder auf die Straße schickten und sie dort sozialdemokratische Schriften verteilen ließen? Im letzten Herbst mußten wir vor den Kirchenwahlen öffentlich feststellen, daß für den Kirchenburalismus ein Schulkind ein paar hundert Flugblätter in den Schanzwirtschaften zu verteilen gehabt hätte. Und einige Wochen später sahen wir uns genötigt zu melden, daß ein Schulkind abends von Haus zu Haus gegangen war, um für ein zum Besten eines Kirchenschaus zu veranstaltetes Vergnügen Vorbestellungen auf Billets einzusammeln. Der Mißbrauch, der da zur höheren Ehre der Kirche mit der Arbeitskraft noch schulpflichtiger Kinder getrieben wurde, wirkte um so peinlicher, weil beide Male hinter den den Kindern gegebenen Aufträgen kirchlich gestimmte Lehrer standen.

Heute haben wir über einen neuen Fall zu berichten, der aufs neue zeigt, wie von den Gläubigen der Kirche die Kinder der Arbeiter mißbraucht werden. Kürzlich wurde an einem Abend um 5 Uhr vor dem Fabrikgrundstück der Firma Bergmann „Kittengefellschaft“ in der Hennigsdorfer Straße an den Ausgängen mehrere Mädchen im Alter von anscheinend 10-12 Jahren bemerkt, die den heingehenden Arbeiterinnen Traktätschen überreichten. Unter dem Publikum erregte es Entrüstung, daß Schulkinder zu dieser Arbeit verwendet wurden, die sehr wohl, wenn sie schon den Frommen nötig seien, von Erwachsenen hätte ausgeführt werden können. Aus den Kindern war nicht sogleich herauszubringen, wer eigentlich sie dahingestellt hatte, um die Blättchen zu verteilen. Unser Gewährsmann sagt, auf ihn habe es den Eindruck gemacht, als ob die von ihm befragten Kinder geradezu instruiert worden wären, keinen Vercheid zu geben. Schließlich kriegte er aber doch heraus, daß eine Frau Kaiser die Auftraggeberin sei. Er verstand die Kinder dahin, daß diese Frau Kaiser ihnen Handarbeitsunterricht gebe. Seine Annahme, daß es sich um eine Lehrerin einer Gemeindegemeinde handle, dürfte irrig sein. Auf einem der verteilten Traktätschen, das er mitgenommen und uns überhand hat, finden wir einen Stempel mit der Adresse einer Gemeindegemeinde Frau Klara Kaiser, Logstraße 1. Offenbar haben wir es mit dieser Dame zu tun, die als Leiterin eines „Evangelischen Martha-Vereins von Kapernaum“ fungiert und durch die Traktätschen zum Besuch ihrer Zusammenkünfte einlud. Derselbe Stempel nennt auch die Adressen der in der Kapernaumgemeinde amtierenden Pastoren Kottlerba und Lauterbach, die als Vertreter eines „Evangelischen Arbeiterinnenvereins Groß-Berlins“ bezeichnet werden. Sie müssen es sich gefallen lassen, daß man sie mitverantwortlich macht für den Anflug, schulpflichtige Kinder in den Abendstunden vor ein Fabrikgrundstück zu stellen und sie dort Traktätschen verteilen zu lassen.

Die Bestrebungen zum Schutz der Kinder und die Bestimmungen des Kinderbeschäftigungsgesetzes sollen unseres Erachtens die „moralische Wirkung“ haben, hinaus über die Forderungen dieses nur die gewerbliche Kinderarbeit regelnden Gesetzes schon aus erzieherischen Gründen die Kinder vor jedweder Mißbrauch ihrer Arbeitskraft zu schützen. Ob die Kinder für Geld oder um Gottes Lohn arbeiten, das ist hierbei sachlich ohne Belang. Wägen doch die Pastoren Kottlerba und Lauterbach samt ihrer Gemeindegemeinde selber vor die Fabriken gehen und Einladungen zu ihren Bibelstunden verteilen, wenn nicht die Mitglieder ihres Vereins ihnen

diese Nähe abnehmen wollen oder können. Es ist traurig, daß es immer noch Eltern gibt, die ihre Kinder dazu hergeben, den Pastoren und ihren Gläubigen solche Arbeit zu leisten.

Ein aufregender Vorgang wurde gestern in später Abendstunde im Tiergarten beobachtet. Im Schiffahrtkanal, in der Nähe des Bahnhofs Tiergarten, sahen Passanten einen Mann gegen die Fluiter anlämpfen. Der Lebensmüde, jedenfalls handelte es sich um einen solchen, stieß laute Hilferufe aus und versuchte vergeblich, sich an der Oberfläche des Wassers zu halten. Man unternahm sofort Rettungsversuche, kam aber zu spät. Vor den Augen der Retter verschwand der Unbekannte in der Tiefe. Die Leiche des Ertrunkenen konnte bisher noch nicht geborgen werden.

Der Einbrecher aus der Fruchtstraße, der gestern den Schlächtermeister Neumann angegriffen hat und sich ursprünglich Otto Meyer nannte, ist nunmehr durch den Erkennungsdienst des Polizeipräsidiums als der mehrfach vorbestrafte Einbrecher, frühere Wäcker Pastor Peter, 28 Jahre alt, in Schwabau geboren und als geisteskranker Einbrecher in der Irrenanstalt in Wuch interniert gewesen, festgestellt worden. Am 22. Januar wurde er beurteilt und ist nicht wieder in die Anstalt zurückgeführt. Er hat seit dieser Zeit eine ganze Reihe von Einbruchsdiebstählen ausgeführt, bis er nun bei dem Einbruchversuch in der Fruchtstraße abgefaßt wurde.

Beim Steigen eines Ringbahnzuges vom Tode ereilt wurde gestern Abend auf dem Bahnhof Wedding eine unbekannt, etwa 35-jährige Frau. Sie war im Begriff, einen Vorbringzug zu besteigen, brach plötzlich leblos zusammen und fiel dicht neben dem Zug auf den Bahnschein nieder. Man schaffte die Bestattungsdose nach der Warte und rief einen Arzt hinzu, der aber nur den infolge eines Schlaganfalles eingetretenen Tod konstatieren konnte.

Die 12. Wahlfortbildungsschule, Derfflingerstraße 18a, sowie die 8. Abteilung des städtischen Gewerbeamtes, Ballaststraße 15, werden nach Beschluß der Deputation für die städtischen Fach- und Fortbildungsschulen nach der 5. Wahlfortbildungsschule bezogen, nach der 2. Abteilung des Gewerbeamtes SW., Hagelberger Straße 84, verlegt und mit den letztgenannten Lehranstalten vom 1. April d. J. an vereinigt. Durch die Verlegung der genannten Lehranstalten ist es möglich, in noch höherem Maße als bisher den stufenweisen Aufbau in den Kursen für die einzelnen Berufe durchzuführen. Es kommen hierbei außer den Lehrfächern für den kaufmännischen Beruf insbesondere die Kurse für das Kunstgewerbe und die Metallarbeiter und zwar für die Maschinenbauer, Präzisions- und Elektromechaniker, Bau- und Kunstschlosser in Betracht. Die Lehrgänge und Gehilfen der erwähnten Berufe finden in Sonntags- und Abendklassen Gelegenheit, sich im Modellieren, Zeichnen, Fachzeichnen und Entwürfen zu üben und zu vervollkommen. Für die theoretische Ausbildung sind dem jeweiligen Bedürfnis entsprechend Kurse für Mathematik und Elektrotechnik vorgesehen. Der Unterricht findet Sonntags von 8-12 Uhr an den Wochenabenden, mit Ausnahme des Sonntagsabends, von 7½-9½ Uhr statt. — Die Anmeldungen für das Sommersemester, das mit dem 6. April d. J. beginnt, nimmt der Leiter der Lehranstalten, Herr Rektor Berndt, SW., Hagelberger Straße 84, täglich während der Sprechstunden entgegen.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin. Der Unterricht in der Nationalökonomie fällt heute (Sonntag) nicht aus; er wird aber pünktlich 11 Uhr geschlossen werden.

Der Unterricht des Genossen Wurm in Naturerkenntnis kann auch an diesem Montag, den 7. März, noch nicht wiederbeginnen. Weiteres wird in der nächsten Sonntagsummer bekannt gegeben.

Der Jugendkursus in Nationalökonomie (Fortschrittsskursus) fällt heute, Sonntag, den 6. März, aus. Die nächste Zusammenkunft findet am Sonntag, den 13. März, statt.

Die Ortsgruppe Berlin der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten veranstaltet am 9. März, abends 8 Uhr in den Arminkassen, Kommandantenstraße 58/59 einen Vortragabend. Dr. Vertold Hirschfeld spricht über: Die Geschlechtskrankheiten in ihren Beziehungen zu Hals, Nase und Ohr. Der Zutritt ist jedermann gestattet.

Im Zoologischen Garten sind kürzlich zwei ebenso seltene als wertvolle Wildarten eingetroffen, die in den Wasserflugfähigen untergebracht worden sind, wo sie von den Besuchern aus nächster Nähe beobachtet werden können. Die bräunlich gefärbten, sehr schmal-schnäbligen Wärmelente stammen aus dem Mittelmeergebiet, wo sie nicht gerade häufig vorkommen, weshalb auch ihre Nässe von den Meeresverhältnissen hoch bewertet werden. Die zierlichen, in der Gefiederfärbung der Bahama-Ente ähnelnden Rotschnabelenten, die in Süd- und Ostafrika leben und ein geschätztes Wildpret liefern, sind das erste Paar ihrer Art, das lebend zu uns gekommen ist. — An diesem Sonntag, dem ersten im Monat März, findet der Eintritt nur 25 Pf.

Im Apollotheater tritt Conrad Dreher in einer neuen Posse „Der Zechpreller“ auf und erhält allabendlich das Publikum bei bester Laune. Als Professor der Botanik kehrt er in Begleitung seiner Tochter in einem Touristenhotel in der Schweiz ein, wo er konstatieren muß, auf der Tour seine Priestertücher verloren zu haben. Das bringt ihn in den Verdacht der Zechprellerei und er wird zur Strafe dafür, um und die Schuld abzubilden zum Hausrecht, Stallrecht degradiert; zum Schluß tritt er obendrein als Exkoler und Schuppplattler auf, kurz er macht die schwersten Sachen. Die Posse ist keine Glanzleistung, aber das Publikum lacht und das ist die Hauptsache. Weshalb unterstützt wird Dreher, der schließlich durch Hanna Niedeck-Proff, die als niedliche Professorstochter den Erfolg des Abends herbeiführen hilft.

Seugengeluck. Personen, die am 27. Januar, früh 8 Uhr, gesehen haben, wie vor dem Hause Nauwandstraße 10, Ede Wallertheaterstraße, eine ältere Frau durch Glätte zu Fall kam, werden um Angabe ihrer Adressen an Frau Wünschmeier, Markstraße 24, Hofpartier, gebeten.

Arbeiter-Samaritaner-Kolonie. Montag abend 9 Uhr: 2. Abteilung, Brunnenstr. 184. Vortrag über: Gefährliche Krankheitszustände mit praktischen Übungen.

Vorort-Nachrichten.

Die Gemeindevahlbewegung.

Ober-Schöneweide. Eine kurz beschriebene öffentliche Gemeindevahlerversammlung nahm zu den bevorstehenden Wahlen Stellung. Genosse Grünow berichtete eingehend über die Tätigkeit der Gemeindevahlbewegung und die Stellungnahme der sozialdemokratischen Vertreter zu den einzelnen Vorgängen. Ausführlich behandelte er die Eingemeindungsvorgänge, die Finanz-, Steuer-, Polizei- und Schulverhältnisse des Ortes, dabei vor Augen führend, wie in den allermeisten Fällen die bürgerlichen Vertreter eine Stellung einnahmen, welche mit den Interessen der Allgemeinheit schwer in Einklang zu bringen sei. Zu den bevorstehenden Wahlen übergehend, empfahl der Referent, sich diesmal nicht in dem Gedanken zu wiegen, daß ein Sieg unserer Kandidaten außer allem Zweifel sei. Nach seinen Informationen ständen diesmal Bürgerverein, Katholischer Volksverein und gelbe Arbeitervereine der Sozialdemokratie gegenüber. Pflicht aller Arbeiter sei es, solchen Verrat an der Arbeiterklasse abenden Vereinigungen am 10. März zu zeigen, daß sie ihre Hoffnungen ohne die Arbeiterklasse gemacht haben. Als Kandidaten wurden die Genossen Muth und Imberg aufgestellt.

Witz-Budow. Morgen Montag findet die Gemeindevahl der dritten Klasse statt. Es ist Pflicht jedes Arbeiters sein Wahl-

recht auszuüben. Gewählt wird von 2 bis 7 Uhr im Lokal von Stadtpark, Schauffstraße 39. Versetze sich jeder mit Legitimation und erscheine so früh als möglich. Die Leser des „Vorwärts“ werden erücht, in Witz wohnhafte Kollegen, Freunde usw. auf ihre Wahlpflicht aufmerksam zu machen.

Langwig. Die Eraywahl zur Gemeindevahl für die dritte Klasse findet am Dienstag, den 8. März, von 11 bis 1 und 3 bis 7 Uhr in der Turnhalle des Realgymnasiums statt. Pflicht jedes Genossen und Arbeiters ist es, bis zum Tage der Wahl für den Sieg des sozialdemokratischen Kandidaten, des Maurers Otto Franke Sorge zu tragen.

Am Freitag fand im Restaurant Schulz eine öffentliche Gemeindevahlerversammlung statt, in der Genosse Grauer über die „Sozialdemokratie in der Kommune“ referierte. Redner entledigte sich seiner Aufgabe in befriedigender Weise. Genosse Nadide als derzeitiger Gemeindevahlerepräsentant einigte sich mit der Praxis des Gemeindeparsaments. Die Versammelten stimmten geschlossen für den aufgestellten Kandidaten Otto Franke. Noch einigen aufmunternden Worten des Vorsitzenden, Genossen Anders, fand die Versammlung ihr Ende.

Friedrichshagen. Ueberrnorgen, Dienstag, den 8. März, von nachmittags 5-8 Uhr, findet im Brauereiausgang, Seefr. 23, die Gemeindevahl der dritten Klasse im zweiten Bezirk statt. Kandidat ist der bisherige Vertreter Otto Barth. Pflicht der Parteigenossen ist es, eifrig für die Wahl zu agitieren und alle Säumnigen zur Stimmabgabe heranzuziehen, damit unser Kandidat mit überwältigender Majorität gewählt wird; denn die Gegner sind ebenfalls eifrig an der Arbeit. Von der Bürgerpartei (rätiger: nationalliberale Partei) ist ein Herr Zeltz, „Registrator im Großen Generalstab“, als Kandidat für die dritte Klasse aufgetreten. Es darf darum kein Arbeiter, kein Parteigenosse der Wahl fernbleiben in der Annahme, daß und der Sieg doch sicher sei, sondern sie müssen geschlossen ihre Stimme abgeben für Otto Barth. Die Wahlparole muß sein: die dritte Klasse gehört der Sozialdemokratie! — Der zweite Bezirk umfaßt folgende Straßen: Dreifspromenade, Velleuestraße, Kaiserstraße, Kasanienallee, Kirchstraße, Königstraße, Kurze Straße, Neu-Kamerun, Vollandstraße, Rohndorferstraße, Schornweberstraße, Seefr. 23, Spritzenweg, Viktoriastraße, Waldowstraße, Wasserwerke und Kolonie Hirschgarten. Auf zur Wahl!

Wahlendorf (Dübahn). Die Termine für die bevorstehenden Wahlen zur Gemeindevahl sind wie folgt festgelegt: die dritte Klasse wählt am Mittwoch, den 9. d. M., nachmittags 5 bis 9 Uhr. Kandidaten unserer Partei sind die Genossen Albert Schmidt und Oswald Schumann. Die zweite Klasse wählt am Donnerstag, den 10. d. M., nachmittags von 5 bis 8 Uhr. Kandidat unserer Partei ist der Genosse Hugo Scheibe. An der Wahl in der ersten Klasse beteiligen wir uns nicht. Wahllokal ist Brandts Restaurant, Bahnhofstr. 33. — Unsere Gegner machen die größten Anstrengungen, um den Sieg an ihre Fahnen zu heften. Der Hausbesitzerverein, welcher sich aus den unterschiedlichsten Elementen zusammensetzt, hat in allen drei Klassen Kandidaten aufgestellt, wobei er es nicht verschmäht hat, auf Personen zurückzugreifen, die noch bis vor zwei Jahren als sozialdemokratische Gemeindevahlerepräsentanten tätig waren. Wenn die Herren glauben, damit Stimmengang betreiben zu können, so setzen sie dabei jedenfalls voraus, daß die Urteilsfähigkeit der übrigen Wähler gerade so gering ist wie ihre eigene. Die große Klasse der Wähler wird den Herren am Wahltage zeigen, daß sie solche Heberläufer für unsichere Kantonisten hält, denen man kein Mandat anvertrauen darf. Auch der Grundbesitzerverein zieht mit zwei Kandidaten ins Feld, von denen sich früher einer ebenfalls zur Sozialdemokratie rechnete.

Daß sie bei der Agitation die kleinlichste Bezirks- und Viertelpolitik treiben, nimmt weiter nicht Wunder, weiß doch jedermann zur Genüge, wie wenig diese Gruppen imstande sind, sich zu einer vernünftigen, den Interessen der Allgemeinheit dienenden Politik aufzuschwingen. Aber die kampfhaften Anstrengungen, welche von jener Seite gemacht werden, um uns den Sieg streitig zu machen, werden unsere Genossen veranlassen, die kurze Spanne Zeit, welche uns noch von der Wahl trennt, zu intensiver Agitation auszunutzen, um auch in diesem Kampfe einen vollen Erfolg auf unsere Seite zu bringen.

Nieder-Schönhausen. Die Wahlen zur Gemeindevahl finden, wie jetzt bekannt wird, für die dritte Wählerklasse am Montag, den 14. März, von 11 bis 8 Uhr abends statt. Zu wählen sind zwei Hausbesitzer.

Parteigenossen! Die Agitation muß bis zum Tage der Wahl energisch betrieben werden, damit es uns gelingt, unsere beiden Kandidaten in das Dorfparsament hineinzubringen. Die Wahlzeit ist so festgesetzt, daß es jedem Wähler möglich ist, seine Stimme abzugeben.

Voghen-Rummelsburg. Juden Gemeindevahlerepräsentanten am Dienstag, den 8. März, findet heute Sonntag früh 8 Uhr die Austragung der Wahlauforderungen in Anwesenheit von folgenden Lokalen aus statt. Für den 1. Wahlbezirk von Kumbich, Grünberger Str. 16; für den 4. Wahlbezirk von A. Schmidt, Alt-Voghen 25; für den 5. Wahlbezirk von Blume, Alt-Voghen 56 und für den 7. Wahlbezirk von Handreit, Veflungstraße 23.

Die Wahlen für die zweite Wählerklasse finden am Mittwoch, den 9. März, von mittags 1 Uhr bis abends 8 Uhr statt. Diejenigen Parteigenossen, welche sich an den Wahltagen von der Arbeit freimachen können, werden gebeten, sich im Wahlbureau bei Blume, Alt-Voghen 56, am Dienstag um 1 Uhr und am Mittwoch um 12 Uhr mittags einzufinden. In Anbetracht der Wichtigkeit der Wahlen muß erwartet werden, daß die Parteigenossen recht zahlreich und pünktlich zur Wahlarbeit erscheinen. Das Wahlkomitee.

Pankow. Unter besonders erswerenden Umständen sind in diesem Jahre die Gemeindevahlen für unseren Ort auszufechten. Ob man glaubt hat, sich gerade diesmal nach einem Entschluß des Oberverwaltungsgerichts richten zu müssen, wonach die Verbindung von Ergänzungs- und Eraywahlen in einer Wahlhandlung nicht zulässig ist, oder ob man aus anderen näherliegenden Gründen von dem bisher hierorts geübten Brauch, diese Wahlen miteinander zu verbinden, abgesehen ist, das läßt sich schwer ergründen. Jedenfalls müssen die Wähler der dritten Abteilung diesmal in beiden Wahlbezirken an zwei aufeinanderfolgenden Tagen an den Wahllokalen treten. Am 16. März werden in dieser Abteilung die Ergänzungs wahlen und am darauffolgenden Tage, den 17. März, die Eray wahlen vollzogen. Durch diesen Umstand wird das Wahlgeld infolge des dadurch erforderlichen doppelten Aufwandes an Mitteln und Arbeit ganz wesentlich erschwert. Auch bei der Bestimmung des Wahllokals für den heiß umstrittenen ersten Wahlbezirk scheint man diesmal der eigenartigen Auffassung gewogen zu sein, daß es für die Wähler „bequem“ sei, wenn sie, statt wie bisher, im Zentrum dieses Bezirks (im Lokal „Zum Kurfürsten“, Weikner Str. 102) an der äußersten nördlichen Grenze desselben (im Restaurant Pringle, Weikner Str. 34) zur Wahl erscheinen. Welche Gründe für diese Maßnahme abgemalt haben, entzieht sich ja der öffentlichen Kenntnis, doch liegt die Vermutung nahe, daß man es

hier mit einer besonderen „Wahlstrategie“ zu tun hat, an welcher der bürgerliche Wahlsinn wohl vielleicht nicht ganz unschuldig ist. Wenn auch die Wahlzeit von vormittags 11 bis abends 8 Uhr angelegt ist, so wird dennoch den vorgerückten Abendstunden von ihren Arbeitsstätten heimkehrenden Wählern der Aldermarkt, Kaiser Friedrich und der umliegenden Straßen durch die Verlegung des Wahllokals nach der Weiknerstraße die rechtzeitige Erreichung desselben — es handelt sich um einen etwa halbstündigen Weg — sehr erschwert. Ob hier tatsächlich eine bestimmte Absicht vorliegt, mag dahingestellt sein; jedenfalls gibt die sonderbare Maßnahme einer solchen Vermutung Raum. Konzentrieren die Bürgerlichen doch gerade in diesem Wahlbezirk ihre ganze Kraft angesichts der Tatsache, daß es ihnen im Vorjahre unter dem Einfluß der damaligen bedauerlichen Vorgänge im hiesigen Parteileben gelang, die Sozialdemokratie zweimal kurz hintereinander zu schlagen. Unsere Parteigenossen werden aus der geschilderten Sachlage ersehen, wie schwer sich der diesmalige Wahlkampf gestalten und wie notwendig es ist, daß jeder einzelne nicht nur an den beiden Wahltagen zur Stimmabgabe erscheint, sondern auch überall wo es Rot tut und die Aufforderung an ihn ergeht, tätig mit Hand anlegt. Vor allem aber heißt es jetzt, einig und geschlossen dem wahren und gemeinsamen Gegner entgegenzutreten. Es kann nicht Aufgabe der Pankower Genossen sein, durch Uneinigkeit und Zwist in den eigenen Reihen den bürgerlichen Gegnern abermals einen billigen Sieg zu bereiten. Es müssen jetzt alle etwaigen persönlichen Meinungsverschiedenheiten, vor allem die aus den Vorgängen des Vorjahres vielleicht noch hier oder dort vorhandenen Bestimmungen vor dem allgemeinen Parteieresse zurücktreten. Wenn letzteres geschieht und wenn jeder an seiner Stelle und an seinem Teile seine volle Pflicht und Schuldigkeit tut, dann muß und wird es auch gelingen, die oben gekennzeichneten Wählerkreise mit Leichtigkeit zu überwinden und der Partei auch bei den Pankower Gemeindevahlen am 16. und 17. März einen glänzenden Sieg zu sichern.

Zegel. Am Dienstag, den 8. März, findet im „Alten Krug“, Hauptstr. 14, die Gemeindevahlerepräsentantenwahl für die dritte Klasse statt. Als Kandidaten sind aufgestellt die Genossen Rudolf Arendsee und Karl Madung. Die Wahlzeit ist von vormittags 10 Uhr bis abends 8 Uhr festgesetzt. Es ist somit jedem Wähler die Möglichkeit gegeben, seine Stimme abzugeben. Wer es irgend möglich machen kann, finde sich bereits um 10 Uhr im Wahllokal ein, damit es möglich ist, im Wahlbureau vertreten zu sein.

Das Wahlbureau der sozialdemokratischen Partei befindet sich beim Genossen Dalfes, Brunowstr. 23. Dort mögen sich alle Genossen und Genossinnen einfinden, welche am Wahltage helfen können.

Agitiere jeder bis zum Wahltage, damit unsere Kandidaten mit einer imposanten Stimmenzahl gewählt werden.

In einer von über 600 Personen besuchten Versammlung referierte Genosse Dupont über sozialdemokratische Gemeindepolitik. Redner kritisierte in scharfen Worten die Massenbrutalität in den preussischen Gemeinden, welche die Wahlen zu einer Karikatur von Vertretung der Gemeindeangehörigen mache. In großen Zügen entwickelte Genosse Dupont die Tätigkeit der Sozialdemokratie in den Gemeinden. Um die sozialpolitischen Aufgaben voll und ganz zu lösen, sei es notwendig, daß am Wahltage jeder seine Pflicht erfüllt. Dem Redner wurde reichlich Beifall für seine Ausführungen gezollt. In der Diskussion beteiligten sich die Genossen Dalfes und Voeste. Letzterer teilte mit, daß die Hausbesitzerpartei versucht habe, unseren Kandidaten, Genossen Madung, zu bewegen, nicht für die Arbeiterklasse zu kandidieren. Genosse Madung lehnte dies eigentümliche Ansuchen natürlich ab. Hierauf hielt Genosse Arendsee noch eine Ansprache an die Versammlung, in der er die Situation in der Gemeindevahlverwaltung schilderte und zum Schluß betonte, daß ein größerer Einfluß der Arbeiterschaft dringend notwendig sei.

Es sei hier noch mitgeteilt, daß die Stimmabgabe um 8 Uhr geschlossen wird, wer also wählen will, muß um 8 Uhr seine Stimme abgegeben haben.

Charlottenburg.

Auf dem Massenball des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes im „Volkehause“ ist verheerend ein Damenstreich herausgekommen worden. Es wird gebeten, denselben im Verbandsbureau, Köpenickerstraße 8 abzugeben. Frau Dunge.

Rixdorf.

Zur Einschränkung der Diebstähle in den Schulhäusern soll nach einem Beschluß der Schuldeputation dem Publikum in Zukunft das Betreten derselben nur noch während der Zeit der Sprechstunden der Direktoren gestattet werden. Die Schuldiener sollen Anweisung erhalten, während der Sprechstunden stets im Schulgebäude anwesend zu sein und das Publikum streng zu überwachen. — Von der angeregten Verlegung des Schulbeginns an den Montagen von 7 auf 8 Uhr vormittags soll abgesehen werden.

Ober-Schöneweide.

Gemeindevahlerepräsentation. Der Antrag unseres Genossen Grünow betreffend Abänderung einer Petition an das Haus der Abgeordneten um Abänderung der Wahlrechtsvorlage fand, nachdem in der letzten Sitzung die Dringlichkeit abgelehnt war, erneut auf der Tagesordnung. Genosse Grünow suchte an den Ergebnissen der letzten Wahlen den Einwand zu zerstreuen, daß hierbei keine tatsächlichen Interessen in Frage kämen. Schon die ungerechte Wahlkreis-einteilung beruhe gerade die Interessen von nicht bevölkerten Industrie- und Gewerbeorten ganz gewaltig, was die auf die einzelnen Kreise entfallende Urwählerzahl beweise. Zudem müsse die neueste Vorlage die Unterstützung jedes nur einigermaßen freirechtlich und gerecht denkenden Menschen herausfordern und es dürfe sich hier niemand hinter Kompetenzfragen verstecken, wie es der Gemeindevahlerepräsentant, indem er eine event. Petition aus diesem Grunde nicht zur Ausführung zu bringen erklärt habe. Tatsache sei es ja leider, daß alle sogenannten Bürgerlichen sich in der Rolle politischer Aufwächter gefielen. Waren schon in der letzten Sitzung alle Vertreter stumm geblieben, so vermochten auch diese Anpassungen nicht, auch nur ein Wort von irgend jemand herauszulassen, ein Vorgang, wie er wohl noch bei keiner zur Debatte stehenden Sache vorgekommen ist. Bei der Abstimmung fand sich auch nicht eine Raumesseele, welche dafür stimmte. Wenn es sich um Kanalisationsabgaben oder sonstige die Herren angehende Grundbesitzerangelegenheiten handelte, werden sie allerdings gesprächiger. Eine nette Sorte Politiker. Bei den kommenden Wahlen zur Vertretung wird die Arbeiterschaft den Herren die Quittung geben.

Erfter.

Bei einem verhängnisvollen Unfall kam der Bootsbauer Hans Spindler aus Wolterdors schwer zu Schaden. Er war in Berlin gewesen und benutzte den letzten Abendzug, um nach Erfter zurückzufahren. In Erfter angekommen, öffnete er in dem Stauben, der Zug stehende bereits, die Kuppel. Im nächsten Augenblick wurde er aus dem Zug herausgeschleudert. Vermunntlos blieb er auf den Gleisen liegen. Der Verunglückte hatte eine schwere Gehirn-erschütterung und anscheinend auch erhebliche innere Verletzungen erlitten.

Nowawes.

Bernünftige Polizei. Einen Straßenzug genehmigt hat die hiesige Polizei für den heutigen Sonntag. Der Zug geht vom Versammlungslokal in der Wilhelmstr. 41/43 durch die Linden-, Plantagen-, Leising-, Umland-, Goethestraße über den Plantagenplatz, die Turm- und Priesterstraße bis zum Singerschen Lokal, wo die Auflösung erfolgt.

Jugendveranstaltungen.

Stallh. Die freie Jugendorganisation unternimmt heute Sonntag einen Ausflug nach den Hagenbergen. Treffpunkt: Kaiserliche Friedenan. Abmarsch pünktlich 10 Uhr. Fahrgeld 30 Pf. Alle Jugendlichen sind hierzu herzlich eingeladen.

Gerichts-Zeitung.

Zum § 153 der Gewerbeordnung.

Im Frühjahr vorigen Jahres war bei dem Klempnermeister Jeglin ein Streit ausgebrochen. Dieser wollte die Löhne herabsetzen und entließ darauf, nachdem seine Arbeiter hierauf nicht eingingen, diese sämtlich. Lediglich einem einzigen Arbeiter Rindfleisch, der bis dahin in der Werkstatt gearbeitet hatte, behielt Jeglin, um ihn an Stelle der entlassenen Kumpelmeister zu beschäftigen. Auch Rindfleisch hatte anfänglich den Ausgesperrten versprochen, zu keinem niedrigeren Lohnsatz als bisher zu arbeiten. Er hielt jedoch sein Versprechen nicht ein. Der Angeklagte, Klempner Hoffmann, soll nun dem Rindfleisch zugeredet haben, seine Zusage zu erfüllen und dabei gesagt haben, Rindfleisch handele ehlos, wenn er den Kollegen in den Rücken falle; er sei ein Streikbrecher. Auch soll Angeklagter einen Zettel an den Bau, auf dem Rindfleisch arbeitete, angeliebt haben, des Inhalts, die auf diesem Bau beschäftigten Klempner sind Streikbrecher. Das Schöffengericht Rixdorf verurteilte hierfür den völlig unbefähigten Angeklagten zu drei Monaten Gefängnis wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung und Beleidigung. Die Strafkammer bestätigte auf die Berufung Hoffmanns das Urteil hinsichtlich der Schulfrage, setzte jedoch die Strafe auf zwei Wochen Gefängnis herab. Das Kammergericht hob auf Revision Rindfleischs das Urteil auf und stellte dabei Rechtsgrundsätze von erheblicher Tragweite auf. Wäre die vom Kammergericht hier vertretene Rechtsauffassung nicht herrschend gewesen, so hätten zahlreiche Verurteilungen nicht erfolgen können. Das Kammergericht vermehrte zunächst eine Feststellung darüber, ob Jeglin vertraglich zu einer Lohnherabsetzung befugt war oder nicht. In letztem Falle, also wenn die Arbeiter nur die Erfüllung bestehender Vertragspflichten erstrebten, müsse § 153 ausscheiden. Vor allem aber komme in Betracht: Die Strafkammer führe aus, daß Jeglin seine Arbeiter ausgesperrt habe. § 153 verlange aber nicht nur, daß die Arbeiter sich verabreden, günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erlangen, sondern auch, daß die dies Ziel verfolgenden Verabredungen sich bestimmter Mittel, insbesondere des Mittels der Einstellung der Arbeit bedingen. Dies aber sei von der Strafkammer nicht festgestellt. Das bloße Uebereinkommen der Arbeiter, auf die Herabsetzung nicht einzugehen, enthalte solche Verabredung, mittels Einstellung der Arbeit auf den Arbeitgeber einzuwirken, nicht. Mit dem geschlossenen Uebereinkommen wäre es vereinbar, wenn die daran beteiligten Arbeiter beispielsweise in Aussicht genommen hätten, im Klagewege gegen Jeglin vorzugehen oder sonst auf eine Aenderung seiner Absichten bezüglich der Lohnherabsetzung hinzuwirken. Diese Tatsache liege offenbar vor. Denn zu einer Einstellung der Arbeit auf Seiten der Gesellen sei es nach der Feststellung der Strafkammer nicht gekommen, die Arbeiter seien vielmehr von Jeglin entlassen, offensichtlich, weil er von dem erwähnten Uebereinkommen der Arbeiter Kenntnis erhalten hatte. — Am Donnerstag wurde nunmehr die Sache wiederum vor der Strafkammer verhandelt. Auf die Frage des Verteidigers, des Rechtsanwalts Dr. Heinemann, erklärte Rindfleisch hier, daß er sich durch die Worte Hoffmanns gar nicht beleidigt gefühlt habe. Er habe den Strafantrag nur gezwungen gestellt. Ein Verurteilung Jeglins habe ihm, als er ihm von der Neuherstellung Hoffmanns Mitteilung gemacht habe, gesagt: „Sie werden jetzt wissen, was Sie zu tun haben.“ und sei mit ihm zur Polizei gegangen. Er habe darin das Verlangen, dem er sich fügen mußte, gesehen, Strafantrag zu stellen. Der Staatsanwalt beantragte wiederum eine zweiwöchige Gefängnisstrafe, indem er das Verlangen aus § 153 der Gewerbeordnung für vorliegend hielt. Das Gericht verneinte jedoch auf Grund der Ausführungen des Kammergerichts das Vorliegen des § 153 der Gewerbeordnung und verurteilte Hoffmann wegen einfacher Beleidigung zu 30 M. Geldstrafe. Von der Anklage aus § 153 wurde Hoffmann freigesprochen.

Verurteilte Interessen der Gewerkschaftspresse.

Wichtig für die gewerkschaftliche Presse ist ein Prozeß, den der Dreher Eduard Willing gegen den Genossen Scherm als verantwortlichen Redakteur der „Metallarbeiter-Zeitung“ angestellt hatte und der am Mittwoch vor der 4. Strafkammer des Landgerichts Berlin III als Berufungsinstanz entschieden wurde. Willing war Mitglied des Metallarbeiterverbandes gewesen. Er hatte mit seinen Mitarbeitern eine Differenz, wurde von diesen vor die im Statut vorgesehene Kommission geladen, kam aber nicht und trat aus dem Verbands aus. Deshalb wurde er statutengemäß für nicht wiederzunehmefähig erklärt und dies wurde in Nr. 28 der „Metallarbeiter-Zeitung“ vom 10. Juni 1909 in der üblichen Form veröffentlicht. „Für nicht wiederzunehmefähig: Auf Antrag einer Untersuchungskommission in Berlin: Der Dreher Emil Willing . . . wegen unkollegialen Verhaltens und Denunziation.“

Im Gebrauch des Wortes „Denunziation“ hatte das Amtsgericht Wedding eine Beleidigung gesehen, weil das Wort ohne Rücksicht auf die Umstände immer beleidigend wäre. Scherm war zu 10 M. verurteilt worden. Hiergegen legte er Berufung ein, die in der Hauptverhandlung zweiter Instanz durch Rechtsanwaltschaft Wolfgang Heine vertreten wurde. Als Zeugen wurden zwei frühere Mitarbeiter des Klägers vernommen. Aus den Verurteilungen derselben und den eigenen Angaben des Klägers ergab sich folgendes:

Der Kläger war zu einer Verurteilung verurteilt und hatte sich bei dem Vorkarbeiter in einer Postkarte entschuldigt, die durch irgend etwas den Spott seiner Kollegen hervorgerufen hatte. Von unbekannter Hand wurde die Postkarte über seinen Arbeitsplatz genagelt. Darüber war er so entrüstet, daß er von „Spitzhunden“ und „Salunten“ sprach, und als er darauf zur Rede gestellt wurde, seinen Austritt erklärte. Er will auch noch von den anderen gehänselt worden sein. Beim Weggange des Abends vermisste er seinen Hut und bezichtigte drei Kollegen, daß sie ihm den Hut weggenommen hätten. Diese Bezichtigung wiederholte er dann auch vor dem Werkmeister, obgleich der Hut, der auf einem falschen Nagel gehangen hatte, sich längst vorgefunden hatte. Der Werkmeister stellte die Beschuldigten zur Rede, weshalb sie gegen den Kläger „agitierten“. Irrenden Beweis, daß die Verurteilten ihn den Hut verstit hätten, konnte Willing nicht bringen.

Der Verteidiger verlangte Freisprechung, einmal weil die „Denunziation“, und zwar eine für die Kollegen des Klägers recht gefährliche, erwiesen sei, dann aber auch auf Grund der Statuten des Metallarbeiterverbandes. Die „Metallarbeiter-Zeitung“ müsse als Publikationsorgan des Verbandes detarielle Einblendungen für die Mitglieder aufnehmen. Diese geschäftlichen Mitteilungen erfolgten in Vertretung berechtigter Interessen, zu deren Wahrung der Redakteur speziell beauftragt und angestellt wäre.

Das Gericht sprach den Angeklagten frei und legte dem Kläger die Kosten auf. Es hielt zwar nicht für erwiesen, daß Willing eine „Denunziation“ begangen hätte, wohl aber daß die Zeugen eine solche Denunziation annehmen mußten und angenommen hätten, und daß Willing wegen Denunziation für nicht mehr aufnahmefähig erklärt worden wäre. Die Mitteilung der Tatsache dieses Beschlusses in dem dazu bestimmten Publikationsorgan erfolgte in Wahrung berechtigter Interessen und sei keine Beleidigung.

Ein Autoschieberprozeß

Beschäftigte gestern in einer längeren Verhandlung die 1. Strafkammer des Landgerichts II. Angeklagt wegen Betruges in mehreren Fällen war der Direktor der Berliner Automobilreisegesellschaft, der Kaufmann Karl Nathanski. — Der schon wegen Eigentumsübergehen vorbeistraste Angeklagte, welcher in enger Fühlung mit dem in dem kürzlich verhandelten Autoschieberprozeß Dr. Straßmann u. Genossen verurteilten Angeklagten steht, wird beschuldigt, in mehreren Fällen wertvolle Automobile angekauft und dafür wertlose Hypotheken und Wechsel in Zahlung gegeben zu haben. So kaufte er unter anderem von einem Herrn G. ein Automobil im Werte von 10000 M., für welches er einen von einem Freiberger von Verfall und einem anderen Offizier akzeptierten Wechsel und zwei Hypotheken in Zahlung gab. Die Hypotheken stellten sich später als völlig wertlos heraus, der Wechsel wurde nicht eingelöst. Aussteller und Akzeptant leisteten den Offenbarungszeit. Allerdings trat später die Familie des von G. zum Teil für den entstandenen Schaden ein. — In einem anderen Falle gab Nathanski ebenfalls eine wertlose Hypothek in Zahlung. Bei einem Automobilkauf gab der Angeklagte ein Akzept eines Kaufmanns Kraß in Wilmerdorf in Zahlung, von dem er besonders betonte, daß dieser Reserveoffizier sei und in den glänzendsten Vermögensverhältnissen lebe, obwohl er genau wußte, daß Kraß vermögenslos war und den Wechsel schon im Jahre 1907 nicht eingelöst hatte. — Im Hintergrunde dieser unsauberen Geschäfte soll als „Hauptschieber“ ein Kaufmann Fiebelstein stehen, der jedoch zurzeit nicht ermittelt werden kann. — Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von 2 Monaten. Das Gericht ging jedoch mit Rücksicht auf die Vorstrafen des Angeklagten und die hohen Objekte über diesen Antrag hinaus und erkannte auf 4 Monate Gefängnis bei sofortiger Verhaftung. Das Gericht beschloß jedoch auf einen dahingehenden Antrag nach Einzahlung einer Kaution von 4000 M. den Haftbefehl aufzuheben.

Eine Wurst als Bestechungsmittel.

Wegen versuchter Bestechung und Beleidigung mußte sich der Schlächtermeister Julius Kaufmann gestern vor der 4. Strafkammer des Landgerichts I verantworten. Der Angeklagte betreibt in der Comarstraße ein Schlächtereigenschaft, in welchem am 8. Januar dieses Jahres noch nach 19 Uhr eine Kundin erschien, um Einkäufe zu machen. Dies war von dem Schupmann Krüger bemerkt worden, der den Angeklagten auf die von ihm begangene Übertretung aufmerksam machte. Der Angeklagten ergriff eine auf dem Latentisch liegende Wurst und eilte hinter dem Schupmann her. Als er ihn erreicht hatte, schob er ihm die Wurst unter den Arm mit dem Bemerkten, daß er sie schmecken lassen solle. Der Schupmann gab ihm das appetitliche Bestechungsobjekt sofort wieder zurück. Die Folge dieser etwas unüberlegten Handlungsweise war die jetzige Anklage. Vor Gericht war K. bezüglich des Bestechungsversuchs geständig, bestritt aber jemals die Absicht gehabt zu haben, den Beamten zu beleidigen. Das Gericht erkannte auch nur wegen versuchter Bestechung mit Rücksicht auf die bisherige Unbedenklichkeit des Angeklagten auf eine Geldstrafe von 30 M.

Warnung vor Taschendieben großer Unfug!

Was ein preuhischer Staatsanwalt manchmal als groben Unfug anzusehen beliebt, zeigt folgender Vorfall: Die „Niederländische Zeitung“ in Gochl hatte kurz vor Weihnachten eine Kritik gebracht, in der sie das Publikum bei den Weihnachtsbesuchen vor Taschendieben warnen, da solche Diebstähle im Gedränge wiederholt vorgekommen seien. Nach einigen Wochen wurde der verantwortliche Redakteur des Blattes vor die Polizei gillert, wo ihm eröffnet wurde, daß die Polizei bisher keinen Diebstahl feststellen konnte, und er auf Antrag der Staatsanwaltschaft wegen Verübung groben Unfugs zu einer Strafe von 15 M. verurteilt sei. In der schöffengerichtlichen Verhandlung gelang es dem angeklagten Redakteur nachzuweisen, daß tatsächlich einige Diebstähle vorgekommen seien. Das Gericht erklärte, daß auch ohne diesen Nachweis der Angeklagte straffrei bleibe. Es sprach ihn frei und legte sämtliche Kosten der Staatskasse auf.

Notwehr gegen einen Arbeitswilligen Krafbar!

Zu diesem eigenartigen Ergebnis gelangte die Strafkammer in Pr. Stargard in einer vor kurzem verhandelten Anklage gegen die Böttcher W. Jodel und Turner zu Pr. Stargard. Im Juni vergangenen Jahres reichten die bei der Spiritusfabrik und Sognalrennerei H. A. Winkelhausen zu Pr. Stargard beschäftigten Böttcher nach Feierabend in einem Bierlokal und unterhielten sich über die schwebende Angelegenheit. Plötzlich stürzte der Böttcher Spitzkeil in dem Raum auf den abnunglos dastehenden Jodel mit den Worten zu: Dich Hund habe ich schon lange gestreut und packt S. an der Gurgel und würgt ihn. Jodel wehrte den Spitzkeil von sich ab, dabei wurde er von dem Böttcher Turner unterstügt. Spitzkeil kam zu Fall und fiel gegen einen Flaschenbierkasten. Er trug eine Augenverletzung davon, die ihn eine Woche arbeitsunfähig machte. Der Staatsanwalt brachte diese Angelegenheit mit dem mehrere Tage später ausgebrochenen Streit, bei dem Spitzkeil als Arbeitswilliger stehen blieb, in Verbindung. Die Strafkammer verurteilte W. Jodel zu 4 1/2 Monat und Turner zu 2 Monaten Gefängnis! — Gegen dies gefundenes Rechtsempfinden empörende Urteil ist selbstverständlich Revision eingelegt.

Die betrogene Schumannsbraut.

Vom Landgericht Koblenz ist am 28. Oktober v. J. der frühere Schumann, jetzige Handelsmann Karl Fischer wegen Betruges zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Als er 1907 noch Sergeant in Koblenz war, verlobte er sich mit Fräulein S. und versprach ihr, sie nach der Festzeit 1908 zu heiraten. Den Eltern sagte er, er werde aus dem Regimente austreten und zur Gendarmerie übergehen, die Heiratskaution werde er aus eigenen Mitteln beschaffen und das bei der Kompagnie hinterlegte Geld könne seine Braut zur Anschaffung von Möbeln verwenden. Schließlich meldete er das Aufgebot an, bestellte es aber am nächsten Tage wieder ab, angeblich weil er seine Papiere noch nicht bekommen habe. Gleichzeitig teilte er seiner Braut mit, er müsse die Heirat verschieben, weil er erst noch die Gendarmereischaule besuchen müsse. Er reiste dann ab, wiederholte sein Ehebversprechen und erhielt von seiner Braut Geschenke und Nahrungsmittel zugesandt. Schließlich mußte sie ihm noch 150 M. senden, welche Summe ihm angeblich zur Heiratskaution fehlte. Im Juli 1908 wurde er in Halensee bei Berlin als Schumann angestellt. Ende August bat er seine Braut um 40 M., damit er sie in Koblenz besuchen könne. Er reiste dann zu ihr und kehrte später nach Schöneberg zurück, wo er inzwischen Schumann geworden war. Von nun an schrieb er seltener und kurz vor dem 1. Oktober 1908 schrieb er der Braut, er könne sie nicht heiraten. Am 14. Oktober gab die S. ein Hind, dessen Vater der Angeklagte war. Bald darauf erfuhr sie, daß der Angeklagte inzwischen eine andere geheiratet hatte. Um die schon erwähnten 150 und 40 M. sowie weitere 30 M. soll Fischer die S. betrogen haben, da sie das Geld nicht gegeben haben würde, wenn sie gewußt hätte, daß er sie nicht heiraten wolle. Auf die Revision des Angeklagten hob am Freitag das Kammergericht das Urteil wegen eines prozessualen Verstoßes auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück.

Spielschulden und Schadenersatz.

Eine interessante Schadenersatzklage, die auf Erschleichung eines nicht rückforderbaren Spielbuchs basiert, lag kürzlich dem Reichsgericht zur Entscheidung vor.

Der in Liquidation befindliche „Club von 1900“ zu Berlin klagt gegen einen Amerikaner K. in Berlin auf Rückzahlung eines Darlehens von 10000 M., das er dem Beklagten bei einem Glüdspiel gewährt hatte. Der Verein ist zu dem Zweck gegründet worden, um seinen Mitgliedern ein Glücksspiel mit außerordentlich hohen Einsätzen zu gewähren. Es wurden deshalb statutenmäßig Darlehne gewährt, entweder in bar oder in Zetteln, die von der Klubkasse gegen bar wieder eingelöst wurden. Der Beklagte bestreitet seine Zahlungspflicht, weil derartige Verträge nach § 138 des Bürgerlichen Gesetzbuches nichtig seien und weil auch die Rückgewähr des auf Grund der nützigen Verträge vom Kläger geleisteten nach § 817 Satz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuches nicht beansprucht werden könne.

Das Kammergericht zu Berlin hatte diese Einrede für begründet erachtet und den Kläger abgewiesen. Gegen das Urteil des Kammergerichts hat der Kläger Revision beim Reichsgericht eingelegt und unter anderem geltend gemacht, für die Anwendung von § 138 des Bürgerlichen Gesetzbuches sei nicht Raum, solange nicht feststehe, daß der Beklagte das geliehene Geld verpielt habe. Das gleiche gelte auch deshalb, weil der Beklagte erklärt habe, er sei im Besitz der Mittel und habe das Geld nur augenblicklich nicht zur Verfügung. Diese Einwendungen weist das Reichsgericht zurück: Die Gewährung der Darlehne durch den Kläger habe gegen die guten Sitten verstoßen wegen des Zweckes, der damit verfolgt worden sei. Ob das nachfolgende Spiel des Beklagten erfolgreich oder erfolglos gewesen sei, bleibe für die Bedeutung der Handlungsweise des Klägers gleichgültig. Ebensovienig sei es ausfallgebend, ob der Empfänger des zum Zweck der Unterstützung zu übermäßigem Glücksspiel gegebenen Geldes für bestimmte gehalten wurde oder nicht.

Andererseits aber hatte der Kläger den Anspruch auf Rückzahlung der 10000 M. nach auf den Rechtsgrund der arglistigen Täuschung gestützt. Denn der Beklagte habe auf einem Scheck Banken angegeben, bei denen er Guthaben habe, trotzdem er gewußt habe, daß bei den von ihm genannten Banken kein Guthaben für ihn bestand. Durch die unwahre Vorpiegelung des Guthabens habe er den Klubkassierer getäuscht und dadurch zur Herabgabe des Darlehens bewogen. Infolge dieser Täuschung sei dem „Club von 1900“ der eingeklagte Schaden entstanden, für den der Beklagte nun hafte. Das Kammergericht hatte demgegenüber angeführt, durch die Herabgabe des Schecks mit den falschen Erklärungen sei der Kläger nicht zur Auszahlung der 10000 M. bestimmt worden, denn wie sich aus der Weisaufnahme in den Beifolgen ergebe, seien die Darlehne an die Klubmitglieder teils ohne, teils gegen Schecks ausgegahlt worden. Diese Schlussfolgerung hält das Reichsgericht für unzulässig. Denn aus der Tatsache, daß die Klubverwaltung nicht in jedem Falle die Ausstellung von Schecks forderne, lasse sich nicht folgern, daß, wenn sie solche Forderungen stellte, es für sie unerheblich war, ob sie einen Scheck bekam. Außerdem sei auch die Revisionsschrift begründet, daß die Benutzung der Schecks gegen Prozeßvorschriften verstoße. Das Landgericht hat die Bedeutungslosigkeit des Schecks nicht festgestellt; das Berufungsgericht entnimmt diese Tatsache allein aus den Beifolgen. Infolgedessen erfolgte die Aufhebung des kammergerichtlichen Urteils. In der erneuten Verhandlung vor dem Kammergericht (wohin in der Sache zurückverwiesen worden ist) soll auch die Frage des eigenen Verschuldens des Klägers mitgeprüft werden.

Vermischtes.

Frau v. Schönebeck-Weber wieder verhaftet.

Die Untersuchung über die Ermordung des Majors v. Schönebeck in Allenstein ist in ein neues Stadium getreten: die Witwe des Toten und jetzige Gattin des Schriftstellers A. D. Weber, Frau Antoinette v. Schönebeck-Weber, ist vorgestern auf Anordnung der Staatsanwaltschaft in Charlottenburg wieder verhaftet worden. Die Verhaftete wurde von ihrer Wohnung, Goethestraße 97, in das Charlottenburger Amtsgerichtsgefängnis in der Kaufstraße übergeführt. Der Haftbefehl des Staatsanwalts stützt sich auf das Obergutachten der Wissenschaftlichen Deputation, das dieser Tage fertiggestellt worden ist und das die der Antistatung zur Ermordung ihres Gatten Beschuldigte für zurechnungsfähig erklärt. Das Ergebnis des Obergutachtens ist: „Dah bei der Angeklagten zur Zeit der Strafanklagen die Voraussetzungen § 51 Strafgesetzbuches nicht vorgelegen haben. Andererseits ist nicht zu verkennen, daß die Symptome der hysterisch-psychopathischen Konstitution, welche bei der Angeklagten vorgelegen hat und vorliegt, auch bei den Strafanklagen mitgewirkt haben.“ Koch am Abend stellte der Rechtsbeistand der Verhafteten den Antrag auf Haftentlassung seiner Klientin unter Zahlung einer Kaution von 50000 bis 100000 M. So lange über diesen Antrag nicht entschieden ist, bleibt Frau v. Schönebeck in Haft; in diesem Falle wird sie in den nächsten Tagen nach Allenstein transportiert werden, wo die Verhandlung gegen sie als die erste der nächsten Schwurgerichtssession geführt werden soll.

Die Anklage gegen Frau v. Schönebeck geht dahin, daß sie ihren Geklebten, den Hauptmann Friedrich Wilhelm v. Goeben im Dezember 1907 dazu angestiftet habe, sie von ihrem Mann zu befreien. Hauptmann v. Goeben, der sich für schuldig bekannte, hat vor seinem Selbstmord in Allensteiner Militärgefängnis Frau v. Schönebeck schwer belastet. Sie habe ihm unter dem Weihnachtsbaum, zwei Tage vor der Tat, den Schwur abgenommen, Major v. Schönebeck zu töten.

Zu dem Charlottenburger Untersuchungsgefängnis in der Kantstraße hat gestern vormittag eine Vernehmung der Frau v. Schönebeck-Weber statt. Da sie sehr angegriffen ist, beendete Amtsgerichtsrat Schulze das Verhör bereits nach kurzer Zeit.

Wasserverletzungen auf dem Jahrmarkt. Einer Meldung aus Paris zufolge sind auf dem Stadtplay von Kaselnu im Departement Gers, wo Jahrmarkt stattfand, durch schneidende Aender und Herde etwa sechzig Personen verwundet worden, darunter acht schwer.

Untergangener Dampfer. Der russische Dampfer „Korca“ von 6000 Tonnen Gehalt, der von Kristiania nach Philadelphia unterwegs war, ist, wie aus London gemeldet wird, im Stillen Ozean untergegangen. Die 48 Mann Besatzung wurden durch den englischen Dampfer „Colobonia“ gerettet.

Eingegangene Druckschriften.

Kleine Beschäftigungsbücher. 1. Das Kind im Hause. Von Emil Prosser. 60 Pf. 2. Was schenkt die Natur dem Kinde? Von Emma Landauer. 1 M. 3. Kinderpiel und Spielspiel. Von Maria Jann. 1 M. 4. Gesandte von Stüberhand. Von Emma Jann. 1 M. 5. Meriel Papierarbeiten. Von Hubertus Gierke und Alice Davidsohn. 1,20 M. Von D. G. Teubner, Leipzig.

Witterungsübersicht vom 5. März 1910, morgens 8 Uhr.

Station	Barometer hohes mm	Wind- richtung	Wolken- höhe	Temperat. in C.	Station	Barometer hohes mm	Wind- richtung	Wolken- höhe	Temperat. in C.
Stettin	772.50	3 m o f e n t	2	4	Haparanda	764.50	1	bedeckt	-7
Hamburg	769.50	5 m o f e n t	0	0	Petersburg	766.5	1	bedeckt	-0
Berlin	770.0	3 m o f e n t	0	0	Seid	754.0	1	4 m o f e n t	-8
Frankfurt	768.00	4 m o f e n t	1	0	Berden	763.50	4	bedeckt	4
München	767.5	3 m e t e l	-3	0	Paris	762.00	2	m o f e n t	4
Wien	771.50	m o f e n t	-1	0					

Wetterprognose für Sonntag, den 6. März 1910.

Jellmeins etwas neblig, vorwiegend heiter und trocken, nachts leichter Frost, am Tage ziemlich mild bei mäßigen südlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.



M. 5.50

Optiker Ruhnkes Präzisions-Barometer. Ueber 500 herrliche Muster in allen Stilarten von M. 4.— bis M. 400.—

Optiker Ruhnkes Salen „Spring - Lorgnette“ mit Schildpatt M. 5.50 mit Optal-Gläsern, echt Schildpatt von M. 12.— an.



Optiker „Ruhnkes Finger“-Pincenez. Das Neueste, wirklich leicht und angenehm, fast unsichtbar. Für Damen grossartig. In Gold-Doublé M. 7.—, in echtem Gold M. 19.— Inkl. meiner berühmten Optal-Gläser.



M. 18.—

Optiker Ruhnkes „Spion“. Ein Reise- und Theaterglas von hervorragender Vergrößerung. Ganz schwarz. Sehr dauerhaft. Dasselbe in einfach u. klein. Ausführung M. 12.— Theatergläser, schwarz .. von M. 4.50 an.

Sie erhalten ein Geschenk!

wenn Sie am Eröffnungstage, morgen, Montag, den 7. März, in einem meiner neuen Geschäfte, Tauentzienstrasse 19 und Karl-Strasse 8, einen Einkauf für M. 3.— machen, so dürfen Sie sich irgend einen anderen Verkaufsgegenstand im Werte von M. 1.— auswählen, wenn Sie für M. 5.— kaufen, im Werte von M. 1.50, für M. 10.— im Werte von M. 3.— usw., oder Sie dürfen über den Betrag, der Ihnen zusteht, einen Gutschein verlangen, den Sie später in jedem meiner Geschäfte in Zahlung geben können. Aber Sie müssen an der Kasse diese Anzeige vorlegen. Wenn Sie keine Zeit haben, am Eröffnungstage nach einem der neuen Geschäfte zu kommen, so besuchen Sie eines meiner anderen Geschäfte noch in dieser Woche, von Montag bis incl. Sonntag erhalten Sie 15% Rabatt gegen Vorzeigung dieser Anzeige in jedem meiner Geschäfte.

Ich garantiere für passende Gläser und zahle den vollen Betrag zurück, wenn Sie es wünschen. Augenuntersuchung kostenlos. Mein Personal wird durch Augenärzte ausgebildet. Augenärztliche Gläserbestimmung am Alexanderplatz von 10—12 und 5 $\frac{1}{2}$ —7 Uhr, in der Linkstrasse 1 von 11—1 und 5 $\frac{1}{2}$ —7 Uhr, Brunnenstrasse 13 von 1 $\frac{1}{2}$ —3 Uhr. Verlangen Sie meine neue Liste!

Optiker Ruhnke

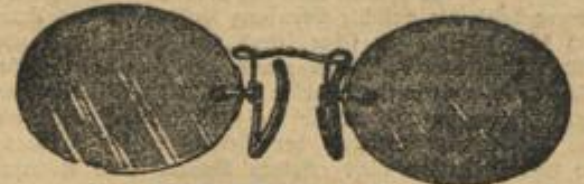
Oranien-Strasse 47 an der Luckauerstr.	Am Alexanderplatz nob. Asching, Bierqu	Link-Strasse 1 Ecke Potsdamerstr.
Friedrich-Str. 190 Ecke Kronenstrasse.	Chaussee-Strasse 72 neh. Steins-Wharonhaus.	Tauentzien-Str. 19 Ecke Nürnbergerstr.
Brunnen-Strasse 13 nahe Veteranenstr.	Turm-Strasse 47 an der Emdenerstr.	Karl-Strasse 8 an der Luisenstr.



M. 9.—

Optiker Ruhnkes Perlmutter - Perspektive mit achromatischen Linsen, guter Optik und elegantem Etuis in Perlmutter, weiss, goldfischfarbig u. schwarz, v. M. 8.— an.

Optiker Ruhnkes Länette, imit. Schildpatt, M. 4.—, mit Optal-Gläsern. Echt Schildpatt von M. 8.— an.



Optiker Ruhnkes „Rex“

in Nickel M. 4.—
in Doublé-Gold M. 8.50

Ein unauffälliges, schönes, modernes Pincenez, feststehend und sehr haltbar. Inkl. meiner berühmten Optal-Gläser.



Optiker Ruhnkes Stiefelgläser. Bequem zu halten, saubere Ausführung, gute Vergoldung, feine Optik.

M. 17.— M. 24.— M. 36.— M. 45.—

Inkl. meiner berühmten Optal-Gläser. Preise für Brillen ebenso.

Charlottenburg.

S. Hoffmann, Wilmsdorfer Straße 12
Ecke Schulstraße
empfiehlt sein reichhaltiges Lager von
Einsegnungs-Anzügen,
sowie gute, selbst angefertigte **Herren- und Knaben-Bekleidung,**
Maß-Anzüge aus den modernsten Stoffen von M. 45.— an
in eigener Betriebswerkstätte.

S. Kaliski frühere Firma Baby

In meinem größte Spezialhaus kaufen Sie gut und billig, meine Schläger sind nicht zu überbieten.

1. Kleiststr. 21, am Hüttenbergplatz.
2. Brunnenstr. 173, Ecke Dorotheenstr.
3. Chausseestr. 80, an der Poppenstr.
4. Brunnenstr. 92, an der Köpenicker Str.
5. Frankfurter Allee 72, an der Eichenstr.
6. Frankfurter Allee 72, an der Eichenstr.
7. Oranienstr. 24, an der Godealstr.
8. Holte-Allianz-Str. 167, am Goll. Zw.
9. Reussstr. 18, an der Zumbstr.
10. Charlottenburg, Eichenstr. 2.
11. Hixdorf, Hixdorfstr. 56.
12. Spandau, Kavelstr. 20.



Neumann Adler Schnellnäher, nähet her- und rückwärts.



Karren n. Gummi 30.00
Korb n. Gummi 20.00

Kinderbettstelle

von 6.50 an.

Garantie auf Nähmaschinen 3 Jahre.

Näh- und Stick-Unterricht gratis.

Singer A 75.00
Hobbs etc. Vertretter kommt auf Wunsch.
Kinderwagen und Bettstellen zu festen Kassapreisen auch bei 2 Raten kleinere Raten nach Vereinbarung.
Nähmaschinen auch ohne Anzahlung 1.00 wöchentlich an.



Sein eigener Feind

ist jeder,

der seinen Bedarf nicht in der richtigen Einkaufsquelle deckt. — Diese ist unbedingt das

Kaufhaus auf Kredit

„Für alle Welt“

Schöneberg, Hauptstrasse 19

direkt am Kaiser-Wilhelm-Platz, dem alten Rathaus gegenüber.

Auf bequemste Teilzahlung

Herren-, Damen-, Kinder-Garderobe

(alle Neubetten am Lager. Auf Wunsch Anfertigung nach Mass.)

Konfirmations-Anzüge u. -Kleider.

Manufakturwaren, Wäsche etc.

Möbel und Polsterwaren

Spezialität: Lieferung kompletter Wohnungs-Einrichtungen.

Teppiche, Gardinen, Steppdecken, Betten

Man werde Kunde bei uns und sammle unsere Annoncen, Aufklärung demnachst.

Grosse Betten Ober- u. Unterbett mit 2 Kissen Mk. 11.75

13.—, 16.50, 19.50; 11 $\frac{1}{2}$ schläft. 14.75, 18.—, 19.50; in schrot, nicht Damenkörper 22.50, 25.50, hochfein mit Halbbaunen 22 $\frac{1}{2}$ Pfl. schwer 29.50, mit Baunen 34.50, 38.50 etc. Federn dopp. gereinigt neu von 50 Pfl.; Halbbaunen von 1.20, Baunen von 2.40 gegen Nachn. Nicht gefahend, Geld zurück. Liste frei. Bettenfabrik Norm. Ehrlich, Cassel 57

Partei-Expeditionen:

- Zentrum: Albert Hahnisch, Auguststr. 50, Eingang Joachimstraße.
2. Wahlkreis, Sekt: Gustav Schmidt, Kirchdörfstr. 14, Hofpartei.
 Säden und Südwesten: Hermann Berner, Gneisenaustr. 72, Laden.
3. Wahlkreis: St. Fris, Brunsenstr. 31, Hof rechts part.
4. Wahlkreis, Ost: Robert Bengels, Andreasstraße 17, — Wilhelm Rann, Petersburgerplatz 4 (Laden).
4. Wahlkreis, Südosten: Paul Böhm, Laufherplatz 14/15 (Laden).
5. Wahlkreis: Leo Ruch, Immanuelstr. 12 (Hof).
6. Wahlkreis (Moabit und Hansaviertel): Karl Anders, Salzmedlerstr. 8, im Laden.
Wedding: Karl Beige, Razarerstr. 49.
Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: Wilhelm Baumann, Bernauerstr. 9, vorn part.
Gesundbrunnen: F. Trapp, Stettinstr. 10.
Schönhauser Vorstadt: Karl Marx, Eichenstr. 123.
Adlershof: Karl Schwarze, Hoffmannstr. 2.
Alt-Gliencke: Wilhelm Dörre, Rudowerstr. 83 II.
Baumgartenweg: F. Hornig, Marienstr. 13, I.
Bernau, Röntgenal, Zeprenick, Schönau und Schönbrück: Heinrich Brose, Hohenstr. 74, part.
Bohnendorf und Falkenberg: Alois Lau, Bohnsdorf, Genossenschaftshaus „Paradies“.
Charlottenburg: Gustav Scharnberg, Seifenmeyerstraße 1, Ecke Goethestraße, Laden.
Eichwalde, Zenthen, Miersdorf und Hankels Ablage: Oscar Nable, Eichwalde, Stubenrauchstr. 99.
Erkner: Ernst Hoffmann, Friedrichshagener Chaussee.
Friedersdorf-Petershagen: G. H. Fiedrich, Petershagen.
Friedenau-Steglitz-Südende: F. Bernice, Schloßstr. 119, Hof I, in Steglitz. Behaltungen nehmen entgegen in Steglitz: F. Mohr, Döppelstr. 32, und Fr. Schellhase, Wilmstr. 15a.
Friedrichshagen: Ernst Berkmann, Friedrichstr. 67.
Grünau: Franz Klein, Bohnhofstr. 6 III.
Johannisthal: Bieleke, Kaiser-Wilhelm-Platz 4.
Karlshorst: Richard Käter, Köpckestr. 9, II.
Königs-Wusterhausen: Friedrich Baumann, Bahnhofstr. 13.
Köpenick: Emil Böhler, Kiefernstr. 6, Laden.
Lichtenberg, Friedrichsfelde, Wilhelmsberg: Otto Seitel, Kronprinzstraße 4, I.
Mahlsdorf und Kaulsdorf: Hugo Scheide, Rehdorf, Halberstr. 14.
Mariendorf: August Leip, Chaussee 206, Hof.
Nieder-Schönevide: Max Bieleke, Reiterstr. 14 II.
Nowawes: Wilhelm Jäde, Friedrichstr. 7.
Ober-Schönevide: August Henjes, Laufenerstr. 2, I.
Pankow-Niederschönhausen: Otto Rihmann, Mühlenstr. 30.
Reinickendorf - Ost, Wilhelmsruh und Schönholz: F. Gursch, Ramefestr. 12, I.
Rixdorf: W. Heinrich, Redarstraße 2, im Laden.
Rummelsburg, Boxhagen: H. Rosenkrantz, III-Boxhagen 58.
Schmargendorf: Gustav Raminsh, Gassestr. 2.
Schöneberg: Wilhelm Gämler, Martin Lutherstr. 51, im Laden.
Spandau: Köppen, Jagowstr. 9.
Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waldmannslust, Hermsdorf und Reinickendorf-West: Paul Riegraf, Borsigwalde, Rindstraße 10.
Teltow: Wilhelm Bonow, Teltow, Jochenborger Str. 4.
Tempelhof: Albert Diehl, Friedrich Wilhelmstr. 20.
Treptow: Rob. Gramenz, Niefelstraße 412, Laden.
Wessensee: A. Rührmann, Sedanstr. 106, parterie.
Wilmsdorf - Halensee: Paul Schubert, Wilhelmstr. 26, Hof parterie.

Sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert. Annahme von Inseraten für den „Vorwärts“.

Bitte ausschneiden.

245/1

Möbel-Magazin

Werkstatt für Polsterwaren

Otto Schmidt

Tapezierer und Dekorateur

gegr. 1871 Berlin N. 31 Tel.-Amt 3 9311

Gartenstraße 52, am Gartenplatz

Haltestelle der Berliner Straßenbahn Pankow-Schönhausen.

Ausstellung kompletter Zimmereinrichtungen

in allen Holz- und Stilarten

Lager von Teppichen und Portieren

Besichtigung meiner zehn Etagen umfassenden Ausstellungsräume ohne Kaufzwang erbeten.

Eine Reichsverbandsstütze als Kläger gebrandmarkt.

Eine Mohrenwäsche fand am Freitag vor dem Waldenburger Schöffengericht statt. Es wurde mehrere Stunden lang gewaschen, gestriegelt und gekämmt, aber der Mohr wurde dabei immer schwarzer. Herr Gustav Ermer war es, der sich einer Reinigungsfur unterworfen hatte und dabei so schlechte Erfahrungen machen mußte. Anfang Juli 1906 hatte der „Vorwärts“, der „Proletarier“ und die „Volkswacht“ je einen Artikel veröffentlicht, der sich speziell mit Herrn Ermer und seiner früheren öffentlichen Tätigkeit befaßte. Insbesondere war in diesen Artikeln gesagt, daß Ermer als Mitglied des Christlichen Gewerkevereins der Bergarbeiter-Verein an dieser Organisation geübt habe, indem er dem freien Bergarbeiterverband Material zuführte, das dieser gegen den Gewerkeverein und dessen Vorsitzenden Brust verwendete. Weiter war Ermer vorgehalten worden, daß er sich als Geschäftsführer des Eisenerz-Konsumvereins Schmiergelder in Form von Provision anbieten ließ. Auch der Versuch Ermers, den Bergarbeiterverband um 20 000 M. anzupumpen, war von den besagten Zeitungen angeführt worden als Beitrag zur Charakterisierung des späteren Reichsverbändlers. Ermer klagte daraufhin gegen die Redakteure Weber in Berlin, Feldmann in Langenbielau und Klüss in Breslau wegen Beleidigung. Den Beklagten kam es vor allem darauf an, die Beweise für ihre Behauptungen zu erbringen. Da Ermer aber früher in Westdeutschland tätig war, zog sich der Prozeß mit seinen vielen Zeugenvernehmungen und Aktenwanderungen soweit in die Länge, daß er erst am Freitag nach 3 1/2-jähriger Dauer zur Verhandlung kam.

Von den Beklagten war nur Genosse Feldmann persönlich erschienen. Ihm stand Justizrat Ludo als Verteidiger zur Seite. Genosse Weber wurde vom Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld-Berlin, Genosse Klüss vom Rechtsanwalt Simon-Breslau vertreten. Der Kläger Ermer war selbst nicht anwesend, sondern überließ die Abwaschung seines Ehrenschildes dem Rechtsanwalt Dr. Walter. Bergelblich, denn die kommissarisch vernommenen Zeugen aus Eisenerz, Offen und Bochum redeten eine zu deutliche Sprache. Es kamen zur Verlesung die endlich gemachten Aussagen der Zeugen: Johann Will, Johann Leimpeters, Otto Hue, Friedrich Will, August Brust, Karl Heinrich Schneider, Hermann Sasse, Richard Breidenbach und Sommer. Besonders Gewicht verdienen die Aussagen der Zeugen Will, Brust, Sommers und Breidenbachs. Aus ihnen ging hervor, daß Ermer, in die Enge getrieben, zugeben mußte, daß er von den Lieferantenfirmen Ballrabe u. Hommat in Düsseldorf wegen 2 bezw. 3 Proz. Provision verhandelt hat, daß er ferner aus diesem Grunde um seinen Posten als Geschäftsführer kam, daß er

ferner seine Stellung benutzte, um gegen Brust zu intrigieren und daß er gedroht hat, dem Brust das Messer im Leibe umzubringen. Die Behauptung der Beklagten, Ermer habe 20 000 M. vom Bergarbeiterverbande leihen wollen, wurde erwiesen durch die Verlesung des betreffenden Briefes, der sich in Abschrift nebst dem ablehnenden Antwortschreiben des Verbandes bei den Akten befand. Verlesen wurde weiter auf Antrag Dr. Rosenfelds das Urteil des Bochumer Gerichts in Sachen Ermer gegen Wagner, in dem es heißt, daß Ermers Verhalten „in moralischer Beziehung anstößig“ sei, daß er „moralisch nicht völlig intakt wäre“ und daß Ermer eine „gehässige Bekämpfung seiner Gegner liebt“. Letztere Feststellung konnte auch das Waldenburger Gericht machen. Denn es gelangte auf Antrag Rosenfelds eine Schreibprobe Ermers aus dem „Feierabend“ zur Verlesung, die von unanständigen Schimpfereien strotzte.

Angeichts des ungeheuren Belastungsmaterials gegen den Kläger Ermer wurde es dessen Vertreter natürlich schwer, ein paar gute Haare an ihm zu finden, die eine Bestrafung seiner Gegner rechtfertigen konnten. Deito leuchtete ihnen es die Verteidiger der Preßkämpfer, den Kläger als das wahrheitsgetreue Original der von den besagten Zeitungen gebrachten Photographie zu kennzeichnen. Besonders wirksam waren die Hinweise darauf, daß ein Mann mit einer so robusten Moral wie Ermer am allerwenigsten zum Kläger berufen sei, wenn im Parteikampfe scharfe Worte fallen, und daß es gerade die Pflicht der politischen Presse sei, auf Anwendung sauberer Kampfmittel bei den Parteien zu achten. Den Angeklagten müsse deshalb auch der Schutz des § 193 zugebilligt werden. Nebenbei sei aber eine Bestrafung deshalb nicht möglich, weil bereits Verjährung eingetreten ist.

Genosse Feldmann wies in kurzer, treffender Rede den tollen Versuch des klägerischen Anwalts zurück, seine in 20-jährigem Parteidienst erlittenen Strafen als erschwerend hinzuzustellen.

Das Gericht erkannte nach längerer Beratung auf Einstellung des Verfahrens gegen Weber und Feldmann, da tatsächlich seit der letzten Verurteilung über ein Jahr verfloßen und daher Verjährung eingetreten ist. Die Kosten des eingeleiteten Verfahrens hat der Kläger zu tragen. Der dritte Beklagte, Klüss, wurde dagegen der Beleidigung schuldig befunden und zu 30 M. Geldstrafe und den Kosten verurteilt. Wie der Vorsitzende begründend ausführte, ist der Wahrheitsbeweis als erbracht anzusehen bezüglich der Beleidigung. Ermer habe sich Provision versprechen lassen. Weiter hat das Gericht als erwiesen erachtet, daß Ermer der Führer der Rebellion gegen Brust war, und weiter, daß Ermer der „Bergarbeiter-Zeitung“ Material geschickt hat. Ermer sei aus der Verhandlung nicht so moralisch intakt hervorgegangen, als er es wollte, es sei erwiesen, daß er sich Verhöfe gegen das Sittengesetz zuschulden kommen ließ. Der § 193 wäre bei der Strafmaßung zur Anwendung gekommen, weil die in der „Volkswacht“ enthaltenen Beleidigungen Ermers im politischen Kampfe gefallen sind.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Sündenkrasse 3, zweiter Bot. dritter Eingang, vier Treppen, Pachtstuhl wochentäglich abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. Schloß 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Bis zur Beantwortung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Ullige Fragen tragen man in der Sprechstunde vor.

N. R. 31. Ihre Anfrage ist nicht verständlich. Kommen Sie in die Sprechstunde. — Emilie 57. Die Erhebung des Wiederspruchs ist begründet. — Schulz, Rixdorf. Nicht bekannt; fragen Sie bei der Kasse an. — Auswanderer 333. Nein. — Kumpel 100. Vom 1. April bis dahin des folgenden Jahres. — W. G., Charlottenburg. 1, 2 u. 3. Leider sind alle Fragen zu bejahen. — W. G., 100. 24 Jahresmiete vereinbart, so kann zum Schluß eines Kalenderjahres innerhalb der ersten 3 Wochentage desselben, in Monatsmiete vereinbart, so kann bis zum 15. jeden Monats gekündigt werden. Wird, obwohl Jahresmiete vereinbart ist, in 3 B. monatlichen Teilbeträgen gezahlt, so ist das für die Kündigungsfreiheit ohne Einfluß. — R. 12. Sie sind zur Rückzahlung verpflichtet. — R. 20. Sind damit erhebliche Störungen verbunden, so können Sie vom Vermieter die Entfernung verlangen unter Setzung einer Frist und, falls dem Verlangen nicht entsprochen wird, auf Beilegung klagen. — G. W. 36. Ein derartiges Testament ist ungültig. Es muß zu notariellem oder gerichtlichem Protokoll erstattet werden. — U. W. 12. Das kann nur die Behörde in Ungarn beauftragen, vorausgesetzt, daß der Verlassende sich noch in Ungarn aufhält, was aus Ihrem Schreiben nicht ersichtlich ist. — Meier 1000. Sie können auf Innehaltung des Vertrages bestehen und, falls der Eigentümer sich dessen weigert, Ersatz des Schadens, eventuell im Klagewege, verlangen. Die Klage ist beim Amtsgericht zu erheben. — Wallata, Straß 60c. Kommen Sie in die Sprechstunde. — Abonnent N. R. C. Ihr Vater hat das Abbestimmungsrecht. Zu einer Veränderung des Erwerbverhältnisses bedarf jedoch der Genehmigung des Vormundschaftsgerichts. — G. W. 32. 1. Ist die Wahl eines Angeklagten ausgesprochen, so sind die auf einen Nichtangeklagten etwa entfallenden Stimmen ungültig, vorausgesetzt, daß die Auszählung dem Gesetz entspricht. Sie verweisen hierbei auf § 52 der Landgemeindeordnung. 2. Ohne genaue Kenntnis der Verhältnisse — Gesamtanzahl der Vertreter, Verteilung der Angeklagten auf die einzelnen Klassen, wie sie bei der Auszählung erfolgt ist — läßt sich das nicht beurteilen. — W. G. 1. Der Nichtstähler kann bei der ersten Lohnzahlung im Abzug gebracht werden. Die Invalidenversicherungsbeiträge trägt der Dienstbote zur Hälfte; auch diese Beiträge können vom Lohn abgezogen werden. 2. Mischeltrapp 1. — G. 3. 2. Wir halten Sie zur Beschaffung eines Legitimationscheines, für dessen Erteilung das Polizeipräsidium zuständig ist, nicht für verpflichtet. — W. W. 29. Ein solcher Anspruch besteht nur, wenn er im Klassenstatut festgelegt ist. Die Landesversicherungsanstalt kann auf die Annullation einwirken, daß das Verfahren eingestellt wird. — Grete 20. Das Vormundschaftsgericht ist nicht beugt, die Einwilligung zu erteilen. — C. R. 1. Wir halten eine strafbare Handlung für vorliegend. 2. In 5 Jahren. 3. Der zivilerechtliche Anspruch ist verjährt.

Auswahl Billigkeit Coulanz

sind das ABC von



Leiser's 5.90 8.90 10.50 12.50

Schuhwarenhaus

Einsegnungstiefel

Unübertroffene Leistungsfähigkeit

In den Spezialpreislagen

Neue Farbentöne Moderne Einsätze

Neu eröffnet:

Rixdorf, Bergstraße 7-8.

Lepziger Straße 65 — Oranienstraße 24

Königsstraße 24 — Oranienstraße 47a — Müllerstraße 2a.

Vornehm

trifft ein zartes, reines Gesicht, rosiges, jugendliches Aussehen, weiße, sammetweiche Haut und ein blendend schöner Teint. Alles dies erzeugt die allein echte Steckenpferd-Lilienmilch-Seife von Bergmann & Co., Radebeul. à St. 50 Pfg. Überall zu haben.

Sie sparen



erstaunlich viel Zeit und Kraft und schonen Ihre Wäsche beim Gebrauch von

„Ozonit“ (Prof. Giessler's Patent) das moderne Waschmittel. Überall erhältlich.

Mit 10 M. bis 20 M. Anzahl.

- 1 Kleiderspind
1 Bettstelle
1 Spiegel m. Rahm.
1 Tisch, 2 Stühle
1 Küchenspind
1 Küchentisch
1 Küchenschild

Kleinste Anzahlung bei Entnahme von Damen-Garderobe. Alles auf Kredit.

Kleinste Anzahlung bei Entnahme von Konfirmanden-Staat. Alles auf Kredit.

Kleinste Anzahlung bei Entnahme von Herren-Garderobe. Alles auf Kredit.

Mit 40 M. bis 50 M. Anzahl.

- 1 Bettstelle m. Matr.
1 Kleiderspind
1 Wäscheschrank
1 Schil-Diwan
1 Spiegel mit Spind
1 Tisch, 2 Stühle
1 Küchen-Einricht.

Fahrtgeld-Vergütung.

Fahrtgeld-Vergütung.

Fahrtgeld-Vergütung.

Fahrtgeld-Vergütung.

Dauermöbel sind von unbegrenzter Haltbarkeit. Dauermöbel können weder trocken noch regnen. Dauermöbel ermöglichen eine unbegrenzte Garantie. Dauermöbel platzen nie und bleiben stets wie neu. Dauermöbel sind in jed. Genre schnellst. Lieferbar. Dauermöbel sind das langersehnte Ideal-Möbel. Dauermöbel sind nach ein. neuen Verfahren hergest. Dauermöbel sind billig, gut und gesetzlich geschützt.

Dauermöbel auf Kredit sind nur zu haben bei

B. FEDER

Größtes Waren- u. Möbel-Kredithaus Deutschlands.

Zentrale: Brunnen-Strasse 1

Filiale I: Frankfurter Allee 89

Filiale II: Kottbuser Damm 103

Deutsche Arbeit überall voran!



Torpedo-Fahrräder



mit selbstschreibender Schrift

TORPEDO ALLEN VORAN!

Weil-Werke & L. Rödelheim Frankfurt a. M.

Generalvertreter für Berlin, Brandenburg und Posen Franz Kaiser, Berlin W. 8., Mohrenstr. 22.23.

Eszet Cigarette
 ohne Streichholz zu entzünden!

„Eszet“ ist unentzündlich bei stürmischem Wetter.
 „Eszet“ ist unentzündlich für Jagd, Sport und Seereisen.
 „Eszet“ ist unentzündlich für jeden Raucher, der sich viel im Freien aufhält.
 „Eszet“ entzündet sich an einer an der Schachtel befindlichen Reibfläche wie ein Streichholz.
 „Eszet“ ist frei von jedem fremden Geschmack und Geruch.
 „Eszet“ ist hergestellt aus den feinsten türkischen Tabaken.
 „Eszet“ wird deshalb von Qualitäts-raschern bevorzugt.
 „Eszet“ ist zu haben in Blechpackungen à 20 Stück von 2 1/2 bis 2 Pf. pro Stück.
 „Eszet“ ist in Spezial-Zigarrengeschäften zu haben.

Cigarettenfabrik VIOLA-COMPAGNIE HAMBURG 6.
 Generalvertretung für Berlin: Schaler & Löwenberg, Heilbronner Str. 19. Tel. VI. 16730.

Großes Lager fertiger Herren- und Knaben-Garderoben

Stets reichhaltiges Lager der neuesten Stoffe.
 Anfertigung nach Maß.

Feste Preise.

Jos. Steinitz
 Berlin O.
 Andreas-Straße 68
 Ecke Langestraße.
 Gegr. 1873
 Teleph. Amt 7. 2007.

Berufs-Bekleidung.

Die Marke aller Feinschmecker unter den Rauchern sind

JOSETTI VERA

Cigaretten.

Sie bilden eine Klasse für sich und bieten auch verwöhntesten Rauchern dauernden Genuß.

Josetti-Vera-Cigaretten m. u. o. M. 10 St. 30 Pfg.

„Schweizerhof“
 Meierei und Milch-Kuranstalt
 Liefert
Vollmilch u. Kindermilch
 zu jeder Tageszeit
 frei Haus zu den üblichen Preisen.
 Lieferant der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend.
 Besichtigung der Meierei jedermann Sonntags, nachmittags 3 bis 5 Uhr, gestattet.

Reklame halber enorme Posten Herren-Anzüge u. Paletots

welche während flauer Zeit in eigener Werkstatt angefertigt sind, für 27,00 Mark.

Großes Lager von In- und Ausländischen Stoffen
 zur Anfertigung nach Maß in jeder Preislage.
 Bequemste Teilzahlung gestattet.

M. Katz, Schneidermstr.
 BERLIN S. 14, Dresdenerstr. 76
 nahe Thalia-Theater. Kein Laden.

J. Baer
 Badstr. 28 Ecke Prinz-Allee
 Herren- und Knaben-Moden, Berufskleidung.
 Elegante Einsegnungsanzüge.
 :: Großes Stofflager ::
 zur Anfertigung n. Maß.
 Allerbilligste, streng feste Preise.

Lexikon kauft
 Bücher, Meyer, Großhandl.
 Hannemann Buchhandlung
 Berlin SW., 208 Friedrichstraße 308.

Billige böhmische Bettfedern!
 10 Pfund: neue geschlossene M. 8.—, bessere M. 10.—, weiße, daunenweiche geschlossene M. 15.—, M. 20.—, schneeweiße daunenweiche geschlossene M. 25.—, M. 30.—

Fertige gefüllte Betten
 aus rotem Bettkörper, gut gefüllt, 1 Oberbett oder Unterbett, 150 cm lang, 120 cm breit M. 10.—, M. 12.—, M. 14.—, M. 18.— u. M. 21.—, 2 Meter lang, 150 cm breit, M. 13.—, M. 15.—, M. 18.— und M. 21.—, 1 Kopfkissen, 80 cm lang, 75 cm breit, M. 3,50, M. 4.—, M. 4,50 und M. 5.—
 Versand tollfrei per Nachnahme, von M. 8.— anwärts franko, Umtausch u. Rücknahme nur gegen Portovergütung gestattet.
 Arthur Wolfner, Lobes Nr. 106 bei Pilsen, Böhmen.

Beinkranke
 Dr. Strahl's Ambulatorium
 G. m. b. H.
 Operationslose Behandlung ohne Berufsstörung
 Sprechzeit: 10—12 und 3—5 Uhr,
 Sonntags nur Vorm.
 Prosp. gratis!
 Berlin N 24
 Friedrichstr. 105a

Kautabak

Marke **Grimm & Triepel Nr. 3** dick grüne Verpackung
 Marke **Grimm & Triepel Nr. 5** mittel Karton gelbe Farbe
 Marke **Grimm & Triepel Nr. 6** mitteldünn Kart. rosa Farbe
 Marke **Grimm & Triepel Nr. 7** dünn Karton blaue Farbe

Wir bitten darauf zu achten, dass jedes Pfund mit Original-Verschluss geliefert wird und warnen vor Nachahmungen.

Grimm & Triepel, Nordhausen.

Möbel
 in jeder Preislage.
 Verkauf im Fabrikgebäude.
 kein Laden. 43742*
Thomas, Tischlerei, Bernauer
 Str. 79.
 Lieferant der Konsumgenossenschaft.

+ Magerkeit +
 schwindet durch Hauke's Nährpulver „Thiosin“. Preisgekrönt Berlin 1904. In 6 Wochen 24 Pfund ärztl. kontrollierte Zunahme. Gar. unschädlich. Viele Anerk. Karton 2 M., bei Postversand Porto und Nachnahmespesen extra. H. Hauke, Berlin N., Greifenhagenstr. 70.
 Depots in folgenden Apotheken: Leipzigerstr. 74 (Dönhofsplatz), Potsdamerstr. 29, Köpenickerstr. 119, Bernburgerstr. 3, Frankfurter Allee 74, Rosenthalerstr. 61, Reinickendorferstr. 1, Spandau: Adler-Apothek, Potsdamerstr. 40.
 Best.: Pfanz. Eiw. Haemogl. Lecith. Bann. Natronell. Cac. Zucker.

Reste
 Damentuche, schwarz u. farbig, Kostümtstoffe, neuw. Stoffe, Seide, Sammete, Besätze, Futterstoffe, Plüsch zu Mänteln, Chev-Kampygarne zu Knaben-Anzügen.

Konfektion:
 Paletots, Jacketts, Staubmäntel, Kostüme, Kostümröcke.
Stets Gelegenheitskäufe!
Paul Karle,
 Warthauerstr. 18. (*)

Hygienische
 Bedarfsartikel, Neueste Katalog
 empfohlen. viel Adressen u. Prof. gratis u. f. H. Unger, Gummiwarenfabrik
 Geyße 109, Friedrichshagen, 117

Talmon-Zigaretten

General-Vertreter:
Dagobert Kund, Berlin N.
 Gr. Hamburger Str. 1.
 Fernsprecher: Amt III, No. 4558.

Persil

wäscht schnell, mühelos und billig bei größter Schonung der Wäsche!
 Alleinige Fabrikanten:
Henkel & Co., Düsseldorf,
 auch der seit 34 Jahren weltbekannten
Henkel's Bleich-Soda

Fabrik-Niederlage für Berlin und Vororte: Joh. Schmalzer, Berlin N. 4, Tieckstr. 10.

Gardinen

Gardinenhaus Bernhard Schwarz
 Gardinen, Portieren etc. groß u. detail.

Eigene Fabrik — erste Bezugsquelle!
 Neuheiten in allen Abteilungen.
 Vorrichtungen für Selbstbedienung.

Die Firma unterhält keine Filialen. — Verkauf nur
Wallstr. 13
 Untergumbd. Spittelmarkt — Ausgang Grünstraße.
 Neße u. Reifemuster weit unter Preis.

1 Mark

wöchentliche Teilzahlung liefert elegante fertige
Herren- u. Knaben-Garderobe
 Erweitert Ihr Maß. Maß-Anfertigung Feinste Verarbeitung.

S. Boltuch
 Frankfurter Allee 75, I.
 Eingang Tilsiterstrasse.

Gneisenaustraße 10,
S. Gran, billigste u. beste Bezugsquelle für
Möbel jeder Art.
 Kasse und Teilzahlung.

Prack Verleih-Institut:
 Friedrichstr. 115/1, a. Crang
 Tot. Hög. Nord, Gebude
 1,50, Hofe 1,00, Seite 503f.

Steppdecken
 nur eigene Fabrikation im Hause. Einzelwerk, an Private zu Fabrikpreisen.
Bernhard Strohmandel,*
 Berlin, 72, Wallstr. 72,
 wo auch alte Steppdecken aufgearbeitet werden. — Muster-Vorstellung gratis.

Möbel-Halle Harry Goldschmidt
 Ecke Stallchreiber-Straße. Berlin S., Moritzplatz 59 Ecke Stallchreiber-Straße.
 Bekannt für beste, gediegenste Arbeit!
Auf Kredit!
 Kulanteste Zahlungsbedingungen!

F. Bergmann & Sohn, Andreasstr. 53, I. Etage Kleiststr. 15, E. Neitelbocker.

Kinderwagen 12,50, mit Gummiläufen 20.—
 Sportwagen 3,75, Reifensätze... 7.—
 Beschläge für Kinder u. Erwachsene 6,50
 Triumpfwägle 2.—, Vollerbetten 4,75
 Größere Betten, Kasapreise, Musterbuch gratis.
 Bevor Sie kaufen, bitten wir um Besichtigung unserer Niederlage, übersuchen Sie Sie von der Qualität und dem billigen Preis. Wir sind stets bereit, gerader Umweg, Netzer Augen,
 Gleich Eingang von Reubelen. Persönliche fachmännische Beratung.

Muster an jedermann franko!

Braut- und Hochzeit-Seiden-Woche.

Das große Interesse, das man dem Sonder-Verkauf von Braut- und Hochzeit-Seiden im Seidenhaus Seiden-Herzog, Leipziger Straße 79, 1 Treppe, alljährlich entgegenbringt, hat die Firma veranlaßt, für diesmal ganz besondere Anstrengungen zu machen, so daß dieser in Berlin einzig dastehende Spezial-Verkauf zu einem Tagesgespräch bzw. zu einer großen Empfehlung-Propaganda werden dürfte, auf die das bekannte Seidenhaus Seiden-Herzog den größten Wert legt. Wir raten jeder Braut, Brautmutter sowie allen Hochzeitsgästen, von der Gelegenheit, sich aus tausenden Resten, Coupons und Stücken kostbare Seide zum Kleide für einen ganz kleinen Betrag herauszusuchen, ausgiebigen Gebrauch zu machen. Effektvolle Seiden für Ball-, Braut- und Gesellschafts-Roben 1,50, 2,25, 2,75 etc. Aparte Blusen- und Japans-Seiden, Streifen, Karos, Schotten 1,25, 1,50, 1,75 etc. Reinseidene schwarze Damaste, Merveilleux etc. 15.—, 20.—, 30.— p. Robe. Wundervolle doppelbreite Seiden-Gewebe in allen Lichtfarben 3,50, 4,50 etc. Schwere Damast-Futter-Seiden für Jacketts und Abendmäntel 1,50, 1,75 etc. Aus der Konfektions-Abteilung: Halbfertige Roben 7,50, 10,00, 15.— etc. Viele Hundert schicke seidene Blusen 10,50, 12,50, 15.— etc. Seidene Jupons u. Röcke in allen Preislagen. Eine Serie wundervolle reichgezeichnete Seiden- und Spitzen-Blusen (durch Auslage etwas gelitten), früher bis ca. 30.—, jetzt durchschnittlich 6.—, 10.— zum Ausuchen.

Seiden-Herzog nur: Leipziger Str. 79, 1 Treppe am Dönhofsplatz.
 Der Verkauf beginnt Montag 9 Uhr.

Gartenstädte:

R. 20 M. an in Niedersdorf, Stadtdahn.
 R. 15 M. an Seefeld, am Bahnhof
 R. 15 M. an Bahnh. Sabowa, Niedersdorf, Kaulsdorf, Sdb.
 R. 12 M. an Kaulsdorf, am Bahnhof.
 R. 4 M. an in Petrusbagen, C/Bohn.

Kleinste Anzahlung. Bequemste Abzahlung.

Verkaufsstellen an den Bahnhöfen

Nieschalke & Nitsche
 BERLIN,
 Neue Königstraße 10.
 Amt VII 6376.

